Alte und neue Wege aus der großen Krise

Eine Landkarte aktueller politischer Diskurse über die Zukunft von Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft

Werkbericht Nr. 1

Benjamin Mikfeld

August 2012

denkwerk demokratie

Inhalt

Kurzfassung **3**

1 Einführung: Krise als Chance für ein „Neues Denken“? **15**

2 Was ist mit „Diskursen“ gemeint? **24**
2.1 Theoretische Annahmen 24
2.2 Methode 28

3 Diskurse über Wege aus der Krise **30**
3.1 „Marktfreiheit und schlanker Staat“ 31
3.2 „Made in Germany“ 37
3.3 „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung“ 43
3.4 „Grünes Wachstum“ 49
3.5 „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung“ 54
3.6 „Maßvoller Wohlstand“ 59
3.7 „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum“ 63

4 Landkarte der Diskurse **68**

5 Unbehagen in einer gespaltenen Gesellschaft - „Blitzlichter“ aus der Sozial- und Meinungsforschung **72**
5.1 Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems 72
5.2 Rette sich wer kann? Gesellschaftliche Unsicherheit und Fliehkräfte 73
5.3 Gerechtigkeitslücke!? Aber welche Gerechtigkeit? 75
5.4 Arbeitnehmer/innen: Krise als aktuelle oder permanente Erfahrung? 77
5.5 Akzeptanz einer nachhaltigen Wirtschaft 79
5.6 Demokratie und Krise der Repräsentation 81
5.7 Zusammenfassung 82

6 Diskursallianzen **84**
6.1 Das progressiv-demokratische Diskurslager 86
6.2 Das konservative Lager 93

7 „Demokratische Transformation zur zukunftsgerechten Gesellschaft“ – Thesen für eine strategische Diskussion **96**

Kurzfassung

Seit einiger Zeit spielen in der politischen Debatte Begriffe wie „Narrativ", „Vision" oder „Diskurs" wieder eine größere Rolle – vermutlich als Reaktion auf eine längere Phase, die durch eher technokratische Politikbegründungen, Krisenmanagement und vermeintliche „Sachzwänge" geprägt war. Immer deutlicher wird, dass die (Partei-) Politik ein „Sinnvakuum" hinterlassen hat. Der Verzicht auf normative Leitorientierungen und ernsthafte Richtungsauseinandersetzungen wiederum wird in der politikwissenschaftlichen Diskussion verantwortlich gemacht für die gewachsene Distanz zwischen Bevölkerung und Politik. Zwar werden aus der politischen Retorte immer wieder neue Leitbegriffe geboren, verbunden mit dem Anspruch, einzelne politische Maßnahmen in einen größeren Rahmen einzuordnen. Doch dürfte die Zahl der semantischen Rohrkrepierer die gesellschaftlich erfolgreichen neuen Leitbegriffe deutlich übersteigen. Nur ein Beispiel ist die Erfindung der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft" durch die CDU-Vorsitzende Merkel bzw. die Werbeagentur „Scholz & Friends" im letzten Jahrzehnt. Außerhalb des Kreises von CDU-Strategen und wirtschaftsliberalen PR-Maschinisten hatte der Begriff eher wenig elektrisierende Wirkung. Der Grund liegt auf der Hand: Er war ein Selbstbestätigungsbegriff für Sowieso-schon-Neoliberale, aber symbolisierte kein neues, gesellschaftlich mehrheitsfähiges Projekt.

Um so mehr stellt sich die Frage, welche politischen Leitbilder als Antwort auf die globale Finanzkrise entwickelt werden. Die aktuellen konservativ-liberalen Kampfbegriffe der „Stabilitätsunion" und der „Schuldenunion" sind auf den ersten Blick auch wieder Technokratenwörter. Doch sie knüpfen sie bei genauerer Betrachtung an im kollektiven Bewusstsein verankerte Muster an. Sie aktivieren die deutschen Inflationsängste und verknüpfen sie mit dem vermeintlich unsoliden Haushalten in anderen Ländern und den Forderungen der politischen Linken. Zugleich beschwören sie den deutschen Stabilitätsmythos von Bundesbank und harter Deutscher Mark. Mag die mit diesen Begriffen verbundene Politik auch kurzsichtig und anti-europäisch sein: Formuliert wird ein Sicherheits- und Stabilitätsversprechen, das ohne Zweifel auf Resonanz in der Bevölkerung stößt.

Blickt man in das politische Spektrum links der Mitte, wird hier durchaus ernsthaft an politischen Konzepten gearbeitet, die den Anspruch verfolgen, die Ursachen der Finanzkrise in Angriff zu nehmen – und darüber hinaus auch weitere Krisendimensionen wie die Klimafrage, die soziale Spaltung und das zunehmend diskutierte Demokratiedefizit. Doch auf der Ebene der Leitbilder herrscht eine verwirrende Vielfalt: vom neuen Fortschritt ist die Rede oder vom Kurswechsel, vom linken Reformismus ebenso wie vom Green New Deal oder gar einer neuen Großen Transformation. Vermutlich hat keiner dieser Begriffe bislang über den Kreis der programmatisch Interessierten hinaus eine größere Wirkung entfaltet. Vor allem in der Europa-Debatte wird deutlich, dass die politische Linke lange Zeit darauf verzichtet hat, in eine neue progressive Erzählung über Europa zu investieren. Inhaltlich vernünftige Forderungen nach einer Finanztransaktionssteuer oder die Einführung von Euro-Bonds knüpfen daher an keiner großen Idee an und aktivieren keine Leidenschaften und Hoffnungen.

Bei allen Zielkonflikten und Interessengegensätzen die es auch „links der Mitte" zweifelsohne gibt, mangelt es vor allem daran, die verschiedenen konzeptionellen Ansätze der Wirtschafts-, Umwelt- und Gesellschaftspolitik in einer politischen Zukunftserzählung zusammenzuführen. Um dies nur an einem Beispiel zu verdeutlichen: Die Forderung nach einem besser finanzierten und qualitativ hochwertigen öffentlichen (kommunalen) Sektor taucht in den Diskursen über „Innovation und Industriepolitik" ebenso auf wie in keynesianischen Wirtschaftsdebatten, in wachstumskritischen Beiträgen oder auch Demokratie-Diskursen. Ebenso scheint die Bereitschaft in der Bevölkerung für gute soziale Dienstleistungen auch Steuern zu zahlen, vorhanden zu sein. Aber ein offensives Projekt und eine breite Allianz für ein Comeback des „Öffentlichen" gibt es derzeit nicht.

Allerdings entsteht eine erfolgreiche politische Erzählung nicht aus dem Nichts. Sie muss auf in der Gesellschaft bereits vorhandenen Diskursen aufbauen und Elemente daraus zu einer neuen „Diskursallianz" verknüpfen. Eine solche Diskursallianz verbindet wiederum auf der Ebene von „Sinn" und Zielen auch gesellschaftliche Akteure und ist somit der Kitt einer politisch-gesellschaftlichen Allianz. Ein bedeutsames historisches Beispiel ist die „Erfindung" der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg.

An welche Diskurse kann man gegenwärtig anknüpfen? Hat die globale Finanzkrise nun zu einem gesellschaftlichen Umdenken geführt? Oder sind wir bereits wieder auf einem Kurs des „Weiter so"? Zur Mitte des Jahres 2012 lässt sich sagen, dass wir es in Deutschland und Europa mit einem höchst widersprüchlichen „Gebräu" an Krisenanalysen und Lösungsansätzen sehr unterschiedlicher Richtung und Reichweite zu tun haben. Sicherlich hat der Glaube an die Effizienz ungeregelter Märkte abgenommen. Doch hieß es 2009 noch vielfach: „Wir zahlen nicht für *eure* Krise" (gemeint waren die Banken), sangen die deutschen Fußballfans beim EM-Viertelfinale gegen Griechenland im Juni 2012 hämisch in Richtung der griechischen Fans: „Eure Tickets haben *wir* bezahlt". Neben die Konfliktlinie einer gesellschaftlichen Mehrheit gegen die Verursacher und Profiteure der Finanzkrise ist eine zweite getreten, die Konfliktlinie zwischen den europäischen Staaten. Auch wenn diese Entwicklung natürlich eine reale ökonomische Grundlage hat (die Krise des Euro im Zuge der Staatsverschuldung einzelner Länder), stellt sich doch die Frage, welche Kräfte hier wirksam sind, die auf das politische Denken und die Krisensicht der Bevölkerung Einfluss nehmen.

Der vorliegende Werkbericht geht von der Einschätzung aus, dass es nicht allein parlamentarische Mehrheiten oder wie auch immer geartete „Kräfteverhältnisse" sind, die politische Gestaltungsspielräume definieren. Er fügt sich auch nicht der in den Massenmedien beliebten Fixierung auf den „starken Mann" oder die „starke Frau" als Akteure der politischen Geschichte. Gerade in Situationen des Umbruchs ist es die Ebene der „Weltsichten" oder der „Diskurse", die darüber (mit-) entscheidet, in welche Richtung sich eine Gesellschaft bewegt. Es geht darum, was Menschen für „wahr" und „angemessen" halten. Es gibt also eine zweite von Regierungsmehrheiten relativ entkoppelte (Macht-)Ebene, die man als „Hegemonie" im Sinne einer Dominanz bestimmter Denkweisen bezeichnen kann. (zu den Begriffsdefinitionen und der Methode ➔Abschnitt 2).

Gerade politische Akteure, die nicht den Status Quo konservieren wollen, sondern an sozialen, ökologischen und demokratischen Werten und Zielen orientiert sind – also im Wesentlichen die politische Linke – brauchen unterstützende Diskurse, eben um die Brücke zwischen dem politischen Handeln im „Hier und Jetzt" und weiterreichenden „Visionen" zu schlagen. Reform- oder auch (wie zunehmend diskutiert) Transformationsprojekte haben nicht nur eine programmatische, sondern immer auch eine diskursive Ebene.

In diesem Text soll der Versuch unternommen werden, einen Überblick über die relevanten Diskurse über den Themenkomplex Wirtschaft, Wachstum, Krise und Gesellschaft zu gewinnen. Welche Diskurse, welche Interpretationen der Krise und welche Zukunftskonzepte sind derzeit „im Angebot"? Gibt es alte Leitbilder, an denen angeknüpft wird? Oder stehen neue Leitbilder zur Verfügung? Wo verlaufen – auf der Ebene der Werte und der Weltsichten – die Konfliktlinien zwischen den politischen „Lagern"? Die vorliegende Analyse versucht einen Beitrag zu dieser Diskussion zu leisten und geht dabei in drei Schritten vor.

- In einem ersten Schritt versuchen wir, die verschiedenen Stränge der gegenwärtigen Diskussion über Krise, Wirtschaft und Wachstum zu entwirren und zu systematisieren.
- Doch solche „Elitendiskurse" übertragen sich nicht bruchlos auf die Gesellschaft. Der zweite Schritt besteht daher darin, einige aktuelle „Blitzlichter" aus der aktuellen Sozial- und Meinungsforschung zusammenzutragen, um ein (ganz sicher nicht vollständiges) Bild über Krisenerfahrungen und politische Erwartungen in der Bevölkerung zu zeichnen.
- In einem dritten Schritt versuchen wir auf dieser Basis - nicht im Sinne einer neutralen Analyse, sondern aus der politischen Perspektive des Denkwerk Demokratie - einige strategische Überlegungen für eine neue mehrheitsfähige „progressiv-demokratische" Diskursallianz zu formulieren und zur Diskussion stellen.

Dabei liegt der Fokus in diesem Text eher auf den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Die demokratiepolitischen Aspekte werden durchaus angesprochen, aber sie stehen nicht im Mittelpunkt. Die Entwicklung einer Landkarte demokratiepolitischer Diskurse wäre eine eigenständige Arbeit wert.

Definitionen und methodische Grundlage

Der hier verwendete Begriff des Diskurses meint *nicht* ein Synonym zu „Diskussion" oder „Debatte", wie im Alltagssprachgebrauch. Unter Diskurs wird hier auch nicht ein normatives Konzept der Diskursethik verstanden. (Politische) Diskurse werden in diesem Text definiert als „unsichtbare Machtressource", als Sinnzusammenhänge, die sich aus einzelnen, aufeinander bezogenen politischen Aussagen oder Forderungen (aber auch Symbolen und Praktiken) zusammensetzen und damit „Wahrheiten" konstruieren bzw. bestimmte „Weltsichten" begründen. Politische Diskurse im hier gemeinten Sinn sind:

- „Weltsichten" darüber, was als „wahr" oder „angemessen" gilt,
- Reduktionen von politischer Komplexität,
- Machtressourcen, auch um bestimmte Interessen als „Gemeininteresse" darzustellen,
- Verknüpfungen von einzelnen Forderungen (aber auch Praktiken oder Symbolen) um ein „zentrales Versprechen" bezogen auf das Gemeinwohl,
- Sie konstruieren ein diskursives „Innen" und „Außen",

- Sie werden stabilisiert durch Strukturen, Institutionen und Symbole, die Subjekte in ihrem Denken und Handeln beeinflussen,
- Sie werden verstärkt durch Begriffe und Metaphern, die bestimmte Weltsichten adressieren,
- Sie können auf kleinen und großen Erzählungen oder auch politischen Mythen basieren.

Um diese Diskurse zu erfassen, wurden öffentlich verfügbare und meist auch breiter kommunizierte Texte wissenschaftlicher, politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure gesichtet. Dabei handelt es sich um Texte, die entweder offizielle Verlautbarungen relevanter Akteure (Beschlüsse, Aufsätze, Interviews) sind oder solche, die (u.a. auch durch Bezüge Dritter) als in besonderer Weise repräsentativ für bestimmte Sichtweisen gelten können.

Die in diesen Texten formulierten Aussagen und Forderungen wurden daraufhin abgeprüft, auf welche „zentralen Versprechen" diese bezogen sind. Das „zentrale Versprechen" ist der diskursive Knotenpunkt einer Vielzahl von – auf einer konzeptionellen Ebene durchaus nicht widerspruchsfreien – Forderungen, um die herum sich die Diskurse gruppieren.

Sieben Diskurse über die Krise, die Ökonomie und ihre zentralen Versprechen

Identifiziert werden können sieben Diskurse, die hinsichtlich ihrer Krisensicht, ihrer Wertvorstellungen und ihrer zentralen Versprechen ein jeweils gemeinsames Muster aufweisen (zur detaillierten Darstellung der Diskurse ➔ Abschnitt 3). Allerdings sind die Diskurse keineswegs trennscharf voneinander abzugrenzen, sondern es gibt Schnittmengen, wie die „Landkarte" (siehe unten) zeigt.

1. Marktfreiheit und schlanker Staat

Dieser Diskurs legitimiert wirtschaftsliberale „Reformen" und sieht in staatlicher Regulierung die Wurzel allen Übels. Sein zentrales Versprechen lautet: „Mehr Marktfreiheit ermöglicht mehr Wachstum und mehr Chancen für jeden Einzelnen." Mit diesem Versprechen sind die bekannten wirtschaftsliberalen Forderungen nach Privatisierung und Liberalisierung verknüpft. Da der Markt als die natürliche Ordnung angesehen wird, wird Marktversagen als Krisenursache faktisch ausblendet. Problematisiert wird zum einen die blockierte Wachstumsdynamik durch (Sozial-) Staat und Fortschrittspessimismus, zum anderen das Staatsversagen und die Staatverschuldung (das „Über die Verhältnisse"-Leben). In narrativer und normativer Hinsicht ist dieser Diskurs eng verbunden mit der Idee der Marktfreiheit und des Besitzindividualismus, aber auch mit dem (monetaristisch beeinflussten) deutschen Stabilitätsmythos.

2. Made in Germany

Dieser Diskurs stellt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, die ihr zugrunde liegende Innovationskraft und die daran hängenden Arbeitsplätze ins Zentrum. Sein zentrales Versprechen: „Geht es der deutschen Wirtschaft (Industrie) gut, geht es der Gesellschaft gut." Die Globalisierung „an sich" wird positiv bewertet. Als Krisenursachen werden aber die Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft, unfaire Wettbewerbspraktiken, Ressourcenverknappung sowie

überzogene Wachstumskritik und Technikfeindlichkeit benannt. Zwar spielt dieser Diskurs sowohl in den Volksparteien, den Wirtschaftsverbänden als auch den Industriegewerkschaften eine wichtige Rolle, doch es verläuft eine innere Konfliktlinie u.a. entlang der Frage, ob Arbeit eher als Kostenfaktor bewertet wird oder eher als Innovationsfaktor. Narrativ und normativ ist dieser Diskurs eng mit Ingenieurskunst, deutscher Qualitätsarbeit und dem Stolz auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes („Exportweltmeisterschaft") verknüpft.

3. Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung
Dieser Diskurs steht in besonderer Weise in der Tradition bürgerlich-konservativen Denkens. Ordoliberal und sozialethisch beeinflusst, wird marktwirtschaftliche Freiheit mit „bürgerlichem" Verantwortungsethos verbunden. Sein zentrales Versprechen heißt: „Wir müssen Regeln finden und vor allem Werte stärken, die unsere Marktwirtschaft wieder auf gesellschaftliche Verantwortung verpflichten". Die Krisensicht basiert insofern auf der Einschätzung, der gegenwärtige Kapitalismus sei „aus den Fugen geraten". Eine Soziale Marktwirtschaft wird als der bewährte Pfad angesehen, allerdings gäbe es gegenwärtig „Auswüchse". Gefordert wird ein „Ordnungsrahmen" für die Marktwirtschaft, der aber oft im Ungefähren bleibt. Narrativ und normativ versucht dieser Diskurs (die konservative Variante) der Geschichte der sozialen Marktwirtschaft weiterzuerzählen und ist mit klassischen Topoi wie Freiheit und Verantwortung, Maß und Mitte und dem „ehrlichen Kaufmann" verknüpft.

4. Grünes Wachstum
Dieser vergleichsweise junge Diskurs rückt die ökologische Problematik ins Zentrum und sieht in ihrer Bewältigung eine Innovationsaufgabe. Seine Krisensicht bezieht auch den Finanzkapitalismus als Hindernis für Grünes Wachstum mit ein, zielt aber vor allem darauf ab, dass Strukturen und Fehlanreize überwunden werden müssen, die unsere Volkswirtschaften auf einem falschen (fossilen und ressourcenintensiven) Wachstumspfad belassen. Sein zentrales Versprechen: „Grünes Wachstum ermöglicht eine ´doppelte Dividende´ und damit die Versöhnung der sozialen und der ökologischen Frage." Dieser Diskurs basiert auf einem (selektiven) technologischen Optimismus und weniger auf politischen Wertvorstellungen. Narrativ knüpft er – u.a. mit dem Bild der „Dritten industriellen Revolution" an Vorstellungen an, nach denen neue Basistechnologien und Energietechniken auch zu weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen führen.

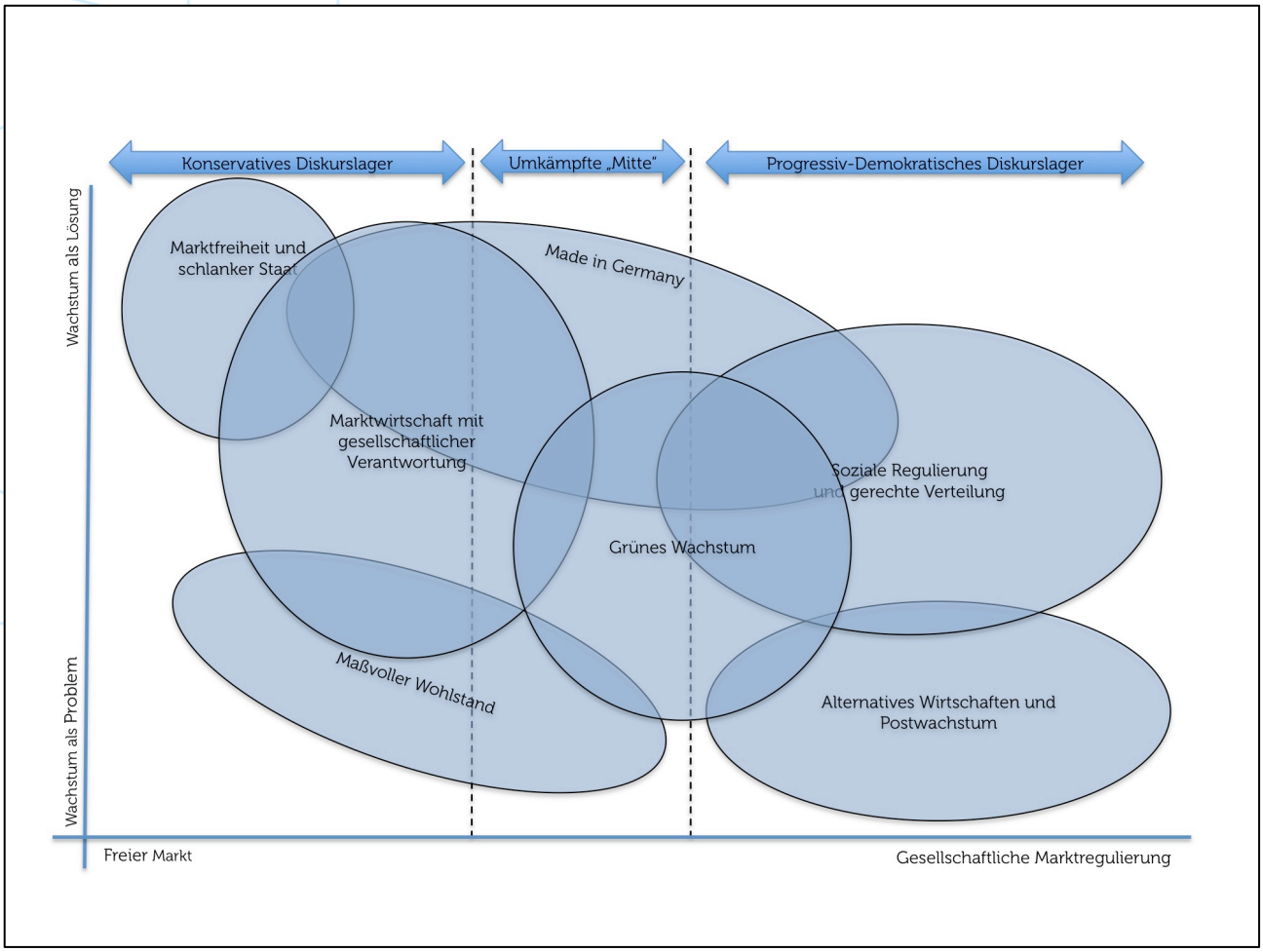
5. Soziale Regulierung und gerechte Verteilung
Dieser Diskurs steht in der Tradition verschiedener Strömungen der Kapitalismuskritik und der Arbeiter/innenbewegung. Seine Kritik und Krisensicht richtet sich in erster Linie gegen die neoliberale Politik und wirtschaftliche Praxis seit den 70er Jahren. Die wesentlichen Probleme sieht er darin, dass der entfesselte Finanzkapitalismus zur sozialen Spaltung und Aushöhlung der Demokratie geführt habe und so auch Wachstum und „Gute Arbeit" blockiere. Dementsprechend lautet sein zentrales Versprechen: „Wohlstand für alle ist möglich. Aber dafür brauchen wir das Primat demokratischer Politik über die Märkte, einen starken Staat und gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen". Sein zentraler Wert ist soziale Gerechtigkeit, vor allem im Sinne einer Verteilungsgerechtigkeit. Narrativ nimmt dieser Diskurs unter anderem Bezug auf das „goldene (wohlfahrtsstaatliche) Zeitalter" der Nachkriegsjahrzehnte, aber auch auf die Tradition und Geschichte der Arbeiter/innenbewegung.

6. Maßvoller Wohlstand
Dieser Diskurs steht für einen konservativen Postmaterialismus. Er geht von den ökologischen Grenzen des Wachstums aus, zielt aber darauf ab, bestehende Machtverhältnisse und soziale Unterschiede innerhalb dieser Grenzen zu konservieren. Er sieht die ganze Gesellschaft in einer Krise, alles sei „maßlos" geworden. Sein zentrales Versprechen: „Mehr Lebensglück ist möglich, wenn wir unsere Maßstäbe verändern und mit dem Wachstumswahn brechen". Entwickelt werden Wertvorstellungen von „Lebensglück", an denen sich die Gesellschaft orientieren solle.

7. Alternatives Wirtschaften und Postwachstum
Dieser – kapitalismuskritische und z.T. linksalternative – Diskurs geht stärker als alle anderen bislang skizzierten Diskurse von einer Vierfach- oder auch „Metakrise" aus, die Ökonomie, Ökologie, Gesellschaft und Demokratie umfasse. Deren Ursache wird im gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell gesehen. Kritisiert werden globale Ungerechtigkeit, Wachstumszwänge, Konsumismus und Fremdbestimmung. Sein zentrales Versprechen lautet: „Ein gutes Leben für alle Menschen auf der Welt ist nur möglich, wenn wir das gegenwärtige Wirtschafts- und Konsummodell überwinden." Die politischen Antworten in diesem sehr breit gefächerten Spektrum sind allerdings keineswegs einheitlich. Dieser Diskurs hat wohl das anspruchsvollste Gerechtigkeitskonzept, auch weil er stärker als andere die globale Dimension und auch die Geschlechterfrage in den Blick nimmt. Er knüpft narrativ u.a. an den Erfolgen von internationalen und nationalen sozialen Bewegungen an.

Landkarte der Diskurse

Diese sieben beschriebenen Diskurse lassen sich in einem zweidimensionalen politischen Raum darstellen, der von zwei Achsen aufgespannt wird. In der ersten Dimension wird danach differenziert, ob diese Diskurse sich eher am Prinzip liberaler Marktfreiheit orientieren oder eher an Vorstellungen einer sozial regulierten Wirtschaft. Die zweite Dimension unterscheidet nach der „Wachstumsfreundlichkeit" dieser Diskurse – wird zukünftiges Wachstum eher als Beitrag zur ökonomischen Problemlösung gesehen oder ist Wachstum an sich eher Teil des Problems?



Unterscheidet man nach politisch eher konservativen Diskursen oder politisch progressiven/linken Diskursen, bietet sich die horizontale Achse immer noch als der wesentliche Maßstab der Differenzierung an, da die klassischen politischen Lager am ehesten durch ihre jeweiligen Wertvorstellungen von Gerechtigkeit und Gleichheit zu unterscheiden sind.

Zu identifizieren ist einerseits ein **konservatives Diskurslager**, das dadurch definiert wird, dass die in diesem Bereich zu verortenden Diskurse im Großen und Ganzen auf eine Rechtfertigung des gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells abzielen und die bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnisse strukturell nicht in Frage stellen.

Ihm gegenüber steht ein **progressiv-demokratisches Diskurslager**. Die in diesem Bereich zu identifizierenden Diskurse sehen in den bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnissen – wenn auch in unterschiedlicher Weise – ein Hemmnis ihres jeweiligen zentralen Versprechens. Wir nennen es hier „progressiv-demokratisch", weil wir davon ausgehen, dass ein sozial-ökologischer Fortschritt entgegen der konservativen Logik mit einer gesellschaftlichen (und wirtschaftlichen) Demokratisierung - also auch einer anderen Verteilung von Macht - einhergehen muss.

Zwischen diesen Lagern steht eine **umkämpfte Mitte**, in der sich fünf der sieben aufgeführten Diskurse überschneiden. Gerade hier ringen konservative und progressive Sichtweise miteinander – auch im Alltagsbewusstsein der Bürger/innen.

Auffällig ist, dass sich auch die meisten Parteien darum bemühen, in den Diskursen dieser Mitte präsent zu sein (➔siehe Darstellung in Abschnitt 4). Diese umkämpfte Mitte scheint ein maßgeblicher Ort zu sein, an dem sich Hegemonie im Sinn einer „Meinungsführerschaft" bestimmter Diskurse entscheidet.

Eines fällt dabei in besonderer Weise auf: **Der Diskurs „Grünes Wachstum" steht in dieser Übersicht im Zentrum**. Er hat zudem von allen Diskursen die meisten Schnittstellen mit anderen Diskursen. Vieles spricht dafür, dass der Diskurs „Grünes Wachstum" derzeit in hohem Maße umkämpft ist und dass jede wirtschaftspolitische Diskursführerschaft darauf angewiesen ist, Elemente dieses Diskurses für sich zu gewinnen.

Gesellschaftliches Meinungsbild

Eine empirische Analyse, wie diese (Eliten-)Diskurse in der Gesellschaft verankert sind und vor allem welchen (auch widersprüchlichen) Verbindungen sie im Alltagsverstand der Menschen eingehen, kann im Rahmen dieses Werkberichtes nicht geleistet werden. Fasst man aber zumindest einige aktuelle „Blitzlichter" aus der aktuellen Sozialforschung zusammen (➔Abschnitt 5), kann man diese auf den Nenner eines „Unbehagens in einer gespaltenen Gesellschaft bringen." Zwar ist ein großer Teil der Gesellschaft mit dem Status Quo nicht zufrieden. Aber dies drückt sich weniger in einer politisch wirksamen Kritik aus, auch weil dafür die politischen Bezüge fehlen.

- Zwar gibt es eine erhebliche Kritik am Wirtschaftssystem, jedoch weniger im Sinne der Forderung nach einer grundsätzlichen System-Alternative. Es besteht der Wunsch nach einer sozial regulierten sozialen Marktwirtschaft, die vor allem eine gerechtere Einkommensverteilung, Sicherheit und „Gute Arbeit" gewährleistet.
- Bei allen Unterschieden, die es zwischen den sozialen Milieus und politischen Lagern gibt, ist die breit geteilte Gerechtigkeitsvorstellung jedoch die Kombination aus Leistungsgerechtigkeit und Bedarfsgerechtigkeit. Gerade das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit wird angesichts der großen Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung als nicht eingelöst angesehen.
- Den wachsenden Ansprüchen auf berufliche Kompetenzentfaltung stehen die (nicht nur krisenbedingten) Alltagserfahrungen von Rationalisierung, Sparzwängen und Prekarisierung entgegen.
- Das prinzipielle Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützen viele Bürger/innen im Grundsatz. Aber eine gedankliche Verbindung mit sozialen Zielen und sicheren Arbeitsplätzen – etwa im Sinne eines „Green New Deal" - stellt gegenwärtig nur eine Minderheit her.
- Die Demokratiekritik zielt vor allem auf den Eindruck vieler Bürger/innen, dass ihre Interessen nicht genau so viel zählen wie die Interessen mächtigerer Gruppen. Ein Teil will (auch darum) aktiv selbst mehr mitbestimmen, ein anderer Teil möchte einfach nur (wieder) besser politisch vertreten werden.

- Die gesellschaftliche Spaltung zwischen Oben, Mitte und Unten wird verschärft durch eine Tendenz zur Resignation oder der „stummen Kritik" einerseits und zur „unternehmerischen Selbstbehauptung" andererseits.

Insgesamt zeigt sich das Bild einer Gesellschaft, die für mehr soziale, ökologische und demokratische Ziele durchaus zu gewinnen und zu mobilisieren ist. Doch es fehlen Bezüge zwischen sozial und kulturell getrennten Gruppen und es fehlen politische Ideen, Projekte und Sinnbezüge, an denen sich dies festmachen könnte.

Neue Diskursallianzen

Politische Strategiefähigkeit, die nicht nur auf das eigene Organisationsinteresse oder den Wahlerfolg abzielt, sondern zumindest gleichermaßen auf die Umsetzung der eigenen Werte und Ziele, muss zugleich eine Fähigkeit sein, an Diskurs-Allianzen zu arbeiten (➔Abschnitt 6). Sowohl ein „Diskurs-Surfing", bei dem je nach Themenlage ein anderer Diskurs bedient wird, als auch ein „Diskurs-Einkapseln" (d.h. das Schließen der eigenen Reihen auf Basis der jeweiligen eigenen Weltsicht) mögen taktisch nachvollziehbar sein. Strategisch ist diese Vorgehensweise nicht. **Die Arbeit an Diskursallianzen ist also als ein politisch-kommunikativer Prozess zu sehen, der darauf abzielt, in den Köpfen bislang Getrenntes neu zu verknüpfen. Diskursallianzen addieren nicht konkurrierende Diskurse, sondern sie vergrößern die Schnittmengen zwischen im politischen Raum benachbarten Diskursen**. Wenn solche Allianzen ein bestimmtes Maß an Bedeutung und Kohärenz aufweisen, kann man sie als einen neuen eigenständigen Diskurs definieren. Ein Beispiel für einen solchen Prozess ist der neu entstandene Diskurs „Grünes Wachstum", der Elemente der älteren Diskurse „Made in Germany" und über die „Grenzen des Wachstums" verknüpft hat.

Im **konservativen Lager** zeichnen sich derzeit zwei Muster ab:

- **Stabilitätspatriotismus":** Diese konservative Diskursallianz zielt darauf ab, Elemente der Diskurse „Marktfreiheit und schlanker Staat" und „Made in Germany" zu verbinden. Die starke Exportposition der deutschen Volkswirtschaft wird diskursiv verknüpft mit dem Gedanken des „soliden Haushaltens". Formuliert wird nach innen ein Sicherheits- und Stabilitätsversprechen, das erstens anknüpft an der tiefsitzenden Inflationsangst der deutschen Bevölkerung bzw. an der vermeintlich erfolgreichen Stabilitätsorientierung der Deutschen Bundesbank und der harten Deutschen Mark und zweitens an der erfolgreichen Krisenbewältigung der deutschen Volkswirtschaft. Das diskursive Außen wiederum sind jene europäischen Volkswirtschaften, die ihre „Hausaufgaben" nicht gemacht hätten und von denen nun nach deutschem Vorbild eine konsequente Sparpolitik und „wachstumsorientierte Strukturreformen" verlangt werden.

- **„Moralischer Kapitalismus":** Das zweite konservative Bemühen um eine Diskursallianz zielt ab auf eine Verbindung die Diskurse „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung" und „Grünes Wachstum", teilweise auch „Maßvoller Wohlstand" und „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung". Dieser Ansatz geht durchaus auch von einer mehrdimensionalen Krise aus, sieht jedoch keine „systemischen" Ursachen, sondern belässt es bei der Forderung nach Einzelreformen, die oftmals (wie eine Besteuerung von Finanztransaktionen) auch eher taktisches Zugeständnis sind. Meist geht es jedoch um moralische Appelle und freiwillige Lösungen. Die Devise lautet: So

viel Unverbindlichkeit und Verantwortungsrhetorik wie möglich, so viel politische Regulierung wie nötig.

Im **progressiv-demokratischen Lager** besteht – fast schon traditionell – eine sehr große Kluft zwischen theoretischen und ethischen Grundpositionen und weit reichenden Transformationsvorstellungen und einer sich als „pragmatisch" verstehenden Politik, die sich dem Krisenmanagement im „Hier und Jetzt" verpflichtet fühlt. Doch mit Blick auf eine neue progressiv-demokratische Diskursallianz gibt es eine Reihe von Anknüpfungspunkten, nicht zuletzt die konzeptionellen Diskussionen um einen Pfadwechsel, Green New Deal, neuen Fortschritt oder eine Große Transformation, an denen anknüpfen wäre.

Eine mögliche Diskursallianz, die hier diskutiert wird, nennen wir „Demokratische Transformation zur zukunftsgerechten Gesellschaft." Der realpolitische Ausgangspunkt muss der gegenwärtige Entwicklungspfad mit seinen Strukturen, Institutionen und Interessenlagen sein, auf sich dem die deutsche Volkswirtschaft (als Teil Europas) befindet. Zugleich muss eine Perspektive aufgezeigt werden, die eine **mittelfristige Transformation gegenwärtiger Strukturen nach normativen Vorstellungen und politischen Zielen anstrebt**. Dabei geht es nicht um eine abstrakte Systemalternative, sondern im Kern um eine regulierte Marktwirtschaft, die sozialen, ökologischen und demokratischen Prinzipien folgt und in der Markt, Staat, öffentliche Güter und gesellschaftliche Selbstorganisation neben einander existieren, aber den gleichen „Leitplanken" folgen müssen.

Solche „reformistischen" Transformationsansätze sind keinesfalls neu: Schon in den 80er Jahren wurde mit Leitbildern wie dem „sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaft" gearbeitet und auf dem Gebiet der Energiewende wird dieser aktuell praktiziert. Allerdings weist der aktuelle Transformationsbedarf deutlich über dieses Feld hinaus.

Gerade aus diesem Grund wird eine progressiv-demokratische (oder auch linke) Diskursallianz nur möglich sein, wenn es gelingt, von **bestimmten bornierten Denkpfaden der letzten Jahrzehnte abzuweichen und sich nicht immer wieder aufs Neue auf konservative Denkmuster einzulassen**.

- An die Stelle eines überwiegend kurzfristigen, betriebswirtschaftlichen und als vermeintlich „vernünftig" angesehenen Denkens (auch in Bezug auf den Staat) muss eine gesamtgesellschaftliche Sichtweise bzw. eine langfristige (auch sozial-ökologische) Kosten-Nutzen-Betrachtung treten. Hierzu gehört nicht zuletzt eine Politisierung des Geldes. Dieses ist nicht neutral, auch keine normale „Ware" und insofern einer demokratischen Kontrolle zu unterziehen.
- Gleiches gilt für national beschränkte Sichtweisen und die Unterordnung der Idee einer demokratischen Republik unter das Leitbild des „Wirtschaftsstandortes". Deutlicher werden muss, dass europäische und internationale demokratische Regelungen langfristig im Interesse der gesellschaftlichen Mehrheit sind.

Auch hier gilt: Ausgangspunkt müssen die realen Interessen, Ängste, Alltagsprobleme und Erfahrungen der Bürger/innen sein. Doch zugleich gilt es, Wege aufzuzeigen, neue Maßstäbe zu entwickeln und Vorbilder zu prägen, die auf einen neuen Pfad hinführen. Als mögliche Leitplanken oder auch politische Projekte wären zu nennen:

- **Nachhaltiger Innovations- und Entwicklungspfad:** Erstens eine ökonomische Innovations- und Modernisierungsstrategie, die sich durchaus an langfristigen und ambitionierten Nachhaltigkeits-Zielen orientiert, aber ihren realpolitischen Ausgangspunkt im deutschen Export- und Produktionsmodell mit all seinen Interessen, Strukturen und Kulturen nimmt. Ein zukunftsgerechter Wachstumspfad setzt wiederum, das muss immer wieder verdeutlicht werden, einen anderen, sozial regulierten Kapitalismustyp und eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung voraus.
- **Stärkung des Öffentlichen:** Zweitens die Rückbesinnung auf die Bedeutung des Öffentlichen (öffentliche Güter, soziale Dienstleitungen, Medien, soziale Sicherung, lebenswerte Kommunen etc.) für eine moderne, gerechte und nachhaltige Gesellschaft.
- **Gute Arbeit – Gutes Leben:** Drittens sollte eine mit Mindeststandards, Anerkennung und sozialen Rechten verbundene Erwerbsarbeit wieder als wesentliche Basis unserer Gesellschaft und als ihr „Kitt" im Sinne einer Einheit der Vielfalt betrachtet werden. Erforderlich ist ein neues normatives Leitbild der Erwerbsarbeit, das plurale Lebenslagen und Ansprüche sowie arbeits- und sozialpolitische Zielsetzungen miteinander verknüpft.
- **Demokratische Gesellschaft:** Viertens kann ein neuer Pfad wohl nur dann beschritten werden, wenn er als politisch-kultureller Transformationsprozess und als Prozess der schrittweisen Überwindung des nationalen Denkens verstanden wird. Dies ist nur denkbar, wenn er zugleich mit einer Demokratisierung der deutschen Gesellschaft aber auch der Institutionen der EU einhergeht. Dieses Projekt verknüpft die bereits genannten Projekte und macht deutlich, dass soziale und ökologische Ziele nur zu erreichen sind, wenn zum einen der Primat der Politik gegenüber den Märkten wieder hergestellt wird und zum anderen der angestrebte Wandel im demokratischen Prozess verläuft.

„Demokratische Transformation zur zukunftsgerechten Gesellschaft" – Thesen zur Strategie einer neuen progressiv-demokratischen Diskursallianz

1. Über den politischen Gestaltungspielraum für eine Politik, die sozialen, ökologischen und demokratischen Grundsätzen folgt, wird nicht nur entschieden bei Wahlen oder politischen Verhandlungen, sondern auch auf den Feldern der Erzählungen, Kultur, der Lebensstile, des Alltagsverstandes, der Zivilgesellschaft – oder anders formuliert, auf der Ebene der Diskurse. **Eine neue Diskursallianz muss in den Köpfen bislang Getrenntes zusammenführen. Neue Diskurse entstehen, in dem aus Einzelinteressen Gemeinschaftsinteressen werden und umgekehrt vermeintliche Gemeinschaftsinteressen offengelegt werden als die Einzelinteressen Weniger.** Das Beispiel der Energiewende zeigt, wie plurale Akteure im Schoße des Alten gegen harte Interessen ein „hegemoniales Neues" hervorgebracht haben.

2. Eine neue Diskursallianz entsteht nicht im luftleeren Raum. Sie ist keine bloße Idee, sondern braucht eine gesellschaftliche Basis und ist daher immer auch eine Allianz von Interessen, sozialen Gruppen und politischen Akteuren. Zwar folgt sie nicht der Logik eines Masterplans und auch keinem zentralen Akteur. Sie entsteht aber auch nicht zufällig oder auf Basis von taktischen Formelkompromissen. **Erforderlich ist die Bereitschaft einer pluralen Akteurskonstellation zum strategischen Vorausdenken**..

3. **Einem neuen gesellschaftlichen Pfad geht das Reifen einer politischen „Vision" voraus.** Das „zentrale Versprechen" einer neuen Diskursallianz kann zur Stunde wohl weniger ein abstraktes neues Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sein. Es muss zunächst einmal auf die **Rückeroberung der Vorstellung abzielen, dass Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch im Sinne sozialer und ökologischer Ziele gestaltbar sind**.

4. Eine solche Diskursallianz funktioniert nicht im Sinne eines Gesellschaftsvertrages aller mit allen. Sie muss eine **klare Abgrenzung vornehmen gegenüber einem „Kapitalismus der Verantwortungslosigkeit"** und solchen Akteuren und Diskursen, die darauf abzielen, dieses Modell zu konservieren.

5. Eine neue Diskursallianz muss eine positive Zukunftshoffnung bzw. einen **„reformistischen Optimismus"** aktivieren. Nötig ist eine „diskursive Transformation" im Sinne eines demokratischen politisch-kulturellen Vermittlungs- und Lernprozesses. Der Weg könnte darin bestehen, politische Leitplanken zu formulieren, die auf der einen Seite kollektiv verbindlich sind und auf der anderen Seite den / die Einzelne befähigen, innerhalb dieser Leitplanken Kreativität und Initiative zu entfalten.

6. Auch wenn Diskurse eher die „Software" einer Gesellschaft sind, so basieren sie doch auf einer institutionellen Hardware. Die Arbeit an einer neuen Diskursallianz muss begleitet werden durch einen **Umbau von Strukturen, Institutionen und Anreizsystemen, die unser Denken im Lebensalltag beeinflussen**.

7. Eine neue demokratische Diskursallianz sollte das **Leitbild einer „Demokratischen Gesellschaft"** integrieren. Es geht davon aus, dass eine nachhaltige Transformation nur ein demokratischer (Lern-)Prozess sein kann. Gesellschaftliche Transformation erfordert Sozialkapital und Wir-Identität; diese setzen ein hohes Maß an sozialer Gleichheit und demokratischer Beteiligung voraus.

8. Eine neue Diskursallianz sollte das **Leitbild eines „nachhaltigen Innovations- und Entwicklungspfades"** integrieren. Es geht davon aus, dass eine nachhaltige Transformation nur mit Innovationen und selektivem Wachstum zu denken ist.

9. Eine neue Diskursallianz sollte das **Leitbild „Gute Arbeit-Gutes Leben"** integrieren. Es geht davon aus, dass eine nachhaltige Transformation nur auf Basis von mehr Gleichheit, Gerechtigkeit, Teilhabe und sicheren Existenzgrundlagen der Einzelnen möglich ist.

10. Eine neue demokratische Diskursallianz sollte das **Leitbild einer „Stärkung des Öffentlichen"** integrieren. Es geht davon aus, dass eine nachhaltige Transformation nur möglich ist, wenn definierte Bereiche der Gesellschaft der reinen Markt- und Profitlogik entzogen werden.

1 Einführung: Krise als Chance für ein „Neues Denken"?

Krisen werden immer auch als mögliche Wendepunkte gesehen. Sie bieten die Chance, neu zu denken und einen als falsch erkannten Entwicklungspfad zu verlassen. In Krisen gerät das „alte Denken" unter Legitimationsdruck und es können sich gesellschaftliche Allianzen für ein „Neues Denken" und in der Folge auch neue politische Mehrheiten bilden.

Dementsprechend war die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007 mit der Erwartung verbunden, die wirtschaftsliberal geprägte Phase der 80er-00er-Jahre hinter sich lassen zu können. Von einer „Zeitenwende" oder einem „Kurswechsel" war die Rede. Damit verband sich die Hoffnung auf ein neues, auf soziale und ökologische Ziele ausgerichtetes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell und ein Comeback des Primats demokratischer Politik gegenüber den Märkten.

Im nun fünften Jahr nach Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sind wir jedoch von einer sozial-ökologischen Erneuerung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells noch weit entfernt. Zur Mitte des Jahres 2012 lässt sich sagen, dass wir es in Deutschland und Europa mit einem höchst widersprüchlichen „Gebräu" an Krisenanalysen und Lösungsansätzen sehr unterschiedlicher Richtung und Reichweite zu tun haben. Auch den an einer sozialen, ökologischen und demokratischen Gestaltung interessierten politischen Kräften ist es – nicht zuletzt aufgrund der anhaltenden Krise in Europa - bislang noch nicht hinreichend gelungen, so etwas wie einen gemeinsamen Zukunftsdiskurs über einen neuen Weg zu prägen. Die öffentliche Debatte – gerade über die Politik in Europa – gleicht vielen Bürgern wohl eher einem Labyrinth als einem Ausweg aus der Krise.

Die verschiedenen (nicht unbedingt erfolgreichen) wirtschaftspolitischen Versuche der letzten Jahrzehnte, die „Spannung zwischen Kapitalismus und Demokratie" zu bewältigen, haben Wolfgang Streeck zufolge nicht nur in diese Krise geführt, sondern gegenüber früheren Zeiten auch die politische Konfliktlage für Bürger/innen schwer durchschaubar gemacht: „Seither … sind die Schlachtfelder, auf denen die Widersprüche des demokratischen Kapitalismus ausgefochten werden, immer komplexer geworden, was es für jemanden, der nicht zu den politischen und finanziellen Eliten gehört, ungemein schwer macht, die zugrundeliegenden Interessen zu erkennen und seine eigenen zu formulieren."[1] Wenn dies zutrifft, ist es eine zentrale Frage der Demokratie und eine wichtige Herausforderung für die politischen Akteure, diese Erkenntnis nicht fatalistisch hinzunehmen, sondern eben diese Komplexität zu reduzieren und demokratische Entscheidungsalternativen zu benennen.

Dieser Werkbericht versucht zunächst einen Beitrag zu den Erklärungsversuchen zu leisten, warum bislang vieles beim „Alten" geblieben ist. Er versucht zudem einige strategische Überlegungen für das progressiv-demokratische Lager[2] zu formulieren.

[1] Streeck 2011, S. 13
[2] Zur Erläuterung siehe Abschnitt 4

Die politische Ausgangsposition der vorliegenden Analyse ist nicht „neutral", sondern in der ersten „Denkschrift" des Denkwerk Demokratie formuliert: „Uns eint die Einsicht, dass wir mehr politische und wirtschaftliche Veränderung brauchen, als nur kleinere Korrekturen am Bestehenden oder kurzfristige Krisenprogramme. Wir brauchen ein neues Wirtschaftsmodell: Eines, das sich am Ziel eines „guten Lebens" für alle orientiert. Eines, das in der Lage ist, ein produktives Zusammenspiel von Innovation und Dynamik, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit zu ermöglichen. Uns ist klar, dass ein solches Modell nicht am Reißbrett entstehen kann. Es folgt nicht dem großen Plan und schon gar nicht dem einen Akteur. Es bedarf der Ideen Vieler und neuer gesellschaftlicher Allianzen. Dieses muss begleitet werden von einem „Neuen Denken", einer anderen Sichtweise auf die Prinzipien unseres Wirtschaftens."[3]

Die öffentliche Diskussion über die Krise durchlief verschiedene Phasen. Einer ersten Phase des Herunterspielens als eine bloße US-Subprime-Krise folgte eine zweite Phase des akuten und erfolgreichen Krisenmanagements. Darauf folgte eine breit geteilte Einsicht in die tiefe Dimension der Krise, die systemischen Ursachen des „Finanzkapitalismus" und folglich die Diskussion über eine erforderliche „Zeitenwende". Viele Akteure forderten eine grundlegende Regulierung des Finanzsektors, einige sahen die Lösung in einer Rückbesinnung auf die „Soziale Marktwirtschaft", andere dachten den nötigen Ausweg aus dem Finanzkapitalismus konzeptionell zusammen mit der Bewältigung der ökologischen Krise. Historische Begriffe für einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel wie „New Deal" oder „Große Transformation" wurden reaktiviert.

Ab etwa Mitte 2010 rückten die (wiederum krisenbedingte) Verschuldung einzelner Euro-Staaten und die so genannte Eurokrise ins Zentrum. Vor allem konservative und liberale Akteure nutzten dies zu einer Umdeutung der Finanz- und Wirtschaftskrise als Vor-allem-Staatsschuldenkrise. Diese Deutung kam nicht aus dem Nichts und auch nicht überraschend. Wie eine historische Vergleichsstudie zeigt, hat der (meist wirtschaftsliberale) Topos der Staatsverschuldung im Vergleich politischer und medialer Deutungen der Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte an Bedeutung gewonnen.[4] Auf dieser Grundlage konnten konservative Akteure aufbauen.

Doch zugleich wurde deutlich, dass die in der Logik des Finanzkapitalismus wurzelnden Ursachen der Krise keineswegs überwunden sind und zudem die „Macht der Banken" selbst das Staatsschuldenproblem vergrößert. Diese oft diffuse Kritik äußerte sich Occupy-Protesten, aber auch der bis ins konservative Lager reichenden Kritik an Ratingagenturen und der Forderung nach einer Besteuerung von Finanztransaktionen.

Derzeit scheinen verschiedene Analysen und Debattenstränge eher neben- und übereinander zu liegen, als dass es eine große gesellschaftliche Debatte über den richtigen Weg gäbe. Zwar flackern immer mal wieder Proteste gegen den die Macht der Finanzmärkte auf. In Fachzirkeln und Kommissionen wird über neue Wohlstandsmodelle diskutiert. Im Juni 2012 organisierten der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Evangelische Kirche und Umweltverbände sogar einen gemeinsamen „Transformationskongress". In der breiten öffentlichen Debatte wiederum dominiert die Angst vor einem Zusammenbruch des Euro und der Fokus der amtierenden schwarz-gelben

[3] Denkwerk Demokratie 2012, S. 2
[4] Wengeler, Ziem 2010

Bundesregierung liegt darauf, die Länder der EU auf eine Politik der Haushaltskonsolidierung und angebotsorientierte „Strukturreformen" zu verpflichten.

Es verwundert daher nicht, dass in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion wieder über Pfade oder das Konzept der Pfadabhängigkeit diskutiert wird. Denn es stellt sich die Frage, was Pfade wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung stabilisiert und unter welchen Voraussetzungen Pfadwechsel möglich sind. Gesellschaftliche Entwicklung scheint sich durch längerfristig stabile Phasen auszuzeichnen, die durch so genannte „Lock-ins" oder Verriegelungen in der „Spur" gehalten werden. Dazu gehören unter anderem politische Strukturen, Institutionen, Denkweisen und Gewohnheiten:

- Eine Volkswirtschaft ist auf eine bestimmte Art und Weise in die globale Arbeitsteilung eingebunden. Im Falle Deutschlands ist dies eine starke industrielle Exportorientierung und –abhängigkeit, die auch als ein „speziell deutscher ökonomischer Modernisierungspfad"[5] angesehen wird.
- Auch auf einzelnen ökonomischen Feldern wie z.B. der Energieversorgung werden Pfade durch Entscheidungen (und Investitionen) der Vergangenheit auch in der Gegenwart stabilisiert. Die jahrzehntelange Debatte um die Atomenergie zeigt, wie konflikthaft Pfadwechsel sind – aber ebenso, dass sie möglich sind.
- Einem historisch gewachsen Pfad folgt auch der Sozialstaat. Deutschland wird – bei allen Veränderungen der letzten Jahre – immer noch als ein „konservativer" Sozialstaat angesehen, dessen Wurzeln bis in die Zeit Bismarcks zurückreichen.
- Ebenso folgen politische Strukturen, Akteure und Prozesse der Aushandlung von Interessen bestimmten Pfaden. Diese werden auch durch gesetzliche verankerte Institutionen (z.B. Mitbestimmung, Tarifautonomie) gesichert.
- Die ökonomischen Strukturen, die Berufslandschaft, das Geschlechterverhältnis aber auch politisch-kulturelle Traditionen prägen die sozialen Milieus mit ihren Bindungen nach innen und Abgrenzungen gegenüber anderen Milieus nach außen, die wiederum neue politische Allianzen erschweren.
- Diese Pfade stehen in einem Wechselverhältnis mit dominierenden Diskursen, in denen sich eine Gesellschaft (freilich konflikthaft) selbst erzählt, was sie für „wahr" und „angemessen" hält.

Der Ökonom Kurt Hübner nennt drei Gründe, warum es ein „schwieriges Unterfangen" ist, derartige Pfadabhängigkeiten zu durchbrechen:[6]

- Der Zeithorizont zentraler Akteure. Hierzu gehört zum Beispiel das Problem vierjähriger Legislaturperioden des Deutschen Bundestages in Relation zur „Jahrhundertaufgabe" einer Bewältigung der Klimakatastrophe.
- Das ökonomische, politische und kulturelle Gewicht, das der etablierte Pfad mit sich bringt. Dieser Pfad ist immer mit Interessen, Sicherheiten, Gewohnheiten etc. verbunden.[7]
- Das Ungewissheitsproblem einer Umsteuerung. Niemand kann sicher sein, dass eine alternative Option für die Gesellschaft aber auch den Einzelnen zu einer Verbesserung führt.

All diese Hindernisse, darauf weist auch Hübner hin, stellen sich sehr konkret, wenn man die Aufgabe einer Umsteuerung der stark exportgetriebenen und (auf fossiler Energienutzung

[5] Hübner 2011, S. 641
[6] Hübner 2011, S. 646
[7] Vgl. auch WBGU 2011, S. 71 - 86

basierenden) deutschen Volkswirtschaft in Richtung einer sozial gerechten und nachhaltigen Ökonomie in Angriff nehmen will. Mindestens ein vierter Punkt wäre zu ergänzen: Das Auseinanderklaffen der räumlichen Dimension von „Pfaden" (der finanzgetriebene Kapitalismus sowie der fossile Wachstumspfad sind nur nicht nationale Phänome) und der demokratisch legitimierten Handlungsebenen. Selbst wenn eine vom Klimawandel bedrohte Nation sich für eine völlig nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise entscheiden würde, wäre damit das Problem der globalen Klimaveränderung nicht gelöst.

Hingewiesen wird in der Transformationsforschung nun darauf, dass externe Schocks und Krisen alte Pfade aufbrechen können. Dies sind „Momente, in denen das alte, stabile institutionelle und machtpolitische Equilibrium durchbrochen wird und sich Möglichkeiten für tiefgreifende Reformen eröffnen."[8] Auch Diskurstheoretiker weisen darauf hin, dass Risiko-Ereignisse ein „Gelegenheitsfenster für konkurrierende Diskursperspektiven" öffnen können.[9]

Doch dies ist kein Automatismus. Krisen produzieren auch Untersicherheiten und Ungewissheiten, in denen sich das „Alte" stabilisieren und neu erfinden kann.[10] Ob Krisen konservativ oder progressiv beantwortet werden, hängt offenkundig von einigen Voraussetzungen ab.

Eine Bestätigung dafür, dass eine akute Krise auch ein politisches Momentum darstellen kann, liefert das Beispiel des deutschen Atomausstiegs in Folge der Atomkatastrophe in Japan.

Beispiel für ein Krisenmomentum: Der deutsche Atomausstieg

Der Atomunfall im japanischen Fukushima war eine solche Krise, in der das „Alte" (also der Pfad der atomaren Stromerzeugung in Deutschland) schneller als politisch von der amtierenden Bundesregierung beabsichtigt verlassen wurde. Dieser Pfadwechsel hatte aber eine Vorgeschichte:

- Es gab eine jahrzehntelange Tradition der Kritik, des Protestes und der Aufklärung über die Atomenergie, getragen von sozialen Bewegungen, Verbänden, Expert/innen und parteipolitischen Akteuren. Es bildete sich eine – wenn auch nicht immer organisatorisch verbundene – gesellschaftliche Allianz gegen die Atomenergie und für eine Energiewende. Diese reichte deutlich über die Anti-AKW-Bewegung im engeren Sinn hinaus und erstreckte sich über unterschiedliche soziale Milieus - bis zu einer wachsenden Branche der erneuerbaren Energien mit eigenen ökonomischen Interessen.
- Es wurden kritisches und alternatives Wissen und Kompetenzen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen aufgebaut. Der Erfolg der deutschen Anti-Atom-Bewegung wird vor allem mit den „Wechselwirkungen zwischen Bürgerprotest, Medien, Politik, Verwaltung, Justiz und Wissenschaft" erklärt.[11]
- Alternative Optionen zur atomaren Energieerzeugung sind in den letzten Jahrzehnten (und beschleunigt durch die rot-grüne Bundesregierung ab 1998) technisch herangereift, inzwischen ein Massenmarkt, ein wirtschaftlicher „Standortfaktor" und zudem im Alltag erfahrbar.
- Diese Allianz wurde weniger über Organisationen und auch nicht zwingend durch Parteien zusammengehalten, sondern vor allem durch einen gemeinsamen Diskurs mit dem zentralen Versprechen, das man auf die Formel „Mehr Nachhaltigkeit, mehr Sicherheit, mehr Gesundheit, mehr Jobs durch Atom-Ausstieg und Erneuerbare-Einstieg" bringen kann.
- Ein Teil des Parteienspektrums (zunächst die Grünen, später die SPD) hat sie dieses Versprechen zu Eigen gemacht (und dieses bereits in der rot-grünen Koalition ab 1998) politisch umgesetzt.

[8] Merkel 2010, S. 72
[9] Keller 2010, S. 85
[10] Dueck 2012
[11] Radkau 2012, S. 117

- Dieser zunehmend hegemonialen Allianz hatte letztlich auch die ursprünglich atomfreundliche konservativ-liberale Bundesregierung nach dem Unfall von Fukushima nichts mehr entgegenzusetzen.
- Die deutsche Pionierrolle beim Atomausstieg und der Energiewende hat durchaus auch Einfluss auf politische Debatten in anderen Ländern. So hat sich beispielsweise Mitte 2012 mit ausdrücklichem Bezug auf das deutsche Vorbild in Japan eine atomkritische grüne Partei gegründet.

Es spricht also einiges dafür, dass Krisen dann Wendepunkte darstellen können, wenn es gelingt, ein „hegemoniales Neues" hervorzubringen, das bereits „im Schoße des Alten" herangereift ist. Dieses „hegemoniale Neue" ist jedoch nicht gleichzusetzen mit dem bloßen Erstarken eines Themas, einer Partei oder eines einzelnen Akteurs. Es handelt sich dabei um eine – teils aktiv gesteuerte, teils zufällig entstehende – Verknüpfung von verschiedenen Akteuren, Gruppen und Sichtweisen.

Ein Pfadwechsel setzt neue gesellschaftliche Allianzen voraus.[12] Diese werden jedoch nicht unbedingt durch aktiv strategisches Handeln verbunden, etwa in dem man sich als „Bündnis" um einen runden Tisch trifft – sondern auch und vielleicht auch mehr durch gemeinsames Wissen, gemeinsame Denkweisen und eine gemeinsame Sprache. Zentral ist, dass man Interessen und Sichtweisen bündelt und gemeinsam eine neue Geschichte erzählt.

Zunehmend wird daher als Antwort auf die Mehrfachkrise von Ökonomie, Ökologie, Gesellschaft und Demokratie der Ruf nach einer neuen „Erzählung" laut. Nötig sei ein „neues ökonomisches Narrativ"[13], so auch der amerikanische Publizist Jeremy Rifkin. Er meint damit (siehe Abschnitte 3.4 und 6.1) seine Vorstellung einer „Dritten Industrieller Revolution" im Sinne einer Verbindung von dezentraler Energieversorgung und neuen Kommunikationstechnologien. Ob ein solches Narrativ gesellschaftlich tragfähig ist, wäre kritisch zu diskutieren. Richtig ist aber, dass ein ökonomischer Pfadwechsel auch in eine Geschichte über die Wirtschaft und Gesellschaft von morgen einbettet sein muss. Diese Geschichte muss ein neues Versprechen von Wohlstand, Teilhabe, Freiheit und Gerechtigkeit formulieren.

Aus der jüngeren Geschichte des 20. Jahrhunderts sollen hier zwei derartige neue ökonomische Erzählungen knapp skizziert werden, um die Bedeutung von Diskursen zu illustrieren: Zum einen die „Soziale Marktwirtschaft" als einem spezifisch nationalen Narrativ nach dem Zweiten Weltkrieg, zum anderen der internationale Aufstieg des Wirtschaftsliberalismus, der mit einem umfassenden wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel einherging.

Beispiel für ein neues nationales Narrativ: Die Soziale Marktwirtschaft

Dass es – wenn hier auch eher in einer Art „Stunde Null" – prinzipiell möglich ist, ein neues ökonomisches Narrativ zu prägen, zeigt das Beispiel der scheinbaren „Erfindung" der Sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg.

- Die wissenschaftliche Basis wurde mit dem Ordoliberalismus bereits Jahrzehnte vorher gelegt. Dieser grenzte sich sowohl gegenüber dem „alten" Liberalismus als auch gegenüber dem demokratischen Sozialismus ab.
- Zugleich wurde mit der „Sozialen Marktwirtschaft" die Wirtschaftsordnung in der Nachkriegszeit nicht neu erfunden. Sie knüpfte an ein Produktionsregime an, das im Sinne eines „korporativen Kapitalismus" (korporative

[12] Vgl. auch Allespach, Bartmann 2011
[13] Rifkin 2011, S. 9

Interessenpolitik, Stammbelegschaften, branchenspezifische Ausbildung, langfristige Finanzierungsmodi und Kapitalbeteiligung) eine länger zurückreichende Tradition hatte.[14]

- Der Nachkriegsdiskurs über die Soziale Marktwirtschaft ging zwar über den Ordoliberalismus im engeren Sinn hinaus und schloss z.B. Ansätze aus dem Bereich der katholischen Soziallehre mit ein. Die strategische Bedeutung lag aber darin, sich von den beiden wesentlichen konkurrierenden Konzepten – dem alten Liberalismus und dem Sozialismus – abzugrenzen und die Soziale Marktwirtschaft als den „richtigen" (Mittel-)Weg in Richtung Wohlstand und Gerechtigkeit zu begründen.[15]
- So gelang es nach dem Zweiten Weltkrieg in einer Phase erheblicher Skepsis gegenüber dem Markt eine marktwirtschaftliche Ordnung durchzusetzen. Dabei war die Ambivalenz der Vordenker zwischen Marktorientierung und gesellschaftlichen Prinzipien möglicherweise der „entscheidende Grund dafür, warum sie weitaus besser als reine Liberale dazu in der Lage waren, die Bevölkerung von der Notwendigkeit marktlicher Reformen zu überzeugen."[16]
- Zunächst übernahm die CDU den Begriff und später auch Ludwig Erhard als Person. Mit dem folgenden so genannten „Wirtschaftswunder" in den 50er Jahren entstand der Mythos, dass das ökonomische Comeback der jungen Republik auf die „Idee" der Sozialen Marktwirtschaft zurückzuführen sei.
- Dabei war der Begriff eben deutlich mehr als nur die Bezeichnung einer Wirtschaftslehre. Er bot eine breite Projektionsfläche für alle Vorstellungen, die eine marktwirtschaftliche Ordnung mit sozialen Ausgleich versöhnen wollten. Einer ihrer Vordenker, Alfred Müller-Armack, sah in diesem Begriff eine „irenische Formel", heute bezeichnen ihn einige als „Geniestreich des Framing"[17] Als Gründungsmythos der Bundesrepublik leistete er auch einen Beitrag auch zum „Wandel mentaler Dispositionen"[18]
- Bis heute ist es wohl keinem Akteur in der Bundesrepublik gelungen, ein ernstzunehmendes und breit akzeptiertes alternatives Konzept zu entwickeln. Im Gegenteil, die ursprünglich kritische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft später auch in ihre Programme integriert.

Dieser hegemoniale Pfad der Sozialen Marktwirtschaft (oder auch des „Rheinischen Kapitalismus") hatte in Deutschland auch lange noch Bestand, als weltweit in Folge der krisenhaften Entwicklungen Ende der 70er Jahre die wirtschaftsliberale Wende vollzogen wurde. Während auf der Ebene der politischen Rhetorik eine Umdeutung des Freiheitsbegriffs, des Staatsverständnisses usw. stattfand, hatten die politischen Institutionen und Akteure zunächst ein erhebliches Beharrungsvermögen – mit der Folge, dass der politische Druck des Wirtschaftsliberalismus in Richtung „marktorientierter Reformen" vor allem in den 90er und 00er Jahren wuchs.

Beispiel für einen internationalen Paradigmenwechsel: Aufstieg und Stabilisierung des Wirtschaftsliberalismus

Ein Teil der politischen Gegnerschaft wirtschaftsliberaler Vorstellungen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft analysierte die über einige Jahrzehnte dominierende Ideologie mit Metaphern aus der Welt der Biologie. Da war die Rede von einem „Virus" der die Gesellschaft erfasst habe. Gelegentlich wurde auch von einer „Gehirnwäsche" gesprochen. Damit wird aber das Zusammenwirken unterschiedlicher Entwicklungen und Kräfte nicht hinreichend erfasst. Schon gar nicht wird die Frage zufriedenstellend beantwortet, warum der hegemoniale Diskurs des Wirtschaftsliberalismus für größere Teile der Gesellschaft so attraktiv und plausibel erschien. Es waren mindestens die folgenden Elemente die zusammengewirkt haben:[19]

- Die Krise der keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Prosperitätskonstellation
- Die intellektuelle Vorbereitung liberaler Think-Tanks auf die Situation der Krise und in der Folge intellektuelle und publizistische Initiativen zur Diskreditierung des ökonomisch steuernden Staates

[14] Abelshauser 2003, S. 97
[15] Nonhoff 2006
[16] Feld, Goldschmidt, Zeyert 2011, S. 12
[17] ebenda, S. 48
[18] ebenda, S. 8
[19] vgl. auch Harvey 2007

- Politische Wahlerfolge für Konservative in wichtigen Kernstaaten des Kapitalismus (Reagan, Thatcher, politische „Wende" 1982 in Deutschland)
- Veränderungen in der Milieustruktur und über den Generationenwechsel mit einer neuen Offenheit für eine wirtschaftsliberale Umdeutung des Freiheitsbegriffs und eine neue Staatskritik[20]
- Die teilweise Übernahme des Diskurses auch in Mitte-Links-Parteien (u.a. Clinton, Blair), auch als Ausdruck der Tatsache, dass dieser Diskurs hegemonial wurde
- Eine staatliche Praxis, die dazu beitrug, den Diskurs zu stabilisieren (Privatisierung, Liberalisierung, Sozialkürzungen, Finanzialisierung, Delegation von Verantwortung an Märkte und Pseudo-Märkte wie Hochschulwettbewerb)
- Das Besetzen von Bastionen auf der Ebene der Zivilgesellschaft: Private Medien, Wirtschaftsliberale Dominanz an Hochschulen.

Das Bemühen, im Schoße des Alten ein „hegemoniales Neues" heranreifen zu lassen, ohne mit dem Alten grundlegend zu brechen, ist auf der Ebene der politischen Sprache in der Erfindung des Begriffs einer „Neuen Sozialen Marktwirtschaft" zu erkennen. Mit diesem – angeblich von der Werbeagentur „Scholz & Friends" erdachten[21] - Begriff wurde zum einen die bekannte wirtschaftsliberale Initiative bezeichnet, die eine Mischung aus Think-Tank und PR-Maschine ist. Andererseits hat auch die CDU-Vorsitzende Angela Merkel diesen Begriff in der Phase des Bemühens der CDU um eine wirtschaftsliberale programmatische Wende (im Zuge des Leipziger Bundesparteitags 2003) diesen Begriff in ihre Kommunikation eingebaut. Durch das „neu" sollte das „soziale" an der Marktwirtschaft neutralisiert oder zumindest relativiert werden.

Gegenwärtig ist von dieser „Neuen Sozialen Marktwirtschaft" nicht mehr die Rede. Und dies wohl aus zwei Gründen. Zum einen hat der Wirtschaftsliberalismus im Zuge der Finanzkrise mit einem erheblichen Legitimationsproblem zu kämpfen. Der Glaube an die freien Märkte hat an Kraft eingebüßt. Zum anderen bezieht sich – aus genau diesem Grund – wieder ein großer Teil des politischen Spektrums auf die (alte) Soziale Marktwirtschaft. Mangels einer zukunftsweisenden Konzeption wird eben die Tradition beschworen. Damit verliert aber auch dieser Begriff als Leitbild erheblich an Kraft. Zwar wird so etwas wie eine Soziale Marktwirtschaft durchaus von einer Mehrheit der Bürger/innen gewünscht (➔Abschnitt 4). Aber der Begriff scheint eine Leerformel geworden zu sein, ein Gefäß, dass jede politische Kraft mit beliebigem Inhalt füllt, um die eigenen Positionen in eine bestimmte, als positiv bewertete Traditionslinie zu stellen.

Doch welche Diskurse, welche Interpretationen der Krise und welche Zukunftskonzepte sind derzeit „im Angebot"? Gibt es alte Leitbilder, an denen angeknüpft wird? Oder stehen neue Leitbilder zur Verfügung als ein „hegemoniales Neues"?

Mit diesem Werkbericht versuchen wir, die verschiedenen Stränge der gegenwärtigen Diskussion über Krise, Wirtschaft und Wachstum zu entwirren, zu systematisieren und politisch-strategisch zu bewerten.

In einem ersten Schritt (➔Abschnitt 3) werden insgesamt sieben Diskursmuster identifiziert und in Form von „Steckbriefen" beschrieben. Diese Sortierung und Darstellung basiert auf einigen theoretischen Annahmen, die in (➔Abschnitt 2) vorweg knapp beschrieben werden. Dabei sind vor

[20] Vgl. Boltanski , Chiapello 2003
[21] Speth 2006

allem solche Diskurse von Interesse, die über bloße Fachdebatten hinaus Wirkung entfalten, also an der Schnittstelle zwischen einem eher koordinierenden Diskurs (zwischen Fachleuten) und einem kommunikativen Diskurs (in und mit der breiten Bevölkerung) angesiedelt sind.[22]

In einem zweiten Schritt (➔Abschnitt 5), werden diese Diskurse in Form einer zweidimensionalen „Landkarte" dargestellt. In der ersten Dimension wird danach differenziert, ob diese Diskurse sich eher am Prinzip liberaler Marktfreiheit orientieren oder eher an Vorstellungen einer sozial regulierten Wirtschaft. Die zweite Dimension unterscheidet nach der „Wachstumsfreundlichkeit" dieser Diskurse – wird zukünftiges Wachstum eher als Beitrag zur ökonomischen Problemlösung gesehen oder ist Wachstum an sich eher Teil des Problems? „Die Kontroverse um das Ob und Wie von Wachstum ist der neuralgische Punkt der neuen Debatte um Fortschritt, weil darüber die Herstellung von und Teilhabe an den materiellen Grundlagen für die Verbesserung von Lebensbedingungen entschieden wird", so auch Matthias Ecke und Sebastian Petzold, die mit einem ähnlichen Ansatz wie dem vorliegenden unterschiedliche Fortschrittskonzepte analysiert haben.[23]

Bei den dargestellten Diskursen handelt es sich um Interpretationen und Lösungsvorschläge vor allem der Meinungseliten in Politik, Wirtschaft und Medien. Eine befriedigende Antwort auf die Frage, welche Verankerung diese sieben Diskurse im Meinungsbild der Bevölkerung haben, kann im Rahmen dieses Papiers nicht geleistet werden. Dennoch werden in (➔Abschnitt 5) einige aktuelle Erkenntnisse aus der Sozial- und Meinungsforschung quasi als „Gegenschnitt" zu den dargestellten Diskursen zusammengefasst.

Die dargestellten Diskurse sind ausdrücklich nicht zu verwechseln mit Positionen von bestimmten Akteuren oder politischen Programmen. Diese nehmen meist auf mehrere dieser Diskurse Bezug. Ein Versuch, das programmatische Spektrum der verschiedenen relevanten Parteien in dieser Diskurslandkarte darzustellen findet sich in (➔Abschnitt 4).

In (➔Abschnitt 6) werden gegenwärtige Bemühungen des konservativen Lagers und des progressiv-demokratischen Lagers vor dem Hintergrund der aktuellen Diskurslage „hegemoniefähig zu werden umrissen. Dabei werden auch einige aktuelle Konzepte skizziert, die sich – z.T. sogar explizit – darum bemühen, verschiedene Krisensichten zu verbinden und den Versuch unternehmen, ein sozial-ökologisches Projekt zu formulieren, das auch mit einer neuen „Erzählung" über Ökonomie und Gesellschaft verbunden ist.

Abschließend werden in (➔Abschnitt 7) strategische Thesen zur weiteren Diskussion formuliert.

Anzumerken ist noch, dass es in diesem Werkbericht weniger um eine empirisch präzise Erfassung aller möglichen Konzepte und Diskurse geht, sondern um einen ersten „Draufblick" auf das politisch umkämpfte Feld. Auch wenn in diesem Werkbericht auf einschlägige wissenschaftliche Theorien und Methoden Bezug genommen wird, erhebt die Analyse daher keinen wissenschaftlichen Anspruch. Im Rahmen dieses Papiers kann eine solche „Landkarte" nur als erste Annäherung gezeichnet werden – unter Einbeziehung einer Auswahl verfügbarer Dokumente.

[22] Zur Unterscheidung von kommunikativem und koordinierenden Diskurs: Schmidt 2007
[23] Ecke, Petzold 2012, S. 9

Weder kann eine methodisch saubere Diskursanalyse vorgenommen werden, noch eine demoskopische Untersuchung, welche Konzepte und ihre begleitenden Diskurse wie tief und breit in der Gesellschaft (oder gesellschaftlichen Gruppen) verankert sind.

Dieser Werkbericht ist insofern ein erster Beitrag im Rahmen eines Prozesses, der darauf abzielt, das Verständnis von politischen Diskursen[24] und ihre Bedeutung für politische Gestaltungsspielräume zum Gegenstand der politischen Strategiedebatte zu machen.

Er darf und soll auch Widerspruch und Kritik provozieren.

Das Denkwerk Demokratie lädt politische Strateg/innen, Diskurs- und Sozialforscher/innen und weitere Mit-Denker/innen ausdrücklich ein, sich an diesem Prozess zu beteiligen und ihn durch kritische Einwände und eigene Erkenntnisse produktiv zu bereichern.

[24] Im Rahmen eines gemeinsamen Projektes von Denkwerk Demokratie und Hans-Böckler-Stiftung wird gegenwärtig daran gearbeitet, die zahlreichen Ansätze der Analyse von Diskursen zu systematisieren und auf dieser Basis einen Vorschlag für einen Analyseansatz zu entwickeln, der für die Politikberatung nützlich ist. Die hier verwendete Methode greift einige Überlegungen aus diesem Projekt auf, ist aber als vorläufig zu verstehen.

2 Was ist mit „Diskursen“ gemeint?

Was in diesem Werkbericht versucht wird, ist eine politisch-diskursive Musterkennung. Es geht darum, das Stimmengewirr von Krisenanalysen und Krisenlösungen etwas zu entflechten, zu sortieren und einer ersten politisch-strategischen Bewertung zu unterziehen.

2.1 Theoretische Annahmen

Grundlegend für die vorliegende Analyse sind fünf Prämissen aus dem weiteren Feld der Politik-, Diskurs- und Sprachforschung, die nachfolgend knapp dargestellt werden. Dabei wird hier für eilige oder in erster Linie an praktischen Informationen interessierte Leser/innen auf detaillierte theoretische Ausführungen soweit wie möglich verzichtet und auf die weiterführende Literatur verwiesen.

Erstens: Politischer Gestaltungsspielraum ist nicht (nur) eine Frage von parlamentarischen Mehrheiten, sondern auch von politisch-kultureller Hegemonie

Auch wenn massenmediale „Analysen“ der politischen Richtungsentwicklung in der Regel auf parlamentarische Mehrheiten abzielen, sind diese nur ein sehr unzureichender Hinweis darauf, in welche Richtung sich der politisch-kulturelle Zeitgeist in bestimmten Fragen bewegt. Wie weiter oben dargestellt, hat eine konservativ-liberale Regierung (wider ihre bisherige Programmatik) den finalen Ausstieg aus der Atomenergie vollzogen. Umgekehrt hat eine rot-grüne Regierung im letzten Jahrzehnt Reformen umgesetzt, die auch nach selbstkritischem Eingeständnis von manchen Beteiligten eher einer damals als „modern“ betrachteten wirtschaftsliberalen Ausrichtung entsprachen. Es gibt also auch eine von Regierungsmehrheiten relativ entkoppelte (Macht-) Ebene, die man als „Hegemonie“ im Sinne einer Dominanz bestimmter Denkweisen bezeichnen kann. Hegemonie wird verstanden als eine „bestimmte Form der politischen Macht, die durch Konsens und Zustimmung und auf der Ebene von Moral, Kultur und Ethik funktioniert.“[25]

Der Hegemonie-Begriff ist sicher nicht unumstritten. Vielen ist er zu theorielastig oder zu schematisch. Dies ändert aber nichts daran, dass viele politische Akteure (auch wenn sie nicht von „Hegemonie“ sprechen) sich darüber bewusst sind, dass das Ringen um „Meinungsführerschaft“ in einer modernen und pluralen Demokratie eine wichtige strategische Voraussetzung dafür ist, die eigenen Forderungen auch politisch umsetzen zu können. Auch wenn der Hegemonie-Begriff in der Tradition des italienischen Marxisten Antonio Gramsci theoretisch vor allem in der politischen Linken diskutiert wird, bedeutet dies im Übrigen mitnichten, dass „kulturelle Hegemonie“ in anderen Lagern kein erklärtes Ziel der politischen Praxis wäre. Die millionenschwere Unterstützung der Arbeitgeberverbände für z.B. die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (siehe oben) ist ein Hinweis, dass im „liberalen Lager“ eine sehr klare Vorstellung darüber existiert, dass es nicht nur um parlamentarische Mehrheiten sondern auch um den „Kampf um die Köpfe“ geht.

[25] Opratko 2012, S. 37

Allerdings soll der Eindruck vermieden werden, die diesem Werkbericht zugrunde liegende Auffassung sei es, eine dauerhaft stabile widerspruchsfreie Hegemonie sei möglich oder gar etwas von einem strategischen Akteur (dem Staat, einer Partei oder einem Bündnis von politischen Kräften) durch kluge Strategie planbares:

- Es gibt nicht *die eine* Hegemonie im Sinne einer alle Bereiche der Gesellschaft umfassenden Dominanz bestimmter Diskurse. So können in einer wissenschaftlichen Disziplin bestimmte Auffassungen die „herrschende Lehre" sein, die in der breiten Gesellschaft nur von einer Minderheit geteilt werden.

- Das Feld des Politischen ist immer dynamisch, nichts ist auf Dauer gefestigt. Auch bestehende „Meinungsführerschaften" werden immer wieder aufs Neue herausgefordert und dieser Streit wiederum verändert die Diskurse insgesamt. Auch das „alte Denken" wird vom „neuen Denken" nicht völlig verdrängt, verbleibt im Hintergrund, geht neue Verbindungen ein und kann in neuem Gewand irgendwann wieder zum Vorschein kommen.

- Hegemonie resultiert aus dem Widerstreit einer Vielzahl an Akteuren, ihrem strategischen oder auch nicht strategischem Handeln, aber auch der Neuorientierung und dem Beharrungsvermögen sozialer Gruppen und Milieus.

- Das Ringen um Hegemonie vollzieht sich auf verschiedenen Ebenen oder „Stockwerken". Auf der ersten Ebene befinden sich wissenschaftlich oder philosophisch begründete Konzepte, die – wenn sie auf Dauer hegemonial sind – auch als Paradigmen bezeichnet werden können. Doch Hegemonie entsteht nicht allein durch rationale Argumente oder die Schlüssigkeit von Theorien. „Die Kohärenz einer Ideologie hängt davon ab, wie weit sie philosophisch ausgearbeitet ist. Aber diese formale Kohärenz kann nicht ihre historische, organische Effektivität garantieren. Nur dort, wo philosophische Strömungen in das Massenbewusstsein einfließen, es modifizieren und transformieren, ist eine Ideologie effektiv, wird sie zum Alltagsbewusstsein."[26] Auf der zweiten Ebene – dem eigentlichen Ort der Herstellung von Hegemonie - befindet sich das Alltagsbewusstsein (oder der Alltagsverstand), das Denken der breiten Bevölkerung. Zwar wird ein relevanter Teil dieses Bewusstsein durch die soziale und berufliche Lage und den jeweiligen Habitus geprägt. Dennoch ist dieser Alltagsverstand eklektisch, er vereint konservative und progressive Wertvorstellungen sowie Sichtweisen und kombiniert z.B. auch widersprüchliche Erwartungen an Politik. Zwischen diesen beiden Ebenen kann man durchaus noch eine Zwischenebene der Hegemonieproduktion ansiedeln.[27] Auf dieser Ebene befinden sich die Vermittler zwischen den beiden genannten Ebenen: Parteien, Gewerkschaften, aber auch Bildungseinrichtungen und Medien.

[26] Hall 1989, S. 80
[27] Bieling 2009, S. 235

Zweitens: Hegemonie bedeutet „Meinungsführerschaft" von Diskursen, also bestimmten Weltsichten darüber, was als „wahr" und „angemessen" gilt.

Wichtig ist es, vorab den „Diskursbegriff" zu klären, da dieser oft für sehr unterschiedliche Dinge verwendet wird. Der hier verwendete Begriff des Diskurses meint nicht ein Synonym zu „Diskussion" oder „Debatte", wie im Alltagssprachgebrauch. Unter Diskurs wird hier auch nicht ein normatives Konzept verstanden, wie zum Beispiel in der Diskursethik. (Politische) Diskurse werden in diesem Text definiert als Sinnzusammenhänge, die sich aus einzelnen, aufeinander bezogenen politischen Aussagen oder Forderungen (aber auch Symbolen und Praktiken) zusammensetzen und damit „Wahrheiten" konstruieren bzw. bestimmte „Weltsichten" begründen. [28]

Da wir nicht in einer völlig harmonischen Gesellschaft leben, in der alle Fragen des Zusammenlebens auf Dauer gelöst sind (und das auch niemals der Fall sein kann), ist „das Politische" immer konflikthaft. Unterschiedliche Interessen und Wertvorstellungen wird es immer geben. Und es gibt immer irgendwelche Missstände oder einen Mangel (z.B. an Freiheit, Stabilität, Sicherheit, Wohlstand, Gerechtigkeit). Es wird also immer auch darum gerungen, welche Lösung am besten geeignet ist, diesen Mangel zu beseitigen bzw. dem Gemeinwohl zu entsprechen. Mögen z.B. einzelne Subjekte auch aus rein egoistischen Gründen für Steuersenkungen sein, muss ein politischer Akteur, der Steuersenkungen durchsetzen will, dies damit begründen, dass eine solche Maßnahme z.B. ein Mehr an Freiheit und Wachstum für alle oder zumindest eine gesellschaftliche Mehrheit schaffe.

- Erfolgreiche politische Diskurse stellen Verknüpfungen zwischen einzelnen Forderungen und Subjekten her. Ein um Hegemonie bemühtes politisches Projekt muss daher nicht nur zwischen konkreten Akteuren sondern auch auf der Ebene der Diskurse Allianzen knüpfen, also Differentes aufeinander beziehen. Die Diskurstheorie bezeichnet dies beispielsweise als „Äquivalenzkette", weil einzelne Forderungen in eine Äquivalenzbeziehung zueinander gesetzt werden.

- Im Zentrum politischer Diskurse steht eine zentrale Forderung (bzw. ein zentrales Versprechen), auf das alle anderen Elemente bezogen sind. Diese zentrale Forderung repräsentiert alle Einzelforderungen oder auch politische Topoi und ist auf das „große Ganze" gerichtet. Es bündelt Einzelinteressen zum Gemeinwohl und verspricht die Einlösung von Wertvorstellungen und kollektiven Zielen.

- Diskurse haben ein „diskursives Außen". Dies meint, dass die (politischen) Forderungen, die der eigenen zentralen Forderung entgegenstehen auch zu einer Kette verknüpft werden. Diese Kette kann wiederum auch mit einem zentralen Repräsentanten des Mangels verknüpft werden.

- Das „Innen" und „Außen" der Diskurse über die „großen Fragen" unserer Gesellschaft ähnelt also in gewisser Weise den politikwissenschaftlichen Cleavages im Sinne „politisierter sozialer Spannungslinien"[29] entlang derer sich Interessen in Organisationen und Parteien organisieren.

[28] In methodischer Anlehnung an Laclau, Mouffe 1991; Nonhoff 2006
[29] Falter, Schoen 2005, S. 147

Drittens: Politische Diskurse werden gestützt durch Strukturen, Institutionen und Symbole, die Subjekte in ihrem Denken und Handeln beeinflussen.

Das Ringen um Hegemonie ist zugleich auch ein Ringen um Institutionen, Symbole oder Praktiken, die auf das politische Denken der Subjekte Einfluss ausüben.

Die Diskurstheorie kennt hier den Begriff des Dispositivs und versteht darunter so etwas wie „die materielle und ideelle Infrastruktur" von Diskursen.[30] Der italienische Philosoph Georgio Agamben bezeichnet als Dispositiv „alles, was irgendwie dazu imstande ist, die Gesten, das Betragen, die Meinungen und die Reden der Lebewesen zu ergreifen, zu lenken, zu bestimmen, zu hemmen zu formen, zu kontrollieren und zu sichern."[31]

In diesem Werkbericht wird keine wissenschaftliche „Dispositivanalyse" geleistet. Doch die Analyse geht davon aus, dass es Strukturen, Praktiken, Institutionen usw. gibt, die Subjekte in ihrem Denken und Handeln beeinflussen und prägen und versucht, diese zu identifizieren.

Viertens: Politische Diskurse werden durch Begriffe und Metaphern verstärkt, die bestimmte Weltsichten adressieren.

Gerade weil das Alltagsbewusstsein widersprüchlich ist und politische Urteile nicht nur rational getroffenen werden, werden politische Diskurse durch bestimmte Begriffe oder Aussagen verstärkt und stabilisiert, die an tieferliegenden Wertvorstellungen anknüpfen. Die so genannte „Sprache-und-Politik-Forschung" kennt Begriffe, die bestimmte Weltsichten adressieren, (so genannte „Fahnenwörter") oder andere Sichtweisen diskreditieren („Stigmawörter").[32]

In eine ähnliche Richtung gehen psychologische oder neurolinguistische Framing-Konzepte. Frames (also Rahmen oder Rahmungen) sind ein Begriff aus der Kommunikationswissenschaft. Sie können als „Deutungsmuster definiert werden, welche zur Sinngebung und Bewertung von unterschiedlichen Themen herangezogen werden."[33] Frames reduzieren Komplexität. Sie beinhalten eine Problemdefinition, eine Ursachenzuschreibung, eine Bewertung und eine Handlungsempfehlung. Aber ähnlich wie der Diskursbegriff ist der Begriff des Frames nicht präzise definiert. Von Interesse ist an dieser Stelle v.a. der Framing-Ansatz, der Linguistik, Psychologie und Hirnforschung verbindet. Am prominentesten setzt sich damit der US-Wissenschaftler und Politikberater George Lakoff auseinander, der Metaphern eine zentrale Rolle in der Kommunikation zuweist, da diese Sprachbilder wiederum Frames aktivieren. Lakoff unterscheidet zwei Arten von Frames. Durch so genannte „Surface Frames" erfassen wir die Bedeutung einzelner Wörter oder Aussagen. Diese wiederum treffen auf „Deep Seated Frames", verstanden als „in unserem Gehirn tief verankerte Frames, die unser generelles Verständnis von der Welt strukturieren, unsere Annahmen von der Welt zum Beispiel auf Grund unserer moralischen und politischen Prinzipien, und die für uns schlicht ´wahr´ sind – die also unseren eigenen Common Sense ausmachen."[34]

[30] Bührmann, Schneider 2008
[31] Agamben 2008, S. 26
[32] Girnth 2002, S. 54
[33] Dahinden 2006, S. 14
[34] Lakoff, Wehling 2007, S. 73

Fünftens: Politische Diskurse können mit kleinen oder großen Erzählungen oder auch historischen Mythen verknüpft sein.

Auch wenn oft behauptet wird, das Zeitalter der großen ideologischen Erzählungen sei vorbei, wird doch zugleich in der politischen Debatte immer wieder nach neuen „Narrativen" gesucht. Ein Narrativ erfüllt den Zweck, politische Ziele und Werte der Gegenwart in einen erzählerischen Rahmen einzubinden, der eine als positiv bewertete Vergangenheit und eine anzustrebende Zukunft integriert. Narrative sind daher sehr verwandt mit Mythen im Sinn einer „Geschichte über etwas Bedeutendes", die eine dauerhafte Rolle im Bewusstsein zumindest eines Teils der Bevölkerung spielt.[35] Mythen bedienen sich einer kollektiven Erinnerung, um Zustimmung oder Zusammenhalt für die Zukunft herzustellen. „Mythen versichern dann, dass die zu meisternden Aufgaben bewältigt werden können, weil das damals auch gelungen ist. Sie schaffen Orientierung und Zuversicht und sind damit kognitive wie emotionale Ressourcen der Politik."[36]

2.2 Methode

Die dargestellten fünf Prämissen liegen der Erstellung der in diesem Werkbericht skizzierten Diskurslandkarte zugrunde.

In einem ersten Schritt wurden öffentlich verfügbare und meist auch breiter kommunizierte Texte wissenschaftlicher, politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure gesichtet. Dabei handelte es sich um Texte, die entweder offizielle Verlautbarungen relevanter Akteure (Beschlüsse, Aufsätze, Interviews) sind oder solche, die als in besonderer Weise repräsentativ für bestimmte Sichtweisen gelten können.

Die in diesen Texten formulierten Aussagen und Forderungen wurden danach untersucht, mit welche „zentralen Versprechen" diese verknüpft sind. Das „zentrale Versprechen" ist der diskursive Knotenpunkt einer Vielzahl von – auf einer konzeptionellen Ebene durchaus nicht widerspruchsfreien – Forderungen, um die herum sich die Diskurse gruppieren. Daraus ergaben sich sieben voneinander abgrenzbare Diskurse mit unterschiedlichen Krisensichten und Krisenauswegen, die auf einer sachlich-konzeptionellen Ebene durchaus Differenzen aufweisen, aber dennoch eine erhebliche diskursive Kohärenz aufweisen.

In Kapitel 4 werden diese Diskurse hintereinander zunächst mit einem knappen „Steckbrief" beschrieben und anschließend in einer grafischen Übersicht aufbereiten.

Dabei steht im Zentrum der „diskursive Raum", der den jeweiligen Diskurs strukturiert.

- Das „diskursive Innen" stellt die einzelnen Aussagen / Forderungen dar, die mit dem zentralen Versprechen verknüpft sind.
- Das „diskursive Außen" stellt Aussagen dar, die in Differenz zum einen Diskurs gestellt werden.

[35] Segal 2007, S. 12
[36] Münkler 2008, S. 11

Als Fundament dieses jeweiligen Diskurses werden aufgeführt:

- Schlüsselbegriffe
- Diskursstützende Institutionen und Strukturen
- Narrative, Werte und Zukunftsversprechen

Wo Vermutungen über die gesellschaftliche Basis der Diskurse angestellt werden, beziehen sich die Bezeichnungen sozialer Milieus auf die einschlägigen Studien, die hier nicht gesondert erläutert werden.[37]

Einschränkend muss erwähnt werden, dass wir uns hier auf den nationalen Raum der Bundesrepublik Deutschland beschränken. Diskurse haben immer noch eine starke nationale Prägung, gerade weil nationale Traditionen, Pfade, Institutionen, Kulturen, Sprache und Mediensysteme einen maßgeblichen Einfluss haben. Es wäre lohnend, solche Untersuchungen in zukünftigen Projekten zumindest als einen europäischen Vergleich anzulegen.

[37] v.a. Wippermann (Carsten) 2011

3 Diskurse über Wege aus der Krise

In den folgenden Abschnitten werden die identifizierten Diskurse über „Wege aus der Krise“ im Einzelnen dargestellt. Die dargestellten Diskurse zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine innere Kohärenz in zwei wesentlichen Fragen aufweisen:

- Von welchen Krisen sprechen wir? Was ist der Kern dieser Krisen? Wer oder was ist schuld?
- Was ist das zentrale Versprechen hinsichtlich eines Auswegs aus der Krise (den Krisen) und der Gewährleistung künftigen Wohlstands?

Dabei liegt der Fokus in diesem Text eher auf den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Die demokratiepolitischen Aspekte werden durchaus angesprochen, aber sie stehen nicht im Mittelpunkt. Die Entwicklung einer Landkarte demokratiepolitischer Diskurse wäre eine eigenständige Arbeit wert.

Gleichzeitig sind die hier dargestellten Diskurse nicht trennscharf voneinander abzugrenzen. In der Realität gibt es natürlich fließende Übergänge und Schnittmengen.

Im Einzelnen sind dies die folgenden sieben Diskurse:

- „Marktfreiheit und schlanker Staat“
- „Made in Germany“
- „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung“
- „Grünes Wachstum“
- „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung“
- „Maßvoller Wohlstand“
- „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum“

Wichtig ist noch, auf folgendes hinzuweisen: Die Positionen von einzelnen Akteuren sind in den allermeisten Fällen nicht deckungsgleich mit den hier skizzierten Diskursen. Dies gilt für einzelne Personen, aber in besonderer Weise für Organisationen. Parteiprogramme oder Organisationsbeschlüsse sind selbstverständlich breiter.

3.1 „Marktfreiheit und schlanker Staat“

Kurzbeschreibung und Krisensicht

Der Diskurs „Marktfreiheit und schlanker Staat“ ist mit der Finanzkrise zunächst einmal in Legitimationsprobleme geraten. Radikale Vertreter der Vorstellung, dass möglichst „freie“ Märkte effizient und somit im Interesse aller sind, haben an Zustimmung verloren. Dennoch würde man eine seit Jahrhunderten tief verankerte ideologische Kraft zu unterschätzen, wenn man vorschnell vom „Ende des Neoliberalismus“ spricht oder gar lediglich auf die derzeit mäßigen Umfrageergebnisse der wirtschaftsliberalen FDP schaut.

Zwar spielt der umfassende und in den letzten drei Jahrzehnten mantrahaft vorgetragene Forderungskatalog des Wirtschaftsliberalismus in der deutschen Innenpolitik derzeit keine so große Rolle. Die Forderungen nach Privatisierungen öffentlichen Eigentums, Steuersenkungen, Lohnzurückhaltung, Arbeitsmarktflexibilisierung und Sozialabbau stoßen im Vergleich zu den 90er und 00er Jahren auf weniger Akzeptanz. Ihre gegenwärtige Defensive begründen die Protagonisten des Wirtschaftsliberalismus selbst damit, dass eben die bereits erfolgte Umsetzung derartiger „Reformen“ für die vergleichsweise gute wirtschaftliche Lage der deutschen Volkswirtschaft nach der Krise verantwortlich sei.

Aber die Grundidee einer Befreiung der Märkte von den Fesseln staatlicher Regulierung wird weiter propagiert. Relevante Akteure sind Teile der Union, die FDP, viele Wirtschaftsverbände und ihre Lobby- und PR-Dienstleister sowie die neoklassische Wirtschaftswissenschaft, ebenso Teile der politisch-administrativen Bürokratie (v.a. in Brüssel).

Da dieser Diskurs auf der Annahme effizienter Märkte und der Marktwirtschaft als einer natürlichen Ordnung basiert, schließt er auch keine wirkliche Krisenanalyse ein. Zumindest keine, die die „systemischen“ Probleme der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung thematisieren würde. Für die Finanzkrise werden daher zwei Aspekte verantwortlich gemacht:

- Zum einen die „Natur“ des Menschen, die unabänderlich sei, aber eben auch die maßgebliche Triebkraft für Innovation und Wohlstand. Daher werden zaghaft nötige Regulierungen der Finanzmärkte – vor allem solche, die für mehr „Transparenz“ sorgen – zugestanden. Zugleich wird aber auch vor zu weitreichender (marktverzerrender) staatlicher Regulierung gewarnt.
- Zum anderen wurde – mit nicht unerheblichem Erfolg - der Diskurs über die Krise in deren Verlauf „gedreht“. Mit der Zunahme der Verschuldung von Staaten (auch in Folge der Krise) wurde diese als die eigentliche Krisenursache identifiziert. Verantwortlich sei „Staatsversagen“, das „Über-die-Verhältnisse-Leben“ der Staaten sowie die laxe Geldpolitik der Zentralbanken. Die komplexen ökonomischen Wechselbeziehungen in der Europäischen Währungsunion werden ausgeblendet. Leistungsbilanzdefizite sind beispielsweise stets Ausdruck mangelnder Wettbewerbsfähigkeit. Staaten werden – ungeachtet ihrer inneren Spannungen und Interessengegensätze – als eigenverantwortlicher Kollektivakteur betrachtet, dessen vermeintliches Fehlverhalten durch Hilfen nicht auch noch „belohnt“ werden dürfe.

Die ökologische und die soziale Krise spielen in diesem Diskurs keine ausgeprägte Rolle. Wo man sich diesen Fragen in der öffentlichen Diskussion stellen muss, dient „mehr Marktfreiheit" als das zentrale Versprechen und in der Folge ein höheres Wirtschaftswachstum als umfassender Problemlöser: Die ökologische Krise soll mit Wachstum beantwortet werden (da mehr Wachstum auch zu Innovationen führe) und die soziale Krise mit mehr Marktanreizen für Erwerbstätigkeit („Sozial ist, was Arbeit schafft"). Staatliche Eingriffe würden nur zu Marktverzerrungen und Umverteilung zu neuen Ungerechtigkeiten führen. „Leistung" ist diesem Diskurs zufolge stets Ergebnis des Marktes, da dieser knappe Ressource effizient verteile. Die Wachstumsemphase ist sicherlich auch als strategische Gegenposition zur zunehmenden Wachstumskritik in Teilen der Bevölkerung und der Politik zu verstehen. Ihr liegt eine Steigerungslogik bzw. ein lineares Fortschrittsverständnis zugrunde, dass zunächst einmal durch nichts beschränkt wird. Der Markt als Entdeckungsverfahren löst alle Probleme, umgekehrt wird dem Staat eine „Anmaßung des Wissens" unterstellt.

Das theoretische Fundament dieses Diskurses sind in erster Linie die klassischen liberalen Theorien und im Bereich der Ökonomie die Glaubenssätze der Neoklassik sowie das Menschenbild des homo oeconomicus. Gelegentlich wird aber auch auf biologistische oder anthropologische Begründungen zurückgegriffen, um den „Krieg aller gegen alle" (Thomas Hobbes) als natürliche Ordnung zu legitimieren. In der aktuellen Krisendiskussion wird auf monetaristische Theorien zurückgegriffen.

Der Schlüsselwert und –begriff ist „Freiheit" im Sinne eines negativen Freiheitsverständnis, der Freiheit von staatlicher Regulierung. Der Diskurs bedient sich insofern auch einer „Entfesselungssemantik": Stets müssen die eigenverantwortlich handelnden Subjekte von „Zwangsregelungen" oder „bürokratischen Monstern" befreit werden.

Trotz seiner aktuellen Legitimationsprobleme hat dieser Diskurs die Eliten in Wirtschaft, Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen erheblich geprägt. Die ihm folgende Politik hat in den letzten Jahrzehnten Tatsachen geschaffen und Strukturentscheidungen beeinflusst, die auch bis weit hinein in die Zukunft demokratische Entscheidungsspielräume und vermutlich auch politisches Bewusstsein prägen werden: Angefangen bei der Liberalisierung der Finanzmärkte über die Privatisierung öffentlicher Güter bis zur Ökonomisierung auch öffentlicher Institutionen im Sinne des „New Public Management".

Zentrales Versprechen

Das zentrale Versprechen dieses Diskurses könnte man wie folgt zusammenfassen:
„Mehr Marktfreiheit ermöglicht mehr Wachstum und mehr Chancen für jeden Einzelnen"

Es besteht in der Verknüpfung eines als Marktfreiheit definierten negativen Freiheitsbegriffs (Freiheit der Marktakteure von Zwängen und Regulierungen) mit einem materiellen Fortschritts- und Wohlstandsversprechen.

Exemplarische Aussagen / Zitate

„Staatsbremse für mehr Wachstum" (Titel einer Tagung der Stiftung Marktwirtschaft vom 29. Februar 2012)

„Was sich da als krisenanfällig erweist und gelegentlich ausbricht, das ist nämlich nicht irgendein System in all seiner Abstraktion…Die Wurzel des Übels liegt vielmehr woanders: in der Conditio humana. Und das ändert sich nicht mit einem anderen Wirtschaftssystem. Die Krisenanfälligkeit ist dem Menschsein an sich immanent." (Karen Horn 2010, S. 18/20)

„Wir Liberalen treten für Wirtschaftswachstum ein. Es entsteht aus dem menschlichen Streben nach einem besseren Leben. Wirtschaftliches Wachstum ist ein Wachstum des Wissens darüber, wie materielle und immaterielle Werte geschaffen werden können. Der Wohlstand Deutschland sind das Ergebnis der Erfindungsgabe und der Schaffenskraft seiner Bürger und damit das Ergebnis von Freiheit. Wachstum ist kein Selbstzweck, sondern Mittel für mehr Freiheit." (FDP-Grundsatzprogramm 2012 („Freiheitsthesen"), S. 32f.)

„Deutschland hat die D-Mark im Vertrauen aufgegeben, seine Stabilitätskultur gelte auch in der Währungsunion fort, und kann im gegenwärtigen Rahmen der Währungsunion immerhin noch in vielen Fragen sein Veto einlegen. Darauf im Zuge einer vertieften Integration zu verzichten, wäre nicht ratsam, wenn die künftigen Regeln nicht eine Union formten, in der Stabilität dauerhaft gewährleistet wäre. Denn was wäre der Wert einer politischen Union, in der mit Mehrheitsentscheid Grundprinzipien wie die Geldwertstabilität als Hauptziel der Geldpolitik oder das Verbot der monetären Staatsfinanzierung abgeschafft werden könnten? … Unter solchen Vorzeichen wird aber keine Stabilitätsunion entstehen, im Gegenteil. Der Versuch, mit einer umfassenden Gemeinschaftshaftung den letzten Schritt einer vertieften Integration zuerst zu machen und die anderen zu unterlassen, droht die Währungsunion zu gefährden." (Bundesbankpräsident Jens Weidmann: „Der Euro verlangt eine Stabilitätsunion", in: Süddeutsche Zeitung vom 27. Juni 2012)

„Auch wir in Deutschland müssen lernen, dass Demokratie auch ohne neue Schulden funktionieren kann. Die Haushaltskonsolidierung ist dringend notwendig. Im Interesse unseres Landes akzeptieren wir aber nicht, wenn sie als Grund dafür herhalten muss, politische Reformen als undurchführbar und Steuererhöhungen als Bestandteil einer vermeintlich zukunftsweisenden Finanzpolitik darzustellen." (Heinrich Driftmann, Vorwort zu den Wirtschaftspolitischen Positionen 2012 der IHK-Organisationen)

„Wir sind überzeugt, dass man in Deutschland nur mit Fortschrittsoptimismus weiterkommen kann und dass Wachstum nur mit Fortschrittsoptimismus überhaupt erst möglich wird" (Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler, Regierungserklärung vom 19. Januar 2012)

„Wir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben". (Bundeskanzlerin Angela Merkel, Mitschrift Pressekonferenz am 1. September 2012)

(Aus Kapitel „Die „Stabilitätsunion – Herausforderung für das Europa von heute"). „Die Schuldenberge sind nicht allein durch Konjunkturprogramme gegen die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden, sondern vor allem dadurch, dass viele Länder einseitig über ihre Verhältnisse gelebt haben" („Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland" Beschluss des CDU-Bundesparteitages 2011)

„Ohnehin ist die Annahme, Gleichheit lasse sich herstellen, indem man (unverschuldete) Ungleichheiten korrigiere, eine Illusion. Den jede Egalisierung ist Ausgangspunkt und Welle neuer Ungleichheiten…Nicht jedem das Gleiche, sondern jedem das Seine, heißt deshalb der Wahlspruch derer, für die die Freiheit vor der Gleichheit rangiert". (Reiner Hank, „Ein Hoch auf die Freiheit", in FAZ vom 2. März 2012)

„Allein das globale Wachstum selbst kann jene Kräfte im Gang setzen, die den Wohlstand mit einer Stabilisierung des Klimas in Einklang bringen." (Karl-Heinz Paqué 2010, S. 96)

„Alles was verteilt wird, muss erst erwirtschaftet werden. Wachstum braucht Wettbewerb, nicht Gleichheit. Die Diskussion über die Bedeutung von Freiheit hat der designierte Bundespräsident Joachim Gauck neu entfacht. Das ist gut so…" (Hans-Peter Keitel, BDI-Präsident, Interview in der FAZ vom 15. März 2012)

„Es ist sozial ungerecht, immer mehr auszugeben, als wir haben, Schulden treiben die Inflation hoch. Vor allem Kleinsparer, Geringverdiener und Rentner werden um ihr Geld gebracht. Die Inflation trifft immer die Falschen, führt zu Verarmung und verhindert Wachstum und Entwicklung (aus dem Anschreiben des FDP-Fraktionsvorsitzenden Rainer Brüderle an deutsche Haushalte, Frühjahr 2012)

„Nachhaltiges Wachstum entwickelt sich nur durch die Öffnung der Märkte, Stärkung des Wettbewerb und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes…Die Steuer- und Abgabenlast muss begrenzt werden, damit die Unternehmer Spielraum für Investitionen haben. Wir Liberalen plädieren für eine Steuerbremse, die die maximale Höhe der Steuerbelastung auf 50 Prozent des Einkommens beschränkt." (Hermann-Otto Solms: „Wachsen aber richtig!", in: die Welt von 22. Mai 2012)

Diskursiver Raum

Wesentliche, mit dem zentralen Versprechen verknüpfte Elemente und ihre Gegenpole sind:

- Markt vs. Staat
- Freiheit vs. Zwang
- Leistung vs. Umverteilung
- Optimismus vs. Pessimismus
- Realismus vs. Naivität und „Gutmenschentum"
- Fortschritt vs. Stillstand
- Flexibilität vs. Unbeweglichkeit
- Konsolidierung (Stabilitätsunion) vs. Schuldenmachen / Schuldenstaaten (Transferunion)

Ein zentraler Knotenpunkt des diskursiven Außen ist der (Sozial-)Staat, der eben die oben genannten Elemente (Freiheit, Leistung, Optimismus, usw). hemme und für die öffentliche Verschuldung verantwortlich sei.

Narrative und normative Basis

Trotz seiner gegenwärtigen Legitimationsschwierigkeiten kann dieser Diskurs doch auf zwei „narrative Stärken" zurückgreifen.

Zum einen basiert er auf dem liberalen Besitzindividualismus bzw. auf Vorstellungen von Marktfreiheit und Privateigentum als „Naturrecht", gegen die alle anderen gesellschaftlichen Regelungen als „politisch-künstlich" dargestellt werden. Die Geschichte der Moderne wird als Geschichte des Kapitalismus und seiner Helden erzählt. Sie ist verbunden mit einem negativen Freiheitsbegriff, der die Freiheit von staatlicher Reglementierung des Marktmenschen als zentralen Wert ansieht. Diese Ideologie hat schon viele Krisen überstanden und wirkt in einigen gesellschaftlichen Milieus fort, nicht zuletzt mit einem sehr individualistischen Verständnis von Leistung.

Zum anderen hat dieser Diskurs einen besonderen „Zugang" zum Alltagsverstand, indem er komplexe volkswirtschaftliche Sachverhalte wie Kreislaufzusammenhänge ausblendet und rein betriebswirtschaftlich argumentiert. Der Staat wird als wirtschaftliches Subjekt gleichgesetzt mit einem privaten Haushalt oder einen Unternehmen. Die sparsame „schwäbische Hausfrau" dient hier als Metapher.

Kohärenz und gesellschaftliche Verankerung

Zwischen den diesen Diskurs tragenden Akteuren mag es in Sachfragen unterschiedliche Positionen und Interessenlagen geben. In der gemeinsamen Opposition gegen alles was als „sozialdemokratisch / sozialistisch / grün / links" bezeichnet wird, gibt es aber ein strategisches

Bewusstsein, auf das gemeinsame ideologische Konto „Marktfreiheit und schlanker Staat“ einzuzahlen.

Fraglich ist, ob die gegenwärtige Orientierung v.a. der FDP auf das Thema Wachstum als Problemlöser für alles auf Resonanz stößt, oder ob nicht z.B. Teile der Wirtschaft und der leistungsindividualistischen Milieus in Anbetracht der offenkundigen ökologischen Krise zumindest auf einen etwas reflektiertes und stärker nachhaltiges Verständnis von Wachstum setzen.

Als maßgebliche Subjekte, die auf eine Einlösung des zentralen Versprechens hinwirken adressiert dieser Diskurs in erster Linie die vom ihm identifizierten „Leistungseliten“ v.a. in der Wirtschaft aber darüber hinaus auch den Typus des Marktmenschen bzw. des „unternehmerischen Einzelnen“. Seine maßgebliche Verankerung dürfte dieser Diskurs vermutlich in den liberal und konservativ geprägten Elitemilieus sowie bestimmten, für solche Denkweisen offenen Berufsgruppen haben.

Übersicht: Marktfreiheit und schlanker Staat

Wichtige Akteure und Vertreter/innen: Teile der Union, FDP, Wirtschaftsverbände, neoklassisch orientierte Wirtschaftswissenschaft, liberale Thinktanks

Diskursives Außen

- Ausgabenprogramme
- Schuldenstaaten, Transferunion
- Stillstand
- Überlastung des Sozialstaats
- Schuldenpolitik, „Schuldendroge"
- Fortschrittsverweigerung, Pessimismus, Zukunftsangst
- Umverteilung = leistungsfeindliche Gleichmacherei
- Billiges Geld = Inflation

(Sozial-)Staat

Marktfreiheit und schlanker Staat

- Stabilitätsunion
- Freiheit und Eigentumsrechte des Einzelnen
- Privatisierung, Liberalisierung, Deregulierung
- Steuersenkungen
- Konsolidierung = Wettbewerbsfähigkeit & Generationengerechtigkeit
- Wachstum als Problemlöser
- Flexibilität
- Offene Märkte, freier Handel
- Optimismus
- Soziale Marktwirtschaft = Ordnungsrahmen
- Leistungsbilanzüberschüsse = Wettbewerbsfähigkeit
- Freie Marktwirtschaft = Demokratie

Diskursives Innen

Schlüsselbegriffe

- Freiheit, Freie Marktwirtschaft
- Wachstum, (FDP: persönliches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Wachstum)
- Eigenverantwortung
- Flexibilität
- Fairness, Chancen
- Gesunder Staat, Stabilität(-sunion)
- Schlanker Staat
- Entlastung

Diskursstützende Institutionen und Strukturen

- Privateigentum und Marktwirtschaft allgemein
- Schuldenregel, Stabilitätspakt, Fiskalpakt
- Finanzialisierung und Ökonomisierung weiter Lebensbereiche
- Stabilitätsorientierter Pfad der Bundesbank und Unabhängigkeit der Geldpolitik
- Europäischer Binnenmarkt und globaler Wettbewerb

Narrative, Werte, Zukunftsversprechen

- „Mehr Marktfreiheit ermöglicht mehr Wachstum und mehr Chancen für jeden Einzelnen"
- Freiheit, Naturrecht, Besitzindividualismus
- Stabilitätsgeschichte der Deutschen Mark und der Deutschen Bundesbank als Empfehlung für Europa

3.2 „Made in Germany“

Kurzbeschreibung und Krisensicht

Wurde die deutsche Volkswirtschaft noch vor gar nicht allzu langer Zeit als „kranker Mann Europas“ angesehen oder der „Abstieg eines Superstars“ befürchtet, gab es in den letzten Jahren wieder einen stärkeren Konsens, die Stärken des (Industrie-)Standortes zu thematisieren. Dem Diskurs „Made in Germany“ zugrunde liegen industriepolitisch ausgerichtete Konzepte, die v.a. auf eine Modernisierung des deutschen Produktions- und Exportmodells abzielen. Da politisch lagerübergreifend (bzw. mehrere Parteien und viele soziale Milieus integrierend), ist dieser Diskurs auch eher wenig ideologisch aufgeladen. Viele Protagonisten – ob aus Wirtschaft, Politik, Unternehmensberatung oder Gewerkschaften - ordnen sich selbst auch als „pragmatisch“ ein. Im Gegensatz zu anderen Diskursen spielen in diesen Diskurs allgemeine mikro- oder makroökonomische Grundsätze eine etwas weniger ausgeprägte Rolle. Stärker hingegen ist die Ausrichtung auf die Ebene der Branchen, Wertschöpfungsnetze oder regionale Cluster mit ihren jeweiligen Stärken und Wettbewerbskontexten.

„Made in Germany“ bedeutet daher: Es gibt ein spezifisch deutsches Wirtschafts- oder Produktionsmodell mit qualitativen Wettbewerbsvorteilen, die aber nicht ewig von Bestand sind. Sie müssen immer wieder modernisiert werden. Zentral ist der Erhalt von Innovationsdynamik und qualitativer Wettbewerbsfähigkeit. Aufgabe des Staates ist es, dies zu unterstützen. Hierzu gehöre auch der Zugang zu (preiswerter) Energie und Rohstoffen.

Aufgrund der Heterogenität der den Diskurs tragenden Akteure ist eine stark normativ aufgeladene gesellschaftspolitische Krisensicht nicht erkennbar. Hier neigen dann z.B. wirtschaftsnahe Akteure eher zum Diskurs „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung“ oder Gewerkschafter/innen zum Diskurs „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung“.

Dennoch gibt es ein Muster, das es rechtfertigt, von einem eigenen Wirtschafts- bzw. Krisendiskurs zu sprechen. Denn im eigenen nationalen Pfad, der auf einem vorteilhaften Innovationssystem und einer starken industriellen Basis basiert, wird – auch über ideologische Grenzen hinweg – eine gemeinsame Stärke gesehen, die wiederum auch als Abgrenzung gegenüber Staaten dient, die zu einseitig auf die Ausweitung der Finanzindustrie gesetzt hätten. Verantwortlich für die Krise werden zwei Entwicklungen gemacht:

- Die Dominanz der Finanzwirtschaft über die so genannte „Realwirtschaft“, die dieser ihre hektischen und kurzfristigen Regeln aufzwingt.
- Während die Globalisierung „an sich“ als positiv angesehen wird, sind es „unfaire“ Praktiken (Dumpingwettbewerb, Verletzungen von Regeln des „geistigen Eigentums“), die zu Wohlstands- und Arbeitsplatzverlusten im eigenen Land führen. Für einige der Akteure hat „China“ sowohl als Schreckensbild und Drohkulisse (potenter Wettbewerber, Produktpiraterie) aber auch als Faszinosum (neuer Absatzmarkt, hohe Wachstumsraten, effiziente Planung) in den letzten Jahren eine zentrale Rolle gespielt.

Auf einer eher kulturellen Ebene, aber immer mit Bezug zur deutschen Industrie, gibt es zwei miteinander in Konflikt stehende Krisensichten:

- Auf der einen Seite wird – durchaus in Nähe zum Diskurs „Marktfreiheit und schlanker Staat" - ein ganz wesentliches wirtschaftliches Standortproblem in der gesellschaftlichen „Fortschrittsfeindlichkeit" und „Technikangst" gesehen.
- Dort wo, in diesem Diskurs auch verstärkt ökologische Krisen thematisiert werden, geht dieser in den Diskurs „Grünes Wachstum" über und rückt die Chancen der neuen grünen Märkte ins Zentrum.

Als theoretisches Fundament dieses Diskurses können u.a. Außenhandelstheorien sowie innovationstheoretische Ansätze wie zum Beispiel der Leitmarktansatz, regionalwirtschaftliche Theorien oder auch die neue Wachstumstheorie anzusehen. Ebenso dienen Theorien, die verschiedene Kapitalismus-Typen vergleichen hin und wieder als Begründung für das „deutsche Modell".

Zentrales Versprechen

Das zentrale Versprechen dieses Diskurses könnte man wie folgt zusammenfassen:
„Geht es der deutschen Wirtschaft (Industrie) gut, geht es der Gesellschaft gut".

Der Erhalt bzw. der Ausbau der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Standortvorteile ist daher die zentrale Forderung.

Exemplarische Aussagen / Zitate

„Gerade auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich gezeigt: Deutschland ist aufgrund seines starken industriellen Kerns gut durch die Krise gekommen (...) Industrie ist ein wichtiger Motor für Innovation in Deutschland. Wir wollen technologischen Fortschritt dazu nutzen, um gute Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Deutschland muss die Idee des technischen Fortschritts wiederentdecken." („Sozialdemokratische Industriepolitik – Impulse für den Standort Deutschland", Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion vom 24. Januar 2012)

„Der deutsche Bundestag bekräftigt.... seine Überzeugung, dass die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf der bewährten Aufgabenteilung zwischen Wirtschaft und Politik im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft basiert, wonach es Aufgabe der Politik ist, für alle Akteure verlässliche und zukunftsfähige Rahmenbedingungen zu setzen." („Marktwirtschaftliche Industriepolitik für Deutschland – Integraler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft", Gemeinsamer Antrag der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP-Bundestagsfraktion, Februar 2012)

„Dieses industrielle Netz, das Ergebnis einer Verbindung aus hochmoderner Produktion mit den exzellent ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Industrie und ihren angeschlossenen Wirtschaftszweigen ist die Hauptressource unserer Innovationsfähigkeit." (Michael Vassiliadis 2010, S. 39)

„In keinem OECD-Land gab es so sehr weitreichende Reformen: auf dem Arbeitsmarkt, bei der Besteuerung oder bei der sozialen Sicherung. Auch die Unternehmen haben sich neu aufgestellt: mehr Eigenkapital, schlankere Organisation, bessere Stabilität. Und: es gab sehr intelligente, wachstumsfreundliche und flexible Lohnabschlüsse...Und hinzu kommt ein Glücksfall, den es noch nie in der Menschheitsgeschichte gegeben hat: unsere Industrie, die Mittelständler sind in ihren Nischen Weltspitze und stellen maßgeschneiderte Produkte her." (Bert Rürup, Interview in „Focus Online" vom 24. Februar 2012)

„Deutschland setzt (wieder) auf industrielle Arbeitsplätze. In der Industrie werden reale Werte geschaffen und in Deutschland gibt es qualifizierte, engagierte Fachkräfte – eine gute Voraussetzung für stabilen wirtschaftlichen Erfolg. Hier wird nicht nur erfunden, entwickelt und verbessert, hier wird auch produziert; gerade das macht die Stärke aus. Diese Basis guter und sicherer Arbeitsplätze müssen wir erhalten. Mit den richtigen, mit den besseren Innovationen. Besser statt billiger arbeiten – das Konzept hat sich bereits bewährt. (Vorwort zum 3. Industriepolitischen Memorandum der IG Metall NRW, 2011)

„Das Industrieland Deutschland hängt von geschlossenen Wertschöpfungsketten ab – und die beginnen in der Regel in der Grundstoffindustrie, die wegen physikalisch-chemischer Gesetzmäßigkeiten viel Energie verbraucht...Die Politik muss handeln, sonst hätten viele Unternehmen keine Zukunft mehr – mit massiven Auswirkungen auf die kompletten

Wertschöpfungsketten, auf Innovationen, Arbeitsplätze und unserem Wohlstand."(Markus Kerber, Hauptgeschäftsführer des BDI, Interview im Handelsblatt vom 3. Juli 2012)

„Deutschlands Wirtschaftsmodell könnte für Amerika durchaus ein Vorbild sein. Deutschland hat es geschafft, weiterhin im eigenen Land Produkte herzustellen, die der Rest der Welt kaufen will." (Francis Fukuyama, Interview im „Spiegel" 5/2012)

„Es bedarf vielmehr einer Industriepolitik, die sich an regional unterschiedlichen Stärken einzelner Wirtschaftszweige und den jeweiligen Umsetzungsvoraussetzungen orientiert. Hinzu kommt, dass eine effektive industriepolitische Förderung einer staatlichen Infrastruktur bedarf, die einen effizienten Mitteleinsatz ermöglicht." (Christian Veith, Deutschland-Chef der Boston Consulting Group: „Jedes Land muss anders wachsen", FTD vom 14. Mai 2012)

„Im Kapitalismus 4.0 werden Politiker und Ökonomen in den USA und Europa anerkennen müssen, dass die Steuerung des Handels- und Währungspolitik eine legitime Regierungsaufgabe ist, während China, Japan und andere interventionistische oder planwirtschaftliche Länder gezwungen sein werden, den Marktkräften eine größere Rolle einzuräumen." (Anatole Kaletzsky, 2011, S. 321)

Diskursiver Raum

Wesentliche, mit dem zentralen Versprechen verknüpfte Elemente und ihre Gegenpole sind:

- Qualitätsproduktion und Qualitätsarbeit vs. Billigproduktion
- Realwirtschaft vs. Finanzkapitalismus
- Innovation und Fortschritt vs. Gesellschaftliche Technikfeindlichkeit
- Gesamtwirtschaftliches Interesse vs. Einzelinteressen (v.a. Infrastruktur, Netze)

Allerdings steht der zentralen Forderung „Made in Germany" kein klarer Gegenpol gegenüber. Der diskursive Raum ist nicht klar im Sinne eines „Innen" und „Außen" strukturiert. Auf der Seite des diskursiven Außen steht einerseits die (welt-)wirtschaftliche Ordnung, die den Interessen einer innovativen Realwirtschaft angesichts von Finanzmarktinteressen entgegensteht – ohne dies aber mit klaren politischen Forderungen zu verbinden. Zudem wird eine zweite Flanke aufgemacht, die v.a. innenpolitisch auf die vermeintliche Technikfeindlichkeit und das St. Florians-Denken in der deutschen Bevölkerung gerichtet ist, das z.B. nötige Infrastrukturmaßnahmen blockiere.

Narrative und normative Basis

Narrativ knüpft der Diskurs „Made in Germany" an die ersten Nachkriegsjahrzehnte der Bundesrepublik Deutschland an. Da die Bundesrepublik über keinen politischen Gründungsmythos verfügt, ist der wirtschaftliche Gründungsmythos um so wirkmächtiger.[38] Industrienahe Kampagnen wie „Land der Ideen" knüpfen an diesen Mythos an sind darum bemüht, ihn zu verstärken.

- Auf der gesellschaftlichen Ebene basiert dieser Mythos auf „Fleiß und Tüchtigkeit der Deutschen",[39] dem schumpeterianischen Unternehmer, der Ingenieurskunst und der qualifizierten Facharbeit.
- Auf der Produktebene steht noch immer (wenn auch an Bedeutung verlierend) das Auto als Ausdruck kollektiver Leistungskraft und kollektiven Wohlstands im Zentrum, einerseits als „Volkswagen" (Käfer, Golf), andererseits aber auch als Premiumprodukt (Mercedes, Porsche).

[38] Münkler 2008, S. 455ff.
[39] Münkler 2008, S. 461

- Auf der politischen Ebene ist dieser Diskurs mit der Idee der Sozialen Marktwirtschaft verknüpft, aber nicht nur im Sinne einer ordoliberalen Marktordnung, sondern auch eines organisierten Interessenausgleiches zwischen Kapital und Arbeit, also einer „Sozialpartnerschaft", aber auch einer „Innovationspartnerschaft".

Die sprachliche Rahmung dieses Diskurses ist häufig die eines Wettkampfes, wobei die Volkswirtschaft in Gänze als eine Art Körper ansehen wird, der sich diesem Wettkampf zu stellen habe. Deutschland befinde sich im internationalen Wettbewerb; groß war daher auch der Stolz auf den inoffiziellen Titel des „Exportweltmeisters". Dementsprechend werden in diesem Diskurs zahlreiche Ertüchtigungs- und Wettbewerbs-Metaphern verwendet wie „Fitmachen", „Stärke zeigen" oder „Vorsprung halten".

Gestützt wird dieser Diskurs zum einen durch den ökonomischen Pfad, die Einbindung der deutschen Industrie in einen globalen Markt, der für viele Erwerbstätige eine prägende Alltagsrealität ist. Zum anderen sind es aber auch die Institutionen des deutschen Produktionsmodells, die den Diskurs prägen: die Mitbestimmung, das duale Ausbildungssystem usw.

Kohärenz und gesellschaftliche Verankerung

Die inneren Differenzen laufen hier vor allem zwischen „Wirtschaftslager" und Gewerkschaften, aber auch zwischen den Parteien und innerhalb der Wissenschaft:

- Strittig ist die Bewertung der Arbeitsmarkt- und Sozialreformen des letzten Jahrzehnts. Für die einen waren sie in Teilen eher unnötig oder sogar schädlich, für die anderen war sie eine erforderliche „Rosskur", die das Comeback der deutschen Industrie erst begründet habe. Es ist denkbar, dass dieser Konflikt bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Hinblick auf eine zukünftige Politik wieder ausbricht.
- Entsprechend unterschiedlich wird auch die Rolle der Arbeit gesehen. Für Gewerkschaften hängt die Perspektive des „Made in Germany" maßgeblich mit der Idee der Guten Arbeit zusammen. Daher setzen sie auch (wie die IG Metall) auf das Konzept „Besser statt billiger" und verweisen damit auf den Qualitäts- und Produktivitätsvorsprung des deutschen Produktionsmodells.[40] Für wirtschaftsnahe Akteure spielt die Qualitätsarbeit (und zunehmend der Fachkräftemangel) zwar auch eine wichtige Rolle, doch die Bewertung von Arbeit als „Kostenfaktor" steht zumeist gleichrangig daneben.
- Zudem verläuft eine Konfliktlinie zwischen den Branchen und Sektoren der deutschen Volkswirtschaft. Ist die Industrie das Zugpferd, das über Innovation und Produktivität andere Sektoren mitzieht? Oder ist es umgekehrt so, dass z.B. ein starker öffentlich finanzierter Sektor als Voraussetzung für eine leistungsfähige Industrie anzusehen ist. Geht es bei der staatlichen Industriepolitik v.a. um High-Tech-Sektoren und Leitmärkte? Oder auch darum, Beschäftigung in anderen weniger innovativen Bereichen zu erhalten?

Als maßgebliche Subjekte, die auf eine Einlösung des zentralen Versprechens hinwirken adressiert dieser Diskurs vor allem die Kompetenzträger des Produktionsmodells: Unternehmer, Ingenieure und Forscher, Qualifizierte Arbeiter und Angestellte.

[40] Vgl. Allespach, Ziegler 2012

Seine wesentliche Verankerung dürfte dieser Diskurs in den Teilen der Gesellschaft haben, die in Exportbranchen beschäftigt oder dort unternehmerisch tätig sind.

Übersicht: „Made in Germany“

Wichtige Akteure und Vertreter/innen: Teile der Union, der SPD, (Industrie-)Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände, Unternehmensberatungen, auch Texte von internationale Organisationen wie EU und OECD

Diskursives Außen

- Überregulierung
- Einzelinteressen, die Industrie behindern (Bürgerinitiativen etc.)
- Billigproduktion, Dumpingwettbewerb
- Finanzkapitalismus, Dominanz der Finanzmärkte
- Technikfeindlichkeit

Made in Germany

- Industrie als Motor, Industriepolitik, Erhalt der industriellen Basis
- Qualitätsproduktion, Made in Germany
- (Gute Arbeit), gerechte Löhne, Tarifautonomie
- Infrastrukturpolitik, Infrastrukturkonsens
- Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung
- Soziale Marktwirtschaft = Innovation & Sozialer Ausgleich
- Innovationsförderung, Leitmärkte, Cluster
- Facharbeit, Qualifizierung
- Innovation als Voraussetzung für Nachhaltigkeit

Diskursives Innen

Schlüsselbegriffe

- Innovation, Qualität
- Fortschritt
- Standort, Wettbewerbsfähigkeit
- Zukunftsmärkte
- Soziale Marktwirtschaft
- Sozialpartnerschaft

Strittig

- Gute Arbeit, „Besser statt billiger“

Diskursstützende Institutionen und Strukturen

- Exportorientierter Pfad im globalen Wettbewerb
- Starke Branchen mit KMU und Konzernen: Maschinenbau, Chemie, Automobilwirtschaft und Autokultur
- Kooperationsstrukturen, Netzwerke, Cluster
- Sozialpartnerschaft, Mitbestimmung, Duales Ausbildungssystem

Narrative, Werte, Zukunftsversprechen

- „Geht es der deutschen Wirtschaft (Industrie) gut, geht es der Gesellschaft gut.“
- Große Tradition der deutschen Industrie und Comeback nach dem Zweiten Weltkrieg
- „Made in Germany“, Land der Ideen, Deutsche Ingenieurskunst, etc.

3.3 „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung"

Kurzbeschreibung und Krisensicht

Spätestens mit der globalen Finanzkrise erleben wir die Renaissance eines Diskurses über die Wieder-Herstellung der Verbindung von Marktwirtschaft und den Prinzipien gesellschaftlicher Verantwortung. Er wird überwiegend von Akteuren geführt, die in den 90er und 00er Jahren für mehr marktwirtschaftliche Reformen plädiert haben. Dieser Diskurs hat im Wesentlichen drei Auslöser, die sich zweifelsohne überschneiden und daher nicht strikt von einander zu unterscheiden sind:

Erstens gibt es Stimmen, die (selbstkritisch) zur Einsicht gelangt sind, dass die Hinterlassenschaft der Phase wirtschaftsliberaler Deregulierung in Wirtschaft und Gesellschaft dysfunktionale Folgen hat – sei es in Bezug auf unzureichende staatliche Regulierung (u.a. der Finanzmärkte), sei es in Bezug auf die soziale Entkopplung und die politisch-gesellschaftlichen Einstellungen der wirtschaftlichen Eliten.

Zweitens wird dieser Diskurs nicht selten rein taktisch eingesetzt. Gerade weil der Wirtschaftsliberalismus derzeit mit Legitimationsproblemen zu kämpfen hat, wird auf einer bloß symbolischen Ebene in eine Verantwortungsrhetorik eingestimmt, ohne daraus jedoch relevante politische Konsequenzen abzuleiten. Angesichts nicht zu leugnender Widersprüche des Finanzkapitalismus wird ein „Zurück" zu Tugenden der Verantwortung, des „ehrbaren Kaufmanns" etc. gefordert.

Drittens wird diese Rück- oder Neu-Besinnung auf gesellschaftliche Verantwortung auf der Ebene einzelner Unternehmen als ein Vorteil für eine nachhaltig erfolgreiche Unternehmensführung gesehen – im Sinne eines „Win-Win" von Unternehmenserfolg und gesellschaftlicher Entwicklung.

Die Krisensicht wurzelt in der Einschätzung, die an sich überlegene und wünschenswerte kapitalistische Wirtschaftsordnung sei „aus den Fugen geraten". Verantwortlich dafür seien einerseits die wirtschaftlichen Eliten mit ihrer Orientierung auf den schnellen, maßlosen, kurzfristigen und nicht nachhaltigen Erfolg. Andererseits werden auch die Konsument/innen oder Anleger/innen mit in die Verantwortung genommen, weil diese ja bestimmte problematische Finanzprodukte ebenso nachfragen wie Güter und Dienstleistungen, die z.B. auf Billiglöhnen oder Ressourcenvergeudung basieren.

Theoretisch nimmt dieser Diskurs unter anderem Bezug auf den Ordoliberalismus,[41] ohne allerdings den Wandel des Kapitalismus der letzten Jahrzehnte grundsätzlich zu thematisieren und die Frage zu beantworten, wie ein neuer Ordnungsrahmen für einen globalen und stark finanzmarktgetrieben Kapitalismus aussehen könne. Es wird aber auch auf wirtschaftsethische, z.T. auch auf bürgergesellschaftlich-kommunitaristische Theorien zurückgegriffen. Dieser Diskurs ist insofern auch Ausdruck eines „geschmeidigen Konservatismus" (gelegentlich auch „mitfühlend"

[41] Feld, Goldschmidt, Zeyert 2011

genannt), der sich flexibel (und durchaus mit Empathie) neuen Themen und Fragestellungen zuwenden kann.

Auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene wird ein neues Zusammenspiel von Markt, Staat und Gesellschaft gefordert; daraus werden aber selten konkrete politische Projekte abgeleitet. Manche der Beiträge periodisieren den Kapitalismus und fordern nach der eher regulierend-wohlfahrtsstaatlichen Phase (New Deal, Rheinischer Kapitalismus) und der folgenden eher marktzentrierten Phase eine neue Synthese, sowohl in Bezug auf die globale Marktregulierung als auch in der nationalen Wirtschaftspolitik. [42]

Zugleich werden vor allem die Wirtschaftssubjekte in der Verantwortung gesehen:

- Auf Unternehmensebene wird mehr Orientierung am langfristigen Erfolg gefordert und das Leitbild des „ehrbaren Kaufmanns" aktiviert. Auffällig sind die engen Bezüge zu Konzepten wie Corporate Social Responsibility oder auch neueren Ansätzen wie Shared Value.[43]
- Auf Konsumentenebene wird mehr Verantwortungsbewusstsein gefordert. Hier ist eine Verbindungslinie zu Ansätzen wie dem ethischen Konsum.
- Auf Ebene der Bürger/innen wird eine Verbindung von „unternehmerischem Denken" und zugleich gesellschaftlicher Verantwortung gefordert. Nicht überraschend sind daher enge Bezüge zu einem Sozialstaatsdiskurs, der auf mehr Eigenverantwortung, Aktivierung und Vorsorge abzielt[44], wobei hier das Spektrum vom erzieherischen arbeitsmarktpolitischen „Workfare"-Ansatz bis zum Leitbild des nordischen Sozialstaats mit einem hohen Niveau an öffentlich organisierter Bildung und Betreuung reicht.

Zentrales Versprechen

Das zentrale Versprechen dieses Diskurses könnte man wie folgt zusammenfassen:
„Wir müssen Regeln finden und vor allem Werte stärken, die unsere Marktwirtschaft wieder auf gesellschaftliche Verantwortung verpflichten".

Exemplarische Aussagen / Zitate

„Deutschland ist das Land der Sozialen Marktwirtschaft. Diese Gesellschaftsordnung stellt den Einzelnen mit seinen Fähigkeiten und seiner Leistungsbereitschaft in den Mittelpunkt. Individuelle Entfaltung und soziale Verantwortung bedingen einander. Die Soziale Marktwirtschaft verbindet wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich" („Verantwortung Zukunft", Beschluss des CDU-Bundesparteitages 2011)

„Ein Jahrzehnt enthemmter Finanzökonomie entpuppt sich als das erfolgreichste Resozialisierungsprogramm linker Gesellschaftskritik. So abgewirtschaftet sie schien, sie ist nicht nur wieder da, sie wird auch gebraucht." (Frank Schirrmacher in der FAS vom 14. August 2011)

„Die Soziale Marktwirtschaft, wie wir sie verstehen, ist eine Gegenthese zu einer Gesellschaft, in der der Gewinner alles bekommt und Solidarität ein Fremdwort ist. Unsere Vorstellung der Marktwirtschaft ist die eines Marktes der vielen gegenüber einem elitären Marktplatz der wenigen." (Sigmar Gabriel, Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier, FAS vom 1. April 2012)

[42] Kaletsky 2011
[43] Porter, Kramer 2011
[44] Lessenich 2008

„Wir haben es nicht rechtzeitig geschafft, Regeln zu etablieren, um eine Pervertierung des Systems zu verhindern. Man kann durchaus sagen, dass das kapitalistische System in seiner jetzigen Form nicht mehr in die heutige Welt passt" (Klaus Schwab, Gründer des Weltwirtschaftsforums, Interview in der Financial Times Deutschland vom 25. Januar 2012)

„Gewinn ist nicht gleich Gewinn – diese Idee ist durch den engen, kurzfristigen Blick von Finanzmärkten und vielen Managern in Vergessenheit geraten. Gewinne, die auch einem gesellschaftlichen Zweck dienen, stehen für eine höhere Form des Kapitalismus – eine, in der Gesellschaften sich schneller entwickeln und Unternehmen noch schneller wachsen können…Voraussetzung für Shared Value ist, dass Gesetze und ethische Standards eingehalten werden und dass Unternehmen bemüht sind, entstehende Belastungen durch ihre Arbeit möglichst gering zu halten." (Michael E. Porter 2011, S. 14)

„Der Finanzmarkt-Kapitalismus muss in seine Schranken gewiesen werden und wir brauchen eine Neubelebung verantwortlichen Unternehmertums in einer neu zu definierenden Sozialen Marktwirtschaft." (Michael Otto, Interview in: Change – Magazin der Bertelsmann-Stiftung 1/2012, S. 48)

„Ich bin eine überzeugte Anhängerin der Sozialen Marktwirtschaft, das heißt Wettbewerb und Freiheitlichkeit des Handelns muss sein, aber mit einem sozialen Beitrag." (Ursula von der Leyen, Bundesarbeitsministerin, zitiert in: Welt am Sonntag vom 29. Januar 2012)

„Werte statt Wertpapiere, so dürfte die Devise lauten. Wir stehen damit vor einer konservativen Wende. Die Linke hatte ihre beiden Jahrzehnte, die Liberalen hatten sie, jetzt sind die Konservativen dran." (Wolfram Weimer 2009, S. 70)

„Helmut Schmidt hat – und er meinte Krupp – von ´moralischem Kapitalismus´ gesprochen. Wir wissen alle: diesem Anspruch ist die Firma nicht immer gerecht geworden. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Alfred Krupp und ich entschlossen, es besser zu machen…. Der ´moralische Kapitalismus´ muss die Grundlage unseres wirtschaftlichen Handelns sein." (Bertold Beitz anlässlich des Festaktes zum 200. Geburtstag der Gründung der Firma Krupp am 20. November 2011)

„Die Herausforderung lautet also, auf den einfachsten Nenner gebracht: Ökonomie und Werte. Aus der falschen Frontstellung müssen wir herauskommen und stattdessen den Sinn, die ´Moral´ der notwendigen wirtschaftlichen Veränderungen begreifen wie auch umgekehrt den Wertbezug vom Sonntagsappell in die alltägliche Praxis überführen." (Paul Nolte 2006, S. 253)

Diskursiver Raum

Wesentliche, mit dem zentralen Versprechen verknüpfte Elemente und ihre Gegenpole sind:

- Soziale Marktwirtschaft vs. Hemmungsloser Kapitalismus
- Verantwortung und Fairness vs. Gier, Exzesse
- Stakeholder vs. Shareholder
- Bürgerliche Tugenden und Eigenverantwortung vs. Staatliche Regulierung

Ein zentraler Knotenpunkt des diskursiven Außen ist die Kritik am Verlust von Maßstäben. Der „enthemmte" Kapitalismus ohne Maßstäbe und Verantwortung wird als das gegenwärtige Übel angesehen. Zugleich gilt die Kritik der „Maßlosigkeit" auch übertriebenen staatlichen Regulierungen oder zu weitreichenden (und damit Eigenverantwortung hemmenden) Sozialleistungen.

Narrative und normative Basis

Während der Diskurs „Made in Germany" v.a. auf der „materiellen" Ebene des wirtschaftlichen Mythos der Bundesrepublik basiert, knüpft dieser Diskurs eher an der ethischen und politischen Ebene an. Die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft wird als eine Geschichte ökonomischen Erfolgs und des sozialen Friedens erzählt, die es auch in die Zukunft zu verlängern gilt.

Es dominiert eine Sprache, die mit Gleichgewichts-Metaphern operiert. Wirtschaft und Gesellschaft (zuweilen auch die Umwelt) müssten wieder in „Balance" gebracht werden. Nötig sei ein „Mittelweg" zwischen den Extremen des „reinen Marktes" und einer Staatswirtschaft.
Zwei eher konservative Topoi spielen hier eine besondere Rolle:

- Zum einen der Topos von „Maß und Mitte", so ja auch der Titel eines Werkes von Wilhelm Röpke, einem Vordenker der „Sozialen Marktwirtschaft", aus dem Jahr 1950. An diesem Topos wird immer wieder angeknüpft, wenn es darum geht, sich von bestimmten Extrempositionen abzugrenzen. In ihm zeigt sich aber auch die „konservative Sorge um den Verlust des sozialen und ethischen Maßstabs."[45]
- Zum anderen der Topos „Freiheit und Verantwortung", der sich vom aggressiv-individualistischen Freiheitsbegriff der Wirtschaftsliberalen abgrenzt und (akzeptierte) Privilegien und Statusunterschiede in einer Gesellschaft an Verpflichtungen bindet.

Beide Topoi wiederum haben eine Verbindung zu der seit Jahren immer wieder aufflammenden Debatte um das (neue) Bürgertum oder bürgerliche Tugenden, wie sie auch in Diskussionen über Spendenkultur, Bürgergesellschaft etc. zu identifizieren sind.

Kohärenz und gesellschaftliche Verankerung

Ähnlich wie beim Diskurs „Made in Germany" ist es nicht einfach, die inneren Differenzen der Protagonisten dieses Diskurses in einer Phase zu bewerten, in der die wirtschaftliche Entwicklung (zumindest im internationalen Vergleich) positiv verläuft. Zu vermuten ist, dass die Konflikte im Zuge einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse deutlicher zum Tragen kommen. Das Spektrum dieses Diskurses erstreckt über Teilen der SPD (die jedoch deutlicher die Notwendigkeit auch staatlicher Rahmensetzung betont) und der Grünen, vor allem aber über liberal-konservative Akteure.

Gerade in den bürgerlichen und traditionelleren Teilen der Gesellschaft hat dieser Diskurs sicher eine hohe Bindewirkung. Seine normative Ausrichtung ist einerseits in diskurspolitischer Hinsicht seine Stärke, da er mit wenig konkreten konfliktträchtigen Forderungen verknüpft ist und daher breite Integrationskraft entfaltet. Auf der anderen Seite stellt sich die Frage der Kohärenz dann, wenn es politisch ernst wird. Mag es auf einer sehr allgemeinen Ebene auch große Einigkeit geben, dass die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik eine Soziale Marktwirtschaft ist, so stellt sich die Frage, was dies konkret heißt, wenn darüber gerungen wird, wie ein „Ordnungsrahmen" für entfesselte Finanzmärkte auszusehen hat. Was bedeutet Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert für die Einkommensverteilung, die Mitbestimmung und die öffentlichen Güter?

Symptomatisch für die vielen Unklarheiten mögen die Äußerungen des Gründers des World Economic Forum, Klaus Schwab, sein. Dieser hatte zunächst erklärt, „dass das kapitalistische System in seiner jetzigen Form nicht mehr in die heutige Welt passt", um dann einige Wochen später umständlich richtigzustellen, damit sei nicht die grundsätzliche Ideologie das Kapitalismus gemeint, sondern „Bereiche der technischen Komponente Kapitalismus."[46]

[45] Münkler 2010, S. 63
[46] Süddeutsche Zeitung vom 11. April 2012

Als maßgebliche Subjekte, die auf eine Einlösung des zentralen Versprechens hinwirken adressiert dieser Diskurs zum einen verantwortungsbewusste Eliten vor allem in der Wirtschaft, aber auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, zum anderen die bürgerliche Mitte. Vermutlich ist dies auch die gesellschaftliche Basis dieses Diskurses: Verantwortungsbewusste Konservative in der Oberschicht, die bürgerliche Mitte und traditionellere Gruppen von Arbeitnehmern und Rentnern, die die „gute alte Zeit" der Sozialen Marktwirtschaft noch kennen.

Übersicht: Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung

Wichtige Akteure und Vertreter/innen: CDU und Teile von FDP, SPD und Grünen, Z.T. Wirtschaftsverbände, verschiedene Unternehmer mit medialer Präsenz, konservativere Teile der organisierten Arbeitnehmerschaft.

Diskursives Außen

„Übertreibungen", „Exzesse"

Zu große Ungleichheit

Zu weitgehende staatliche Eingriffe

Zu hohe öffentliche und private Verschuldung

Verantwortungslosigkeit der Finanzmärkte

Gier, Moralische Verantwortungslosigkeit

Vulgärliberalismus

„Enthemmter" Kapitalismus

Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung

Gute Unternehmensführung

Soziale Marktwirtschaft = Ordnungsrahmen und Werteordnung

Verantwortungsbewusster Konsum

Corporate Social Responsilbiiy

Mittelstand und „ehrbarer Kaufmann"

Stakeholder-Prinzip

Aktivierende Sozialpolitik

Diskursives Innen

Schlüsselbegriffe

- Soziale Marktwirtschaft
- (Individuelle und gesellschaftliche) Verantwortung
- Maß und Mitte
- Werte, Fairness
- Nachhaltigkeit
- Transparenz

Diskursstützende Institutionen und Strukturen

- Tradition und Institutionen der Sozialen Marktwirtschaft bzw. des rheinischen Kapitalismus
- Mittelstand und Eigentümerverantwortung

Narrative, Werte, Zukunftsversprechen

- „Wir müssen Regeln finden und vor allem Werte stärken, die unsere Marktwirtschaft wieder auf gesellschaftliche Verantwortung verpflichten".
- Freiheit und Verantwortung als zentrale Wertsynthese
- Fortsetzung der guten Tradition der Sozialen Marktwirtschaft

3.4 „Grünes Wachstum“

Kurzbeschreibung und Krisensicht

Der Diskurs des „Grünen Wachstums“ ist eine vergleichsweise junge Synthese von Elementen der Diskurse „Made in Germany“ und des ökologischen Nachhaltigkeits-Diskurses der 70er bis 90er-Jahre. Er rückt das Problem der drohenden Klimakatastrophe und der ökologischen Belastung der Welt ins Zentrum, sieht aber die Lösung weniger im Verzicht oder in alternativen Produktionsweisen und Lebensstilen, sondern vor allem (zumal im globalen Maßstab) in technologischer Innovation.

Die Krisensicht bezieht sich zwar auch auf die jüngere Entwicklung des Finanzkapitalismus und setzt dessen Regulierung für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung voraus. Sie zielt aber im Wesentlichen auf eine Problematisierung des weiter zurückreichenden auf fossiler Energienutzung und Ressourcenvergeudung basierenden Wachstumspfads. Durch eine nachhaltige Energiewende „weg vom Öl“ sei es für viele Volkswirtschaften auch möglich, unabhängiger vom Energieimport zu werden und die eröffne die Möglichkeit, einen stabileren ökonomischen Pfad mit einer stärker ausgeglichenen Leistungsbilanz einzuschlagen.

Prinzipiell sei die Vereinbarung von Marktwirtschaft und globaler ökologischer Nachhaltigkeit nicht nur möglich, sondern marktwirtschaftliche Innovation sei der einzige Weg, um Wohlstand für eine wachsende Weltbevölkerung zu ermöglichen. Allerdings wird es als Aufgabe des Staates angesehen, Anreize und Regulierungen einzusetzen, um die nötigen technologischen Pfadwechsel – hin zu mehr Ressourceneffizienz und erneuerbaren Energien – zu realisieren.

Verbunden werden zwei Stränge, die in ihrem Zusammenwirken in das Versprechen einer „doppelten Dividende“ münden:

- Zum einen sollen im internationalen Wettbewerb neue Produkte und Märkte zur Sicherung des Standorts und zum Erhalt bzw. zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.
- Zum anderen sollen diese einen Beitrag zu Lösung der ökologischen Problemlagen leisten und durch die Steigerung der Ressourcenproduktivität auch neue Verteilungsspielräume eröffnen. Deutschland und Europa wird daher im globalen Wettbewerb eine „ökonomische Spezialisierungsstrategie“ empfohlen, die auf eine Innovations- und Marktführerschaft bei Umwelttechnologien, Ressourcenproduktivität und deren Anwendung abzielt.

Einige Protagonisten dieses Diskurses teilen eine Skepsis gegenüber großindustriellen Strukturen und Konzernen. Das „grüne Wachstum“ geht bei ihnen einher mit einer Hoffnung auf dezentrale, vernetzte Strukturen.

Theoretisch bezieht sich dieser Diskurs zum einen auf die Tradition der Wachstumskritik seit den 70er Jahren, zum anderen auch in besonderer Weise auf Theorien von „langen Wellen“, die Bedeutung von „Basisinnovationen“ und technologischen Revolutionen für Wirtschaft und Gesellschaft hervorheben.

Gestützt wird dieser Diskurs zunehmend durch eine wachsende ökonomische Basis „grüner Industrie", die (bei allen Problemen durch wachsende Weltmarktkonkurrenz z.B. in der Photovoltaik), als Erfolgsstory im Sinne einer „doppelten Dividende" gesehen wird, aber auch durch einen Wandel der Konsummuster in Teilen der Gesellschaft.

Zentrales Versprechen

Das zentrale Versprechen dieses Diskurses könnte man wie folgt zusammenfassen:
„Grünes Wachstum ermöglicht eine ´doppelte Dividende´ und damit die Versöhnung der sozialen und der ökologischen Frage".

Exemplarische Aussagen / Zitate

„Die Transformation unserer Wirtschaft wird kein Projekt für wenige Jahre sein. Um so wichtiger sind verlässliche Ziele und Rahmensetzungen, die den Unternehmen Sicherheit bei ihren Innovations- und Investitionsentscheidungen geben". („Die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft: Der Grüne New Deal", Beschluss der BDK 2011 von Bündnis 90 / Die Grünen)´

„Die Wahrnehmung von Gegensätzlichkeit ist dem Verständnis gewichen, dass ökologische und ökonomische Ziele sich gegenseitig bedingen" (Norbert Röttgen, damals Bundesumweltminister, Gespräch in der Welt am Sonntag vom 12. Februar 2012)

„Dreh- und Angelpunkt eines Modells nachhaltiger Entwicklung muss eine „dritte industrielle Revolution" werden, in deren Zentrum die Energie- und Ressourceneffizienz steht. Statt Ökonomie und Ökologie gegeneinander auszuspielen, muss endlich verstanden werden, welche ökonomischen Potenziale ein notwendiger ökologischer Strukturwandel hat. Neues Wachstum, neue Wertschöpfung, neue Produkte und Verfahren und neue Beschäftigung sind möglich. Dafür brauchen wir die Ökologische Industriepolitik" (Bundesumweltministerium 2006 (damals unter Leitung von Sigmar Gabriel, SPD, S. 9).

„Das ´Greening´ der Wirtschaft bietet große Chancen und Potenziale. Es sichert Wettbewerbsfähigkeit, erschließt Felder nachhaltigen Wachstums und kalkuliert frühzeitig mit ökonomischen Knappheiten und Kosten. Die Erfahrungen der Finanz- und Wirtschaftskrise verdeutlichen, wie wichtig nachhaltig ausgestaltetes Wachstum ist." (Gemeinsames „Memorandum für eine Green Economy" des Bundesumweltministeriums und des BDI, Juni 2012)

„Klimawandel, endliche Ressourcen und Massenarbeitslosigkeit sind zentrale Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Als Antwort hierauf brauchen wir auch in Deutschland einen ´Green New Deal, der den Umbau der Wirtschaft in Richtung auf umwelt- und klimafreundliche Strukturen engagiert vorantreibt und dabei zusätzliche Arbeitsplätze schafft" (Bündnis für Klima, Umwelt und Arbeit. Wir brauchen einen „Green New Deal", Beschluss des DGB-Bundeskongresses, Mai 2010)

„Die Debatte über Kapitalismus, Sozialismus oder vielleicht einen dritten Weg hat der Umwelt bislang wenig gebracht. Es geht darum, Wirtschaftskreisläufe nachhaltig zu gestalten. Die Marktwirtschaft kann dafür das richtige Modell sein, aber alleine ist sie nicht in der Lage, soziale und ökologische Ziele angemessen umzusetzen. Deshalb muss ihr die Gesellschaft klare Regeln setzen und Grenzen definieren, die nicht überschritten werden dürfen – zum Beispiel, in dem Energie ökologisch korrekte Preise kostet" (Achim Steiner, Direktor des UN-Umweltprogramms, Interview in der Frankfurter Rundschau vom 113. November 2008).

„Die Paarung von Internettechnologie und erneuerbaren Energien führt zu einer Dritten Industriellen Revolution. Im 21. Jahrhundert werden Hunderte von Millionen Menschen ihre eigene grüne Energie erzeugen –in ihren Häusern, in Büros, in Fabriken – und diese mit anderen über intelligente dezentrale Stromnetze – „Internetze" – teilen, so wie die Menschen heute ihre eigenen Informationen erstellen und über das Internet mit anderen teilen" (Jeremy Rifkin 2011, S. 48)

„Ein ökologischer Aufbruch hilft, schneller, besser und zukunftsorientierter aus der aktuellen Wirtschaftskrise herauszukommen. Nur ein Beispiel: Die Ölimporte nach Europa belaufen sich auf 400 Mrd. Euro. Die Abhängigkeit vom Öl zu verringern ist auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit...Die Staaten könnten ihr Ausgaben für importiertes Öl senken und zukunftssichere Arbeitsplätze in der heimischen Wirtschaft schaffen." (Renate Künast, „Grün ist der Aufschwung", in: FTD vom 22. Mai 2012)

Diskursiver Raum

Wesentliche, mit dem zentralen Versprechen verknüpfte Elemente und ihre Gegenpole sind:

- Regenerative Energiebasis vs. Fossile und atomare Energiebasis
- Ressourceneffizienz vs. Verschwendung und Ineffizienz
- Richtige (ökologische) Marktanreize vs. Falsche Marktanreize
- Neue (dezentrale) Strukturen vs. alte (zentrale) Strukturen
- Qualitatives Wachstum vs. Quantitatives Wachstum
- Unabhängigkeit von Energieimporten und Rohstoffen vs. Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten

Der Knotenpunkt des diskursiven Außen wird gebildet durch die alte atomare und fossile Industriegesellschaft mit ihren Produktionsmodellen und Lebensstilen.

Narrative und normative Basis

Über eine gelernte und tief verankerte Traditionslinie, an die anzuknüpfen wäre, verfügt dieser vergleichsweise neue Diskurs nicht. Der erzählerische Bezugspunkt sind daher auch eher die längeren Phasen der kapitalistischen Entwicklungsgeschichte. Im Zentrum steht der Begriff der „Dritten Industriellen Revolution", der in verschiedenen Texten auftaucht. Hierbei geht es darum, das Projekt eines „Grünen Wachstums" mit epochaler historischer Bedeutung aufzuladen. Umwelttechnologien und erneuerbare Energien werden in eine historische Reihe gestellt mit der Bedeutung der Dampfmaschine im 19. Jahrhundert und den modernen Kommunikationstechnologien im 20. Jahrhundert als wesentlichen Basisinnovationen, die wiederum die gesamte Wirtschaft maßgeblich geprägt haben.

Verschiedentlich – am offensivsten wohl derzeit bei Bündnis ´90 / Die Grünen – wird auch ein Bezug zum amerikanischen „New Deal" in Folge der Großen Depression der 1930er Jahre herstellt. Gefordert wird nun ein „Green New Deal". Da dieser aber z.T. über den Diskurs „Grünes Wachstum" hinausweist, wird dieser in Abschnitt 7 dargestellt.

Aufgrund seines stark technologisch orientierten Fortschrittsoptimismus verfügt dieser Diskurs über keine starke normative Aufladung. Es geht beim „Grünen Wachstum" um die Verbindung von ökologischer Nachhaltigkeit, nationaler und internationaler Gerechtigkeit und einen ökologischen Zukunftsoptimismus.

Kohärenz und gesellschaftliche Verankerung

Da dieser Diskurs eine Art Scharnier zwischen dem ökonomisch fokussierten Diskurs „Made in Germany" und dem ökologisch fokussierten Diskurs „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum" darstellt, spielen die inneren Differenzen eben auch dieses Spannungsverhältnis wieder. Diese betreffen:

- die Frage, in welchen Zeitrahmen mit bestehenden Strukturen gebrochen werden kann und alte Pfade (wie die Nutzung fossiler Energien) verlassen werden können,
- die Bewertung von einzelnen technologischen Lösungen wie Biosprit, Gentechnik oder CO2-Abscheidung und -Speicherung, die neue Risiken und Folgeprobleme auslösen (können),
- mit diesen beiden Differenzen einhergehend auch die Frage, ob das Grüne Wachstum auch zu einem „dezentralen Kapitalismus" mit kulturellen Veränderungen und neuen kollaborativen Geschäftsmodelle führen sollte oder ob hier für „alte" Akteure, v.a. Großkonzerne neue Geschäftsfelder zu erschließen sind,
- die Diskussion, ob es vor allem um eine ökologische Variante nationaler Standortpolitik geht, bzw. inwieweit die internationale Solidarität ein zentral zu berücksichtigender Wert ist.

Als maßgebliche Subjekte, die auf eine Einlösung des zentralen Versprechens hinwirken, adressiert dieser Diskurs vor allem die Träger und Pioniere des grünen Wachstums - sowohl auf Seiten der Produzenten als auch der Konsumenten.

Dieser Diskurs hat seine Heimat wohl am ehesten im postmateriell-sozialökologischen Milieu, aber zunehmend auch in jüngeren und modernen Milieus, für die ökologisches Bewusstsein in Verbindung mit Innovation und Modernität steht.

Übersicht: „Grünes Wachstum“

Wichtige Akteure und Vertreter/innen: Die Grünen, Teile der SPD und der CDU, Teile von Wirtschaft und Gewerkschaften, Umweltverbände, Umweltforschung

Diskursives Außen

Externalisierung von ökologischen Kosten

Ökologisch verantwortungslose Konzerne; Zentralismus

Schädliche, konservierende Subventionen; falsche Marktanreize

Strukturkonservatismus

Ressourcenverschwendung in Produktion und Konsum

Drohende ökologische Katastrophen

Fossile (und atomare) Industriegesellschaft

Grünes Wachstum

Unabhängigkeit (vom Öl)

Neue Energie- und Mobilitätskonzepte: Neue Technologien und Dienstleistungen

Dezentralisierung = Demokratisierung

Ressourceneffizienz, Entkopplung Wachstum und Ressourcenverbrauch

Nachhaltige Finanzanlage

Alternative Wohlstandsmessung

Ökologische Wahrheit in Preise integrieren

Ökologische Zukunftsinvestitionen, grüne / ökologische Industriepolitik

Diskursives Innen

Schlüsselbegriffe

- Nachhaltigkeit
- Qualitatives / Selektives / Grünes Wachstum
- Green New Deal (Grüne)
- Ökologische Industriepolitik (SPD)
- Dritte industrielle Revolution
- Doppelte Dividende

Diskursstützende Institutionen und Strukturen

- Klimaziele und –abkommen
- Wachsende Green-Tech-Branche und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung
- Nachhaltige Konsumorientierungen

Narrative, Werte, Zukunftsversprechen

- „Grünes Wachstum ermöglicht eine ´doppelte Dividende´ und damit die Versöhnung der sozialen und der ökologischen Frage“.
- Neue lange Welle kapitalistischer Modernisierung, Dritte industrielle Revolution

3.5 „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung“

Kurzbeschreibung und Krisensicht

Dieser Diskurs verbindet Konzepte, die in der nationalen und internationalen Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen sowie im Marktversagen und in Regulierungsdefiziten des „entfesselten“ Kapitalismus das Kernproblem sehen. Sie werden maßgeblich vertreten in den Gewerkschaften, den Parteien links der Mitte, der sich in keynesianisch und/oder marxistischer (teilweise auch feministischer) Tradition verstehenden Wirtschafts- und Sozialwissenschaft.

Die Krisensicht konzentriert sich daher vor allem auf die Transformation des früheren stärker regulierten (oder auch „rheinischen“) Kapitalismus hin zu einem wirtschaftsliberalen, durch Finanzmärkte bestimmten Kapitalismus. In diesem Diskurs ist die wesentliche Interessenperspektive die der Arbeitnehmer/innen oder auch der gesellschaftlichen Mehrheit, die wiederum verknüpft wird mit einer Vorstellung von gesamtwirtschaftlicher Vernunft in Abgrenzung gegenüber wirtschaftsliberalen Sichtweisen und ihrer einzelwirtschaftlichen Rationalität.

Im Fokus der Kritik stehen daher der „Neoliberalismus“ bzw. seit einigen Jahren der „Finanz(markt)kapitalismus“ und die ihn stützenden Akteure:

- erstens wirtschaftliche Akteure (v.a. aus dem Finanzsektor) und die wirtschaftsnahen Lobbyisten,
- zweitens aber auch „die Politik“, deren Verantwortung für die Deregulierung und Liberalisierung der Märkte thematisiert wird und,
- drittens der wirtschaftswissenschaftliche Mainstream und sein Menschenbild des homo oeconomicus, dem eine Mit-Verantwortung an einem vermeintlich „falschen“ Denken zugewiesen wird.

In diesem Diskurs ist das konzeptionelle Spektrum recht breit und reicht von Ansätzen, die im Kern auf eine (post-)keynesianische Stabilisierung der Ökonomie im Sinne eines „guten Kapitalismus“[47] abzielen bis hin zu dezidiert kapitalismuskritischen, feministischen und transformativen Vorstellungen, die wiederum in den Diskurs „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum“ übergehen bzw. erhebliche Schnittmengen mit ihm teilen. In der gegenwärtigen Krisensituation treten diese – früher sehr kontrovers ausgetragenen - Differenzen in den Hintergrund. Einigkeit besteht u.a.

- in der grundsätzlichen Kritik am Finanzkapitalismus,
- in der Einsicht, dass das kapitalistische Marktwirtschaften krisenhaft sind und einer makroökonomischen (konjunkturpolitischen) Steuerung durch Fiskal- und Geldpolitik bedürfen,
- in der normativen und ökonomischen Kritik an der Ungerechtigkeit der gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensverteilung sowie der Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen,
- in der positiven Bewertung eines starken steuerfinanzierten öffentlichen Sektors sowie solidarischer sozialer Sicherungssysteme,

[47] Dullien, Herr, Kellermann 2009

- in der Orientierung auf eine stärkere gemeinsame makroökonomische Regulierung auf europäischer Ebene (etwa im Sinne einer „Wirtschaftsregierung"),
- in der Bewertung der gegenwärtigen Euro-Krise als einer Folge der Finanzkrise und ökonomischer Ungleichgewichte, die nur durch kooperative und solidarische Lösungen zu bewältigen ist.

Im Gegensatz zu allen vorgenannten Diskursen bezieht dieser Diskurs deutlich stärker die Interessenperspektive von Frauen aber auch die globale Dimension mit ein. Um Gleichstellung und internationale Gerechtigkeit erreichen zu können, werden staatliche und supranationale Regeln für Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkte für erforderlich gehalten. Die Europäische Union als reines Binnenmarktprojekt wird kritisch gesehen, sie solle sich zu einer Sozial- und Wirtschaftsunion wandeln.

Gestützt wird dieser Diskurs nicht zuletzt maßgeblich durch die Institutionen und Gerechtigkeitsversprechen des Sozialstaates sowie die rechtliche Verankerung der Mitbestimmung von Arbeitnehmer/innen.

Zentrales Versprechen

Das zentrale Versprechen dieses Diskurses könnte man wie folgt zusammenfassen:
„Wohlstand für alle ist möglich. Aber dafür brauchen wir das Primat demokratischer Politik über die Märkte, einen starken Staat und gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen."

Exemplarische Aussagen / Zitate

„Die Krise kann nicht von heute auf morgen überwunden werden, dazu ist sie zu tief und zu komplex. Wir befinden uns in einer Dreifach-Krise: Finanzmarkt-, Konjunktur- und Strukturkrise verstärken sich gegenseitig. Hinzu kommt eine tiefe Vertrauenskrise in die wirtschaftlichen und politischen Strukturen und Entscheidungsträger" (IG Metall, 2009)

„Der Begriff ´Soziales Wachstum´ soll ein Wachstumsmodell beschreiben, dass möglichst allen Menschen auf der Angebotsseite eine Möglichkeit zur guten Arbeit und auf der Nachfrageseite eine Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand bietet. Soziales Wachstum ist damit das Gegenteil der kapitalistischen Krise, die gleichzeitig Arbeitsplätze vernichtet und Wohlstandsverzichte einfordert" (Friedrich-Ebert-Stiftung, 2010)

„Das Dogma ´mehr Markt statt mehr Staat´ ist nun nachhaltig erschüttert. Die neoliberale Politik konnte ihre Versprechungen bezogen auf mehr Wohlfahrt und Freiheit für alle nicht einhalten. Vielmehr haben angebotsorientierte und neoliberale (Politik)muster wie auch die Verharmlosung und Falschdeutung der Krisenerscheinungen das Gegenteil der Versprechungen beschert…Die soziale Marktwirtschaft mit ihren Kernelementen Tarifautonomie, Mitbestimmung und Betriebsverfassung, das Solidarprinzip und der durch soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit definierte Sozialstaat bilden die Grundpfeiler für eine gerechte Gesellschaft." („Umdenken-Gegenlenken-Die Krise überwinden-Gesellschaftspolitische Positionen der Gewerkschaften", Beschluss des DGB-Bundeskongresses, Mai 2010)

„Der Staat hat viele Jahre wirtschaftspolitischer Demutshaltung gegenüber dem Markt hinter sich, in denen seine hauptsächlichen wirtschaftspolitischen Aktivitäten aus Steuersenkungen, Um- und Abbau des Sozialsystems, Deregulierung und konjunkturpolitischer Enthaltsamkeit bestanden. Er muss nun eine neue, aktivere Rolle finden, an dem sich die Akteure orientieren können." (Gustav Horn 2011, S. 253)

„Die eigentliche Profilbildung in der Europapolitik muss doch in der Krisenlösung bestehen. In dem Bild, das wir von einem künftigen Europa haben. Ein Europa der guten Arbeit und der fairen Löhne statt Lohn- und Sozialdumpings; ein Europa für die Menschen statt nur einen Binnenmarkt für die Wirtschaft; ein Europa mit Perspektiven für die Jugend statt steigender Jugendarbeitslosigkeit; ein Europa mit mehr Integration, ein Europa mit demokratischen Strukturen und Klarheit darüber, was Europas Aufgaben und was die Aufgaben seiner Mitgliedsstaaten sein soll." (Rede Sigmar Gabriel beim SPD-Parteikonvent, Juni 2012)

„Dieser hegemoniale Politik-Medien-Komplex trägt zusammen mit einer gefährlich blauäugigen Beratungsökonomie maßgeblich die Verantwortung für die Verbreitung der neoliberalen Botschaft und damit auch für die in der Krise ausgebrochenen schweren Belastungen der Wirtschaft und Gesellschaft." (Rudolf Hickel 2012, S. 216)

„Die Regierungen sollten in schlechten Zeiten die Staatsausgaben nicht senken, sondern erhöhen. Das Haushaltsdefizit muss nicht einmal größer werden, wenn gleichzeitig die Steuern steigen. Dann kann die Wirtschaft um ein Vielfaches des eingesetzten Geldes wachsen." (Joseph Stiglitz, Interview in der „Süddeutschen Zeitung" vom 11. April 2012)

„Die Menschen werden erkennen, dass sie für Rettungspakete bezahlen sollen, die Banken sanieren, aber Sozialabbau in ungeahntem Ausmaß zur Folge haben. Nach diesen Rettungspaketen geht es den einfachen Menschen in Griechenland noch schlechter." (Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei „Die Linke", Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 16. Juni 2012)

„Diese sich selbst verstärkende Destabilisierung ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass die Krisenbewältigungsstrategien nicht über die Schwelle einer Vertiefung der Europäischen Institutionen hinausgegangen sind. Die Tatsache, dass sich die Krise in den Jahren kopflos inkrementalistischer Behandlungsversuche nur verschärft hat, macht den Mangel an politischer Gestaltungskraft offensichtlich... Eine Souveränitätsübertragung auf Europäische Institutionen ist dafür jedoch unvermeidlich, um Fiskaldisziplin wirksam durchzusetzen und zudem ein stabiles Finanzsystem zu garantieren. Zugleich bedarf es einer stärkeren Koordinierung von Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken der Mitgliedländer mit dem Ziel, die strukturellen Ungleichgewichte im gemeinsamen Währungsraum auszugleichen." (Peter Bofinger, Jürgen Habermas, Julian Nida-Rümelin, „Einspruch gegen die Fassadendemokratie", in: FAZ vom 3. August 2012)

Diskursiver Raum

Wesentliche, mit dem zentralen Versprechen verknüpfte Elemente und ihre Gegenpole sind:

- Gerechte Verteilung vs. Reichtumskonzentration und Armut
- Regulierte Märkte vs. Deregulierte Märkte
- Gesamtwirtschaftliches Denken vs. Einzelwirtschaftliches Denken
- Gute Arbeit vs. Prekarisierung und Ausbeutung
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht vs. Nationalstaatlicher Standortegoismus
- Öffentliche Güter vs. Privatisierung
- Starker Staat vs. Schwacher Staat
- Soziales Europa vs. Europa als Binnenmarkt, Markteuropa

Der Knotenpunkt des diskursiven Außen ist der „Neoliberalismus" als Wirtschafts-, Gesellschafts- und Politikmodell.

Narrative und normative Basis

Normativ baut dieser Diskurs vor allem auf den Werten der (Verteilungs-)Gerechtigkeit und der Solidarität auf, in besonderer Weise bei den politischen Akteuren, vielfach aber auch in wissenschaftlichen Texten.

Es sind im Wesentlichen wohl vier narrative Stränge, an die der Diskurs immer wieder anknüpft.

- In den Gewerkschaften (z.T. auch Parteien) spielen zum einen die Errungenschaften, Symbole und Kämpfe der Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle. Dementsprechend ist der Diskurs auch stark beeinflusst durch die Gegenüberstellung von antagonistischen Interessen entlang des (Klassen-) Gegensatzes von Kapital und Arbeit, aber auch durch die sozialpartnerschaftliche Tradition Deutschlands.

- Zum anderen findet auch in diesem Diskurs eine (allerdings nicht unumstrittene) Bezugnahme auf die „Soziale Marktwirtschaft" statt, aber hier eher mit dem Fokus auf die wohlfahrtsstaatlich-keynesianische Tradition des „goldenen Zeitalters" und die sozial-liberale Koalition ab 1969. Die wohlfahrtsstaatlich regulierte Prosperitätsphase nach dem zweiten Weltkrieg wird hier narrativ mit einer gesellschaftspolitischen Aufbruchsstimmung unter Führung der sozialdemokratischen Partei und der Kanzlerschaft Willy Brandts verknüpft.
- Der dritte Strang sind die „progressiven" Strömungen christlicher Gerechtigkeitsvorstellungen wie der katholischen Soziallehre.
- Viertens knüpft er an der (etwas verschütteten) internationalistischen Tradition der politischen Linken an und plädiert für eine Überwindung rein nationaler Sichtweisen u.a. im Sinne eines „Sozialen Europa" aber auch einer gerechten Weltwirtschaftsordnung,

Seine Stärke liegt in einer sehr klaren normativen und auf das gesellschaftliche „Ganze" ausgerichteten Sichtweise; diese wiederum bleibt jedoch oft abstrakt. Dort wo der Diskurs auf makroökonomische Erklärungen zurückgreift, ist er sehr voraussetzungsvoll und muss mit Diskursen (z.B. „Marktfreiheit und schlanker Staat") konkurrieren, die sehr einfache Erklärungen auf Basis des Alltagsverstandes („die sparsame schwäbische Hausfrau") anbieten.

Kohärenz und gesellschaftliche Verankerung

Bei aller Einigkeit in der sehr grundsätzlichen gemeinsamen Kritik am gegenwärtigen (Finanz-)Kapitalismus und der Befürwortung von sozialer Regulierung, Guter Arbeit, einer höheren Staatsquote und öffentlichen Gütern, gibt es doch einige Differenzen auch grundsätzlichen Charakters, z.B. hinsichtlich

- Der Frage, ob der Kapitalismus „zivilisiert" werden kann oder transformativ überwunden werden muss,
- ob und inwieweit eine Regulierung noch auf nationalstaatlicher Ebene möglich ist,
- der Bedeutung und Reichweite, die das Konzept einer erneuerten Wirtschaftsdemokratie hat,
- der Bedeutung einer Infragestellung der gegenwärtigen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern.

Als maßgebliche Subjekte, die auf eine Einlösung des zentralen Versprechens hinwirken adressiert dieser Diskurs stärker als alle anderen den ökonomisch regulierenden Staat, aber auch die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerschaft.

Ein wesentliche gesellschaftliche Basis hat dieser Diskurs dementsprechend auch in der organisierten Arbeitnehmerschaft. Er strahlt aber mit seinen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Gute Arbeit in weite Bereiche der Gesellschaft aus.

Übersicht: „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung“

Wichtige Akteure und Vertreter/innen: Gewerkschaften, SPD, Teile der Grünen, Sozialverbände, NGOs, keynesianisch und /oder kapitalismuskritisch orientierte Teile der Wissenschaft

Diskursives Außen

- Europa als Binnenmarkt
- Deregulierung
- Male-Breadwinner-Modell
- Finanzkapitalismus = Gesellschaftliche Spaltung und wirtschaftliche Destabilisierung
- Privatisierung
- Sozialabbau
- Austeritätspolitik
- Marktgläubigkeit
- Prekarisierung von Arbeit
- Armut und soziale Spaltung
- Einzelwirtschaftliches Denken

Neoliberalismus

Soziale Regulierung und gerechte Verteilung

- Gesamtwirtschaftliches Denken
- Aktive Konjunkturpolitik; Fiskal- und Geldpolitik
- Gute Arbeit und gerechte Löhne
- Gerechtere (höhere) Besteuerung von hohen (Kapital-) Einkommen und Vermögen
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht
- Gleichstellung, Geschlechtergerechtigkeit
- Öffentliche Güter; Soziales Wachstum von öffentlichen Dienstleistungen
- Gerechte Verteilung = Stabiles Wachstum, Beschäftigung und bessere Gesellschaft
- Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie
- Europäische Wirtschafts- und Sozialunion
- Regulierung der (Finanz-)Märkte und globale Wirtschaftsregulierung

Diskursives Innen

Schlüsselbegriffe

- Soziale Gerechtigkeit
- Sozialstaat, (Handlungsfähiger) Staat
- Primat der Politik
- Soziales Europa
- Wirtschaftsdemokratie

Diskursstützende Institutionen und Strukturen

- Sozialstaat, öffentlicher Sektor
- Mitbestimmung, Tarifautonomie

Narrative, Werte, Zukunftsversprechen

- „Wohlstand für alle ist möglich. Aber dafür brauchen wir das Primat demokratischer Politik über die Märkte, einen starken Staat und gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen.“
- Soziale Gerechtigkeit und sozialstaatliche organisierte Solidarität als Leitwerte
- Arbeiterbewegungsnarrativ
- Rückbezug auf das „goldene Zeitalter“ des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus

3.6 „Maßvoller Wohlstand"

Kurzbeschreibung und Krisensicht

Dieser Diskurs spiegelt den (wert-)konservativen Strang der Wachstumskritik wider, wie er derzeit am prominentesten von Meinhard Miegel vertreten wird.[48] Wichtige Träger findet man weniger im parteipolitischen Raum, sondern wohl eher in ökologisch-konservativ orientierten Teilen des Bürgertums, der Kirchen, der Umweltverbände und der Unternehmerschaft.

Die Krisensicht sieht in der Finanzkrise (die auch als Staatsschuldenkrise gedeutet wird), vor allem aber in der ökologischen Krise eine Bestätigung dafür, dass das gegenwärtige Wirtschaftsmodell nicht zukunftsfähig ist. Diagnostiziert wird eine gesellschaftliche „Blindheit" für (häufig düster gezeichnete) Entwicklungen wie Verschuldung, demographischen Wandel und ökologische Krisen.

All diese Probleme sind diesem Diskurs zufolge nur zu bewältigen, wenn mit dem „Wachstumswahn" und dem Streben nach immer mehr materiellem Wohlstand gebrochen werde. Das Streben nach Wachstum sei verbunden mit einer Art „Wohlstandsfiktion".

Im Zentrum dieses Diskurses steht ein „konservativer Postmaterialismus", der seine Gesellschaftskritik aus der Perspektive eines sich als verantwortungsbewusst verstehenden Bürgertums formuliert und dabei soziale Unterschiede weitgehend ausblendet:

- Wachsende Materielle Bedürfnisse und Forderungen werden unterschiedslos einer Kritik unterzogen, unabhängig davon, ob es sich um Lohnforderungen vom Arbeitnehmern oder die „Gier" der Manager handelt.
- Auch der Sozialstaat und dessen Mittelbedarf wird als Wachstumstreiber gesehen und daher kritisch hinterfragt.

Die Kritik trifft insofern sowohl die Protagonisten eines wachstumsfixierten Wirtschaftsliberalismus, als auch die Gewerkschaften, da beide als Interessengruppen angesehen werden, die einem nicht zukunftsfähigen industriellen Wachstumsmodell anhängen würden.

Ähnlich wie der Diskurs „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung" appelliert dieser Diskurs an bürgerliche Tugenden und bürgergesellschaftliche Eigenverantwortung. Staatliche Regulierungen lehnt er nicht ab, will diese aber auf ein Mindestmaß reduzieren.

An die Stelle von Wachstum und Materialismus müssten andere Maßstäbe für Wohlstand treten. Bezug genommen wird hier u.a. auf die so genannte „Glücksforschung", derzufolge ein Zuwachs an materiellen Wohlstand nicht zu mehr Lebenszufriedenheit führe. Auch werden andere Indikatoren für Wohlstand jenseits des BIP gefordert. Die Bedeutung von materiellen Wohlstand und Einkommen wird keineswegs negiert, aber relativiert. Die Gesellschaft müsse sich auf ein „Weniger" einrichten und neue Maßstäbe und Werte entwickeln. Dabei sei es nötig, das menschliche Bedürfnis nach Anerkennung von materiellen Leistungsanreizen zu entkoppeln. In Zukunft müsse es mehr um „Lebenssinn" gehen.

[48] Miegel 2010

Der Diskurs operiert mit einer Metaphorik der Krankheit und Abhängigkeit. Das Streben nach Wachstum wird als „Droge", als „Rausch" oder auch als „Sucht" gesehen. Umgekehrt wird der Ausstieg aus dem Wachstumsdrang verknüpft mit bürgerlichen Tugenden der Vernunft, der Verantwortung und des Maßhaltens.

Bei aller Kritik an einem auf Wachstum programmierten und angewiesenen Kapitalismus wird jedoch keineswegs die marktwirtschaftliche Ordnung oder die aus ihrer Logik resultierende Ungleichheit infrage gestellt. Im Gegenteil: Aus dem im Prinzip skeptischen Menschenbild wird die Alternativlosigkeit einer auf Konkurrenz und Egoismus basierenden Marktordnung abgeleitet. Die Möglichkeit einer egalitären Gesellschaft wird bestritten. Dementsprechend zielen die Forderungen auch eher darauf ab, soziale Unterschiede im Rahmen einer nachhaltigen Ökonomie zu zementieren:

- Während der Umweltverbrauch zu verteuern ist, soll (Dienstleistungs-)Arbeit billiger werden, um Tätigkeiten stärker in den weniger ressourcenintensiven Bereich zu verlagern.
- Da die Finanzierung des Sozialstaates auf Wachstum basiert, müsse dieser auf eine Basisabsicherung zurückgeführt werden.

Zentrales Versprechen

Das zentrale Versprechen dieses Diskurses könnte man wie folgt zusammenfassen: „Mehr Lebensglück ist möglich, wenn wir unsere Maßstäbe verändern und mit dem Wachstumswahn brechen."

Exemplarische Aussagen / Zitate

„Unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts werden sich viele Menschen damit abfinden müssen, für ihre Leistungen nicht in gewohntem Umfang materiell entlohnt zu werden" (Meinhard Miegel 2010, S. 184)

„Den Kurs zu wechseln, heißt nämlich nicht zuletzt, den auf Materielles verengten Wohlstandsbegriff der Moderne um immaterielle Dimensionen wie lebendige zwischenmenschliche Beziehungen, Fürsorge für andere, Freude an Kunst und Natur und anderem mehr zu erweitern" (Meinhard Miegel, „Weniger Wachstum wagen", Der Tagesspiegel vom 17.08.2011)

„Materieller Wohlstand mag hilfreich sein, für das Lebensglück entscheidend ist er nicht. Infolgedessen ist beides unklug, für den Nichtreichen den Reichen zu beneiden und für den Reichen, sich für glücklicher zu halten. ... Die Bürgergesellschaft wendet sich gegen den Staat, der die Bürger zu gängeln neigt und dabei seine Legitimation überdehnt, der sich überdies vorhersehbar überfordert." (Ottfried Höffe, 2009)

„Es muss ein moralisches Prinzip unseres gesellschaftlichen und politischen Verhaltens und Handelns geben, dass wir jetzt so leben und so entscheiden, damit unsere Nachkommen nach heutigem Erkenntnisstand nicht weniger Lebenschancen haben als wir heute...Dies gilt mit Blick auf die Überlastung der natürlichen Umwelt trotz aller Fortschritte im Umweltschutz gerade im eigenen Land. Es gilt ebenso für das Sozialsystem, für den Generationenvertrag in der Rentenversicherung, für die zulässige Höhe der Staatsverschuldung als Belastung für due Zukunft. Woher sollen wir aber die Kraft zu Selbstbeschränkung nehmen? Christlich gesprochen ist hier ein moderne Askese notwendig, und zwar nicht im Sinne einer Selbstgeißelung, einer Bußbewegung, eines Ventils für das schlechte Gewissen von Wohlstandsbürgern, sondern als Prinzip der Selbstbeschränkung, wo es um Chancen und Rechte der Nachkommen geht". (Alois Glück 2006, S. 39)

„Wir werden nicht einfach glücklicher, indem wir einfach mehr produzieren und mehr verdienen...Ein ordentliches Einkommen ist auch heute förderlich für das Lebensglück, ebenso intakte familiäre Beziehungen sowie bestimmte innere Persönlichkeitsmerkmale. Umgekehrt schlagen sich Arbeitslosigkeit, eine schwere Krankheit oder der Tod eines nahestehenden Menschen schwer auf die Lebenszufriedenheit nieder." (Köcher, Raffelhüschen 2011, S. 9)

„Das grenzenlose Profitstreben, für das es keinen automatischen Haltepunkt gibt, die Erzeugung immer neuer Bedürfnisse in der Konsumgesellschaft und der Raubbau an den auf der Erde verfügbaren natürlichen Ressourcen, sie alle führen zu Zuständen, die für das menschliche Wohlergehen und sogar für das menschliche Überleben bedrohlich sind. …Wir brauchen Grenzen, wollen sie aber in der Regel nicht anerkennen. Und sowenig wir Grenzen im Allgemeinen anerkennen wollen, sowenig liegt es in unserer Natur, anzuerkennen, dass es etwas Höheres als uns gibt. Da scheint mir das eigentliche Problem zu liegen. Es liegt offenbar in der menschlichen Natur, sich immer wieder auf das Experiment einzulassen, ob wir nicht ohne Grenzen zurechtkommen, auch wenn die Folgen dieser Versuche immer wieder dieselben sind." (Wolfgang Schäuble, in: Christ & Welt, 51/2011).

Diskursiver Raum

Wesentliche, mit dem zentralen Versprechen verknüpfte Elemente und ihre Gegenpole sind:

- Wohlstand vs. Wachstum
- Lebenssinn vs. Materialismus
- Maßhalten vs. Steigerungsdenken

Das diskursive Außen dieses Diskurses ist der „Wachstumswahn" und alles, was diesen vorantreibt.

Narrative und normative Basis

In narrativer Hinsicht hat dieser Diskurs nicht den einen starken Bezugspunkt, knüpft aber an verschiedene Traditionen und Stränge an. Am ehesten lässt er sich wohl als einer Verbindung von christlicher Ethik, konservativer Kulturkritik, bürgerlichem Tugenddiskurs und ggf. auch naturverbundener (deutscher) Romantik begreifen.

Kohärenz und gesellschaftliche Verankerung

Da diesem Diskurs wenig wirklich ausgearbeitete Konzepte und Programme zugrunde liegen, macht es wenig Sinn, inneren Differenzen und Widersprüchen nachzuspüren. Vermutlich ist dieser Diskurs auch eher mit einer „Haltung" verbunden, als einer klaren Programmatik.

Als maßgebliches Subjekt, das auf eine Einlösung des zentralen Versprechens hinwirkt, adressiert dieser Diskurs eine ökologisch bewusste „Verantwortungselite".

Seine Anziehungskraft dürfte dieser Diskurs vor allem auf ein eher konservatives ggf. auch „schwarz-grünes" Bürgertum ausüben, das die bestehende gesellschaftliche Ordnung im Großen und Ganzen akzeptiert, aber dennoch weiß oder ahnt, dass es „so nicht weitergehen kann."

Übersicht: „Maßvoller Wohlstand“

Wichtige Akteure und Vertreter/innen: Ökologisch und nachhaltig orientierte (Wert-)Konservative, derart ausgerichtete Think Tanks, Teile der Kirchen und Umweltbewegung

Diskursives Außen

Stress, Überforderung

Umverteilungsdenken

„überbordender Optimismus“

Expansionsdrang

Materialismus, Identität durch Konsum

„Hemmungslose Verschuldung“

„Wachstumswahn“

Maßvoller Wohlstand

Gemeinsinn

Alternative Wohlstandmessung

Mehr soziale Dienstleistungen durch Senkung der Arbeitskosten

Immaterieller Wohlstand, Lebensglück, Lebensinn

Reduzierung Sozialausgaben, steuerfinanzierte Grundversorgung

Diskursives Innen

Schlüsselbegriffe:

- Maßhalten
- Lebensglück
- Verantwortung und Gemeinsinn

Diskursstützende Institutionen und Strukturen

- ---

Narrative, Werte, Zukunftsversprechen:

- „Mehr Lebensglück ist möglich, wenn wir unsere Maßstäbe verändern und mit dem Wachstumswahn brechen“.
- Christliche Ethik und bürgerliche Verantwortung als Leitmaßstäbe für mehr „Lebenssinn“

3.7 „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum"

Kurzbeschreibung und Krisensicht

Dieser Diskurs verbindet (politisch in der Regel links orientierte) Ansätze, die das gegenwärtige kapitalistische Modell grundlegend problematisieren und es zum Teil auch überwinden wollen. Im Gegensatz zu seinem konservativen wachstumskritischen Gegenspieler ist dieses Konzept deutlich basisdemokratischer, egalitärer und stellt nicht nur den Wachstumszwang infrage, sondern geht „tiefer". Getragen wird der Diskurs von einem recht bunt gefächerten Spektrum aus Teilen der Grünen, der Umweltverbände und Kirchen über globalisierungskritische NGOs bis zur wachstums- und kapitalismuskritischen Wissenschaft.

Da viele Akteure in diesem Spektrum eine hohe „Theorieneigung" aufweisen und sich die formulierten Konzepte analytisch und programmatisch durchaus stark unterscheiden,[49] könnte zu Recht kritisiert werden, diese in einem Ansatz zu bündeln. Doch es besteht auf der Diskursebene durchaus ein erheblicher Vorrat an Gemeinsamkeiten, die durch eine differenzierte Darstellung aus dem Blick geraten würden.

Die Krisensicht ist in diesem Diskurs die mit Abstand umfassendste. Die Rede ist von einer Mehrfachkrise der Ökonomie, der Ökologie, der Gesellschaft und der Demokratie (im globalen Maßstab) oder auch einer „Metakrise", deren Lösung wiederum nicht in einzelnen Reformen gesehen wird, sondern einer grundsätzlichen Neuorientierung.

Der zentrale Ausgangspunkt sind die ökologischen Grenzen des Wachstums, die Endlichkeit der Ressourcen, die begrenzte Aufnahmefähigkeit der Senken und die Einsicht, dass das vorherrschende Wirtschaftsmodell nicht für eine wachsende Weltbevölkerung verallgemeinerbar ist. Darüber hinaus wird diese Sichtweise stärker als in allen anderen dargestellten Diskursen mit einer Kritik an verschiedenen Herrschaftsverhältnissen verknüpft:

- der patriarchalen Verfasstheit der Gesellschaft,
- der gesellschaftlichen Spaltung in Reich und Arm,
- der demokratischen Spaltung der Gesellschaft in Herrschende und Beherrschte,
- der Fremdbestimmung in der Lohnarbeit,
- der Dominanz des entwickelten „Nordens" über den weniger entwickelten „Süden",
- der Ausbeutung der Natur durch den Menschen.

Im klaren Gegensatz zum Diskurs „Grünes Wachstum" formuliert dieser Diskurs erhebliche Zweifel, ob die Bewältigung der ökologischen Herausforderung im gegenwärtigen Wirtschaftssystem möglich ist.

- Zum einen wird der Wachstumszwang als ein Problem gesehen, das der Logik des Kapitalismus an sich entspringt.
- Zum anderen wird kritisch diskutiert, ob eine nachhaltige Wirtschaft mit dem eher Ansatz einer ökologischen Effizienzsteigerung oder eine relativen Entkopplung von Wachstum und

[49] vgl. hierzu Adler/Schatzschneider 2010

Ressourceneinsatz möglich ist, da so genannte Rebound-Effekte (Einsparungen führen zu höherem Konsum) die Folge sind.

Als nicht zukunftsfähig wird eine Gesellschaft angesehen, die durch Konsumismus und Individualismus geprägt sei. An Stelle des im BIP gemessenen Wachstums sollen andere Maßstäbe für Wohlstand treten. Wie auch der Diskurs „Maßvoller Wohlstand" wird der abnehmende Grenznutzen materieller Güter betont bzw. dass ein Zuwachs an materiellem Wohlstand keinen Glückszuwachs ermögliche. Zugleich wird jedoch in gesellschaftlichen Unterschieden ein wesentlicher Treiber für Status- und Luxuskonsum gesehen. In diesem Diskurs kann „Gutes Leben" bzw. eine glückliche und nachhaltig lebende Gesellschaft daher nur unter der Voraussetzung einer größeren sozialen Gleichheit entstehen.[50] Es gehe daher nicht um ein „Mehr", sehr wohl aber um eine gerechtere Verteilung.

Die Forderungen zielen dementsprechend auf zumindest eine grundlegende Transformation des gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsmodells einschließlich seiner sozio-kulturellen Grundlagen ab:

- An die Stelle einer beschleunigten Globalisierung, die auch als „Fremdversorgung" und Wachstumstreiber angesehen wird, soll eine größere regionale Autarkie bzw. Subsistenz treten.
- Mehr Effizienz wird begrüßt, allerdings sei für eine nachhaltige Wirtschaftsweise auch eine Orientierung am Prinzip der Suffizienz erforderlich.
- Nötig sei mehr „entmaterialisiertes" und sinnvolles Arbeiten in dezentralen Einheiten. Lohnarbeit solle an Bedeutung gegenüber anderen Formen der Arbeit verlieren.

Aufgrund seiner Ursprünge und Verwurzelung in den Neuen Sozialen Bewegungen und gesellschaftlichen Alternativmilieus ist dieser Diskurs geprägt durch zumindest eine Skepsis gegenüber staatlicher Bürokratie (auch als Herrschaftsapparat) und setzt auf gesellschaftliche Selbstorganisation. Eine große Hoffnung wird darauf gesetzt, einen alternativen Sektor der sozialen und solidarischen Ökonomie zu stärken, vom dem wiederum diskursive Wirkungen auf die Gesellschaft ausgehen sollen.

Auch sprachlich kann der Diskurs seine starke Prägung durch die frühere Milieus der „Alternativen" und nun der „Post-Materiellen" nicht verleugnen. Die eigenen Konzepte werden in klarer Abgrenzung zum Bestehenden meist als „anders" (wirtschaften, leben, arbeiten) oder „alternativ" charakterisiert. Es dominiert eine Semantik der Transformation, die auf ein wie auch immer geartetes „Anderes" verweist.

Zentrales Versprechen

Das zentrale Versprechen dieses Diskurses könnte man wie folgt zusammenfassen:
„Ein gutes Leben für alle Menschen auf der Welt ist nur möglich, wenn wir das gegenwärtige Wirtschafts- und Konsummodell überwinden."

[50] Vgl. Wilkinson, Picket 2009

Exemplarische Aussagen / Zitate

„Die ´Mutter aller Krisen´ ist das Produktions- und Konsummodell der kapitalistischen Metropolen. Es verlangt hohe Zuwachsraten der Produktivität, ist auf Massenproduktion und Massenkonsum ausgelegt und daher auch auf massenhaften Naturverbrauch von Rohstoffen, von fossiler Energie und von Landflächen." (Elmar Altvater, 2009, S. 176)

„Eine Postwachstumsökonomie zielt auf das Wechselspiel zweier Ansatzpunkte: eine Anpassung von Ansprüchen (Suffizienz) an die Möglichkeiten, welche sich aus eigenen Fähigkeiten oder den nahe gelegenen, nicht vermehrbaren Optionen und Ressourcen speisen (Subsistenz). Dies bedeutet eine neue Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung" (Niko Paech, 2011, S. 142)

„Was ´Märkte´ wollen darf nicht zum Leitbild für die Definition eines ´guten Lebens´ werden. Verzicht auf materielles Wachstum tut vielfach nicht nur der Umwelt gut, sondern auch den Menschen, die mehr als genug zum Leben haben. Mit einer ´Ethik des Genug´ wollen Theologie und Kirchen darauf aufmerksam machen. Gut leben´ heißt nicht nur ´viel haben´, sondern auch ´solidarisch leben´ und ´mitmenschlich teilen´. Einem nachhaltigen und menschenfreundlichen Wohlstandsmodell geht es um mehr als in Geld zu zahlen und in Geldwert zu messen ist: Es geht um Beziehungen und Kommunikation, um Sinn in unserer Arbeit, um die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben, um gute Begegnungen und um Zeit für das Feiern von Gemeinschaft." (Eröffnungsrede von Nikolaus Schneider, Vorsitzender des Rats der EKD beim „Transformationskongress", Juni 2012)

„Zukunftsfähigkeit bedeutet deshalb, schon heute vorsorgend Wege zu einer Wirtschaftsweise einzuschlagen, die allen Bürgern ein gedeihliches Leben sichert, ohne auf ständiges Wachstum angewiesen zu sein." (BUND, Brot für die Welt, EED, 2008, S. 91)

„Der Verlust der gemeinsamen Sache folgt unvermeidlich aus Wirtschaftsformen, die sich buchstäblich von der Privatisierung des Lebens ernähren. Für eine neue Form des Wohlstands brauchen wir eine neue Form der Wirtschaft...Das neue Wirtschaftsmodell ist weiterhin dringend auf Investitionen angewiesen, ihr Charakter wird sich jedoch ändern. Investitionen werden sich von ihrer herkömmlichen Rolle als Anreiz für Produktivitätswachstum hin zu ökologischer Transformation entwickeln: erhöhte Energie- und Ressourceneffizienz, erneuerbare und kohlenstoffarme Technologien und Infrastrukturen, öffentliche Güter, Klimaanpassung, ökologische Aufwertung" (Tim Jackson 2011, S. 195/197)

„Eine mögliche Erklärung für das Festhalten von Politik und Wirtschaft am Wirtschaftswachstum liegt darin, dass zentrale Gesellschafts-, Politik und Wirtschaftsbereiche sowie Institutionen in der Art, wie sie heute gestaltet sind, existenziell auf ständiges Wachstum angewiesen sind. Und gibt es erst einmal Institutionen, die auf Wachstum bauen, gibt es auch Interessen, die politisch auf dessen Erhalt hinwirken... In einer Postwachstumsgesellschaft, insbesondere während der Transformation, werden einzelne Bereiche wachsen, andere werden schrumpfen, so wie dies bei jeder Entwicklung und bei jedem Strukturwandel der Fall ist. Insgesamt aber ist eine Postwachstumsgesellschaft unabhängig von Wirtschaftswachstum, sie verfügt über einen volkswirtschaftlichen Ordnungsrahmen, der diese Unabhängigkeit sichert und eine entsprechende Gestaltung von Wachstums- wie Schrumpfungsprozessen ermöglicht." (Irmi Seidl und Angelika Zahrnt 2010, S. 23/34)

„Der Kapitalismus wird sozialen Bedürfnissen, ökonomischen Herausforderungen und ökologischen Lösungen nicht gerecht. Er orientiert Entscheidungen auf immer kürzere Zeithorizonte. ...Das Wachstum der vergangenen 250 Jahre basierte vor allem auf der Nutzung fossiler Energieträger, zunächst der Kohle und seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts von Erdöl und Erdgas. ..Es ist zu einer Krise der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, einer Krise der Reproduktion gekommen." (Grundsatzprogramm der Partei „Die Linke", 2012)

Diskursiver Raum

Wesentliche, mit dem zentralen Versprechen verknüpfte Elemente und ihre Gegenpole sind:

- Wohlstand vs. Materialismus, Überfluss
- Solidarische Ökonomie vs. Marktökonomie
- Öffentliche Güter und Gemeineigentum vs. Privateigentum
- Regionales Wirtschaft vs. Globaler Kapitalismus
- Suffizienz und Subsistenz vs. Wachstum

Das diskursive Außen hat in der Abgrenzung gegenüber dem gegenwärtigen Kapitalismus mit dem ihm innewohnenden Wachstumszwängen einen Knotenpunkt.

Narrative und normative Basis

Das normative Fundament dieses Diskurses ist ein komplexes und mehrdimensionales Verständnis von Gerechtigkeit, das Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit mit einschließt.

Narrativ und symbolisch sind es wohl am ehesten die Kämpfe und Erfolge der 1968er-Bewegung, der Neuen Sozialen Bewegungen (v.a. der Umwelt-, der Friedens- und der Frauenbewegung, aktuell auch der globalisierungskritischen Bewegung) in der jüngeren deutschen Geschichte sowie die Tradition alternativ- und solidarökonomischer Ansätze an die angeknüpft wird. Oft finden sich auch Bezüge auf internationale Befreiungsbewegungen und Alternativansätze v.a. in Lateinamerika.

Kohärenz und gesellschaftliche Verankerung

Wie bereits erwähnt, wird der Diskurs durch seine mehrdimensionale Krisensicht, seine komplexe normative Gerechtigkeitskonzeption, seine starke demokratische Emphase und seine grundlegende Infragestellung des gegenwärtigen Wirtschaftsmodells verbunden. Zugleich bestehen auf der politisch-konzeptionellen Ebene erhebliche Differenzen, die auch nicht ohne weiteres überbrückbar sind. Das Spannungsfeld besteht vor allem zwischen

- Konzepten einer sozial-ökologischen Transformation[51], die zwar den Technik- und Effizienzoptimismus sowie die standortpolitische Ausrichtung des Diskurses „Grünes Wachstum" nicht teilen, aber prinzipiell im Rahmen der Ordnung einer zwar global regulierten aber weiterhin kapitalistisch verfassten Marktwirtschaft verbleiben.
- Konzepten, die auf einen weitreichenden Systemumbau vor allem durch die Stärkung alternativökonomischer Projekte auf der lokalen und regionalen Ebene abzielen.

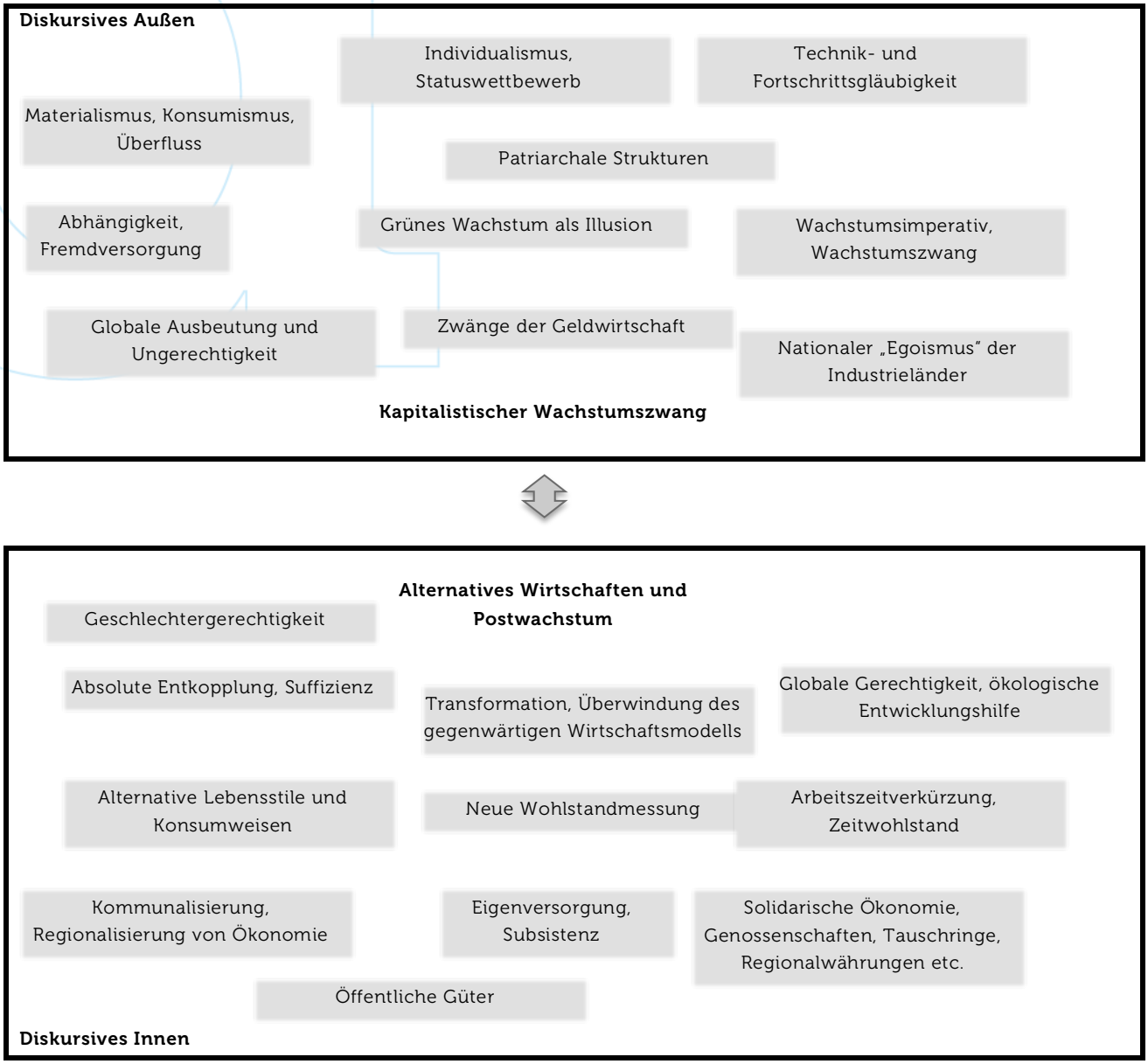
Als wesentliche Träger eines alternativen Modells werden Protogonisten alternativer Projekte, NGOs, Protestbewegungen aber auch Pioniere in der Wirtschaft gesehen, vor allem auch über den nationalen „Dunstkreis" hinaus.

Seine wesentliche Verankerung hat der Diskurs im Wesentlichen im Milieu der Sozialökologischen bzw. Postmateriellen.

[51] Siehe u.a. WGBU 2011

Übersicht: „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum“

Wichtige Akteure und Vertreter/innen: Teile der Grünen und der Neuen Sozialen Bewegungen sowie der globalisierungskritischen Bewegung, NGOs, Kirchen, Wissenschaft



Schlüsselbegriffe

- Postwachstum
- Peak Oil, Peak Everything, Grenzen des Wachstums
- Alternative / Solidarische Ökonomie

Diskursstützende Institutionen und Strukturen

- Alternativökonomische und gesellschaftliche Projekte als Nachweise eines besseren Wirtschaftens und Lebens
- Basisdemokratische Strukturen

Narrative, Werte, Zukunftsversprechen

- „Ein gutes Leben für alle Menschen auf der Welt ist nur möglich, wenn wir das gegenwärtige Wirtschafts- und Konsummodell überwinden.“
- Globale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit
- Erfolge der Neuen Sozialen Bewegungen, der globalisierungskritischen Bewegung und alternativer Bewegungen z.B. in Lateinamerika

4 Landkarte der Diskurse

Nachfolgend soll der Versuch unternommen werden, die sieben beschriebenen Diskurse in einem politischen Raum einzuordnen. Da es sich im wesentlichen um Diskurse über die Funktionsweise und gesellschaftliche Einbettung der Ökonomie handelt, bietet es sich an, als Basis einen zweidimensionalen Raum zu wählen, der von zwei Achsen aufgespannt wird.

Zum einen ist dies in der Horizontalen die klassische Achse Freier Markt vs. Marktregulierung, die im Wesentlichen deckungsgleich ist mit liberalen vs. sozialen Gerechtigkeitskonzepten.

Zum anderen knüpft die Achse in der Vertikalen (Wachstumsorientierung vs. Wachstumsskepsis) am kulturellen Cleavage Materialismus / Postmaterialismus an. In der Wachstumsfrage bündeln sich aber auch wesentliche Zukunfts- und Gerechtigkeitsfragenfragen unserer Ökonomie.

Wie in der Landkarte (Abbildung 1) zu sehen ist, stehen sich als extreme Pole in beiden Dimensionen die Diskurse „Marktfreiheit und schlanker Staat" einerseits „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum" andererseits diametral und auch politisch unversöhnlich gegenüber. Auch der Blick auf die jeweiligen diskursiven Räume zeigt, dass das diskursive Innen des einen Diskurses das diskursive Außen des anderen ist – und umgekehrt. Diese beiden Diskurse bilden die extremen Pole, zwischen denen das umkämpfte Feld aufgespannt ist.

Unterscheidet man nach politisch eher konservativen Diskursen oder politisch progressiven/linken Diskursen, bietet sich die horizontale Achse immer noch als der wesentliche Maßstab der Differenzierung an, da die klassischen politischen Lager am ehesten durch ihre jeweiligen Konzepte von Gerechtigkeit und Gleichheit zu unterscheiden sind.[52] Die Differenzierungslinie wird also entlang der Frage gezogen, ob gesellschaftliche Macht- und Verteilungsverhältnisse konserviert oder überwunden werden sollen.

Zu identifizieren ist einerseits ein konservatives Diskurslager, das dadurch definiert wird, dass die in diesem Bereich zu lokalisierenden Diskurse im Großen und Ganzen eine Rechtfertigung des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell beinhalten und die bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnisse nicht in Frage stellen. Eindeutig in diesem Lager befindet sich lediglich der Diskurs „Marktfreiheit und schlanker Staat". Aber auch die Diskurse „Marktwirtschaft und gesellschaftliche Verantwortung" sowie „Maßvoller Wohlstand" sind stark in diesem Lager verankert.

Ihm gegenüber steht ein progressiv-demokratisches Lager, das man auch als ein sozial-ökologisch-demokratisches Lager bezeichnen könnte. Die in diesem Bereich zu identifizierenden Diskurse sehen in den bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnissen – wenn auch in unterschiedlicher Weise – ein Hemmnis ihres jeweiligen zentralen Versprechens. Die Bezeichnung als progressiv-demokratisches Lager greift eine Anregung von Hönigsberger u.a. auf,[53] da die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft letztlich als eine Schlüsselfrage auch zur

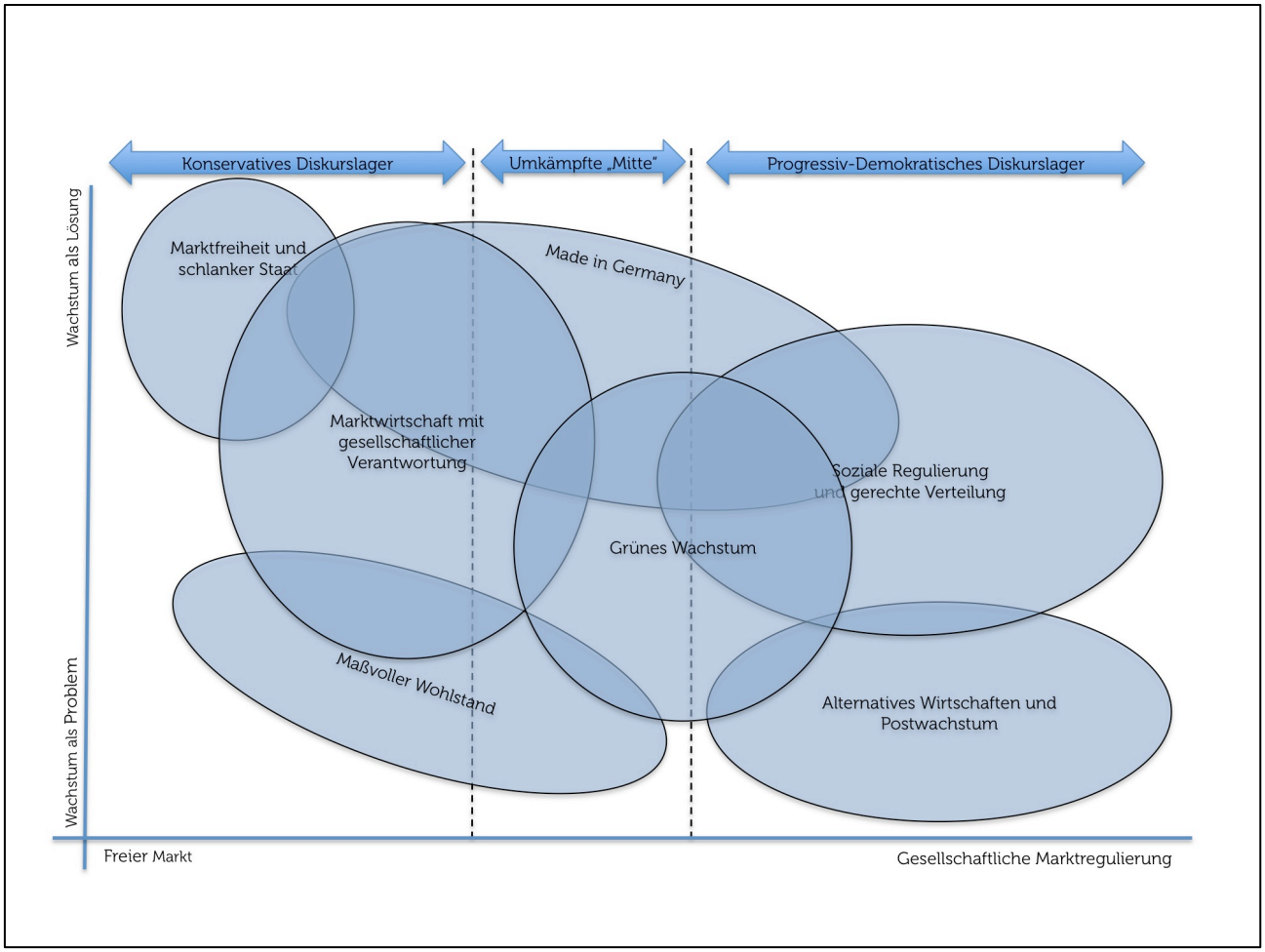
[52] Vgl. Bobbio 2006
[53] Hönigsberger, Osterberg, Kolbe 2010

Bewältigung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Krise gesehen wird. Diesem Lager können im Wesentlichen die Diskurse „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum“ und „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung“ zugeordnet werden. Der Diskurs „Grünes Wachstum“ ist zumindest zu großen Teilen in diesem Lager verankert.

Zwischen diesen Lagern steht eine umkämpfte Mitte, in der sich fünf der sieben aufgeführten Diskurse überschneiden. Diese umkämpfte Mitte scheint ein maßgeblicher Ort zu sein, an dem sich Hegemonie im Sinn einer „Meinungsführerschaft“ bestimmter Diskurse entscheidet. Hier überlagern sich verschiedene und auch (im politisch-programmatischen Sinne) widersprüchliche Deutungen.

Eines fällt dabei in besonderer Weise auf: Der Diskurs „Grünes Wachstum“ steht in dieser Darstellung im Zentrum. Er hat zudem die meisten Schnittstellen mit den anderen Diskursen. Lediglich mit dem Diskurs „Marktfreiheit und schlanker Staat“ weist er zumindest in dieser Darstellung keine Überschneidung auf. Vieles spricht dafür, dass der Diskurs „Grünes Wachstum“ derzeit in hohem Maße umkämpft ist und dass jede wirtschaftspolitische Diskursführerschaft darauf angewiesen ist, Elemente dieses Diskurses für sich zu gewinnen.

Abbildung 1: Diskurse und gesellschaftliche Lager



Versucht man in dieser Übersicht auch die programmatische Ausrichtung der derzeit im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien (bzw. Fraktionen) darzustellen, ergibt sich das folgende Bild (Abbildung 2):

Lediglich die Positionierung der FDP ist weitgehend deckungsgleich mit einem Diskurs („Marktfreiheit und schlanker Staat"). Alle anderen Parteien sind offenkundig darum bemüht, mehrere dieser Diskurse zu verbinden. Hier steht die politische Breitenwirkung in einem Spannungsverhältnis zur politisch-diskursiven Eindeutigkeit.

Die Union hat ihren Schwerpunkt im Diskurs „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung" und versucht diesen mit den Diskursen „Marktfreiheit und schlanker Staat", „Made in Germany", „Grünes Wachstum" und „Maßvoller Wohlstand" zu verknüpfen (siehe Abschnitt 6.2).

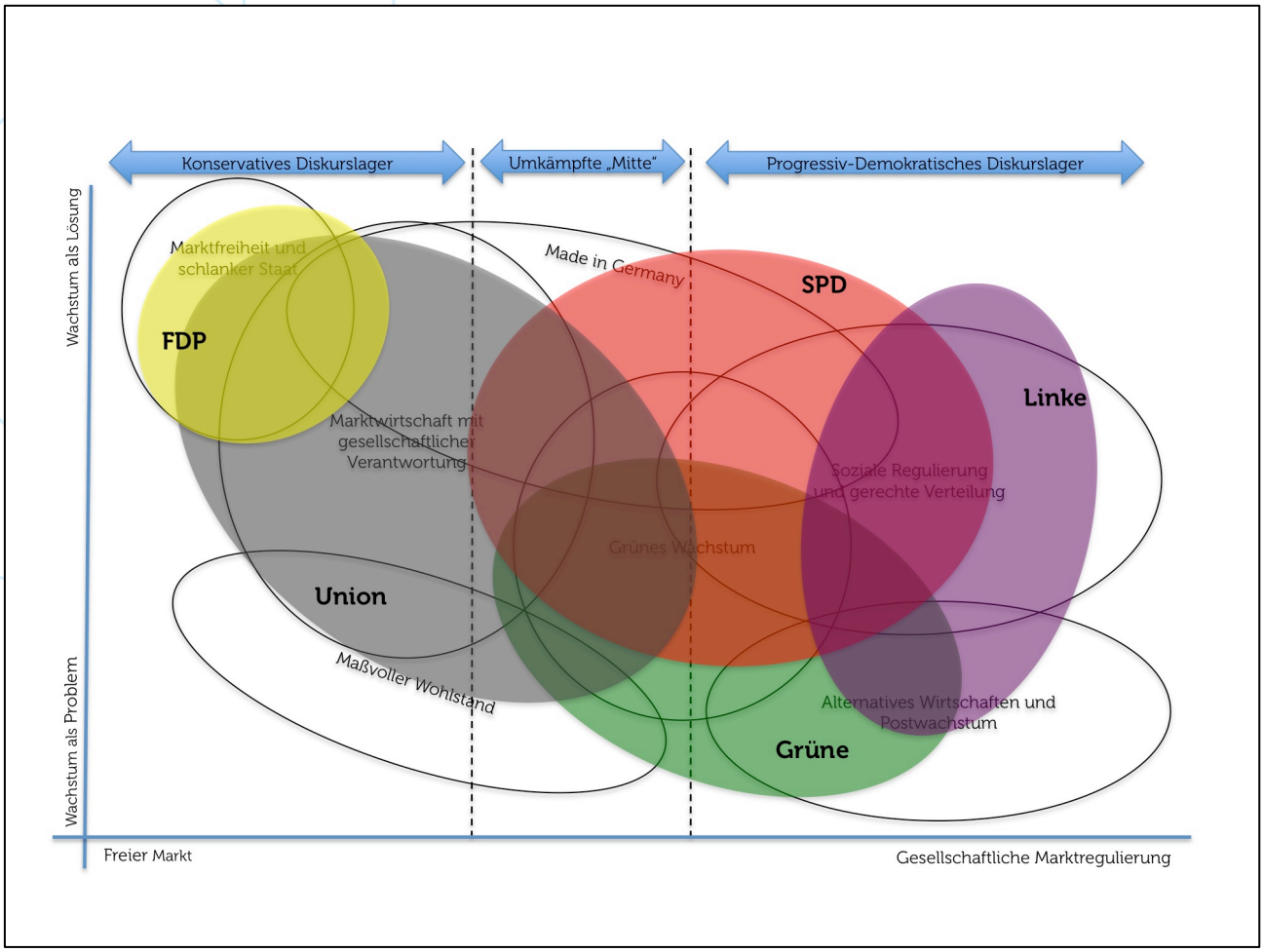
Die SPD wiederum deckt in besonderer Weise den „gemäßigten" Teil des Diskurses „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung" ab und verbindet diesen in ihrer Programmatik mit den Diskursen „Made in Germany", „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung" und dem „Grünen Wachstum". Zu den dezidiert wachstumskritischen Diskursen weist sie kaum Bezüge auf.

Die Grünen wiederum verbinden zwei der in besonderer Weise ökologisch geprägten Diskurse – das „Grüne Wachstum" und den Diskurs „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum", sie haben aber durchaus auch kleinere Bezüge zu anderen benachbarten Diskursen.

Ebenso im hier „progressiv-demokratisch" genannten Bereich ist die Partei Die Linke positioniert. Sie deckt den systemkritischeren Teil des Diskurses „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung" ab, hat aber auch einen Bezug zum Diskurs „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum".

Die Nicht-Berücksichtigung der Piratenpartei in dieser Darstellung ergibt sich im Übrigen nicht formal aus der Festlegung auf Bundestagsparteien. Derzeit ist eben (auch nach eigenen Erklärungen der Partei) keine hinreichende wirtschafts- und umweltpolitische Programmatik erkennbar, die eine Einordung zuließe.

Abbildung 2: Diskurse und politische Parteien



5 Unbehagen in einer gespaltenen Gesellschaft - „Blitzlichter“ aus der Sozial- und Meinungsforschung

Die dargestellten sieben Diskurse spiegeln wider, wie politische, wirtschaftliche und wissenschaftlich-publizistische Eliten die ökonomische Realität deuten und entlang welcher Konfliktlinien Deutungskämpfe stattfinden.

Doch wie denkt nun die Gesellschaft über die Krise, ihre Dimensionen und die nötigen Auswege? Zu einigen der im Abschnitt 4 angesprochenen Einzelthemen lassen sich natürlich Ergebnisse der repräsentativen quantitativen Meinungsforschung finden. Sie kommen etwa zu dem Ergebnis, dass etwa drei Viertel der Bevölkerung sich für einen Mindestlohn aussprechen oder dass eine große Mehrheit die Energiewende befürwortet. Das wesentliche Problem ist aber, dass derartige „Umfragen“ einzelne Themen aus ihrem diskursiven Zusammenhang isolieren und oft auch nur tagesaktuelle Stimmungen abfragen.

So kommt eine Befragung für die Zeitschrift „Stern“ vom Anfang Mai 2012 zu dem Ergebnis, dass 61 Prozent der Deutschen den harten Sparkurs der Bundeskanzlerin Merkel in Europa gegenüber anderen Ländern befürworten. Zugleich gaben 59 Prozent an, Sympathie für die Occupy-Bewegung zu haben. Ein nicht unerheblicher Teil der Bürger/innen unterstützt also zwei Kriseninterpretationen, die in der dargestellten Diskurslandkarte eigentlich in unterschiedlichen Regionen angesiedelt sind. Dies macht deutlich, wie sehr Diskurse über Auswege aus der Krise nicht nur zwischen politischen Lagern, sondern auch in den einzelnen Köpfen miteinander ringen.

Doch was sind die Folgen von drei Jahrzehnten (wenn in Deutschland auch eher gemäßigtem) Wirtschaftsliberalismus? Welche „progressiven“ Werte und Erzählungen sind noch vorhanden? Welche Bereitschaft zum „Neuen Denken“ besteht?

Eine empirisch fundierte Antwort auf die Frage, inwieweit die dargestellten Diskurse von welchen Teilen der Gesellschaft gestützt werden, kann im Rahmen dieses Werkberichtes nicht geliefert werden. Um jedoch einen ersten „Gegenschnitt“ vorzunehmen, werden im Folgenden einige ausgewählte „Blitzlichter“ aus der jüngeren Sozial- und Meinungsforschung dargestellt.

5.1 Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftssystems

Glaubt man Befragungen, die über einzelne Themen hinausgehen und sich mit der Akzeptanz unseres Wirtschaftssystems beschäftigen, scheint die Kritik am selbigen nicht unerheblich zu sein.

Einer weltweiten Befragung im Auftrag der BBC aus dem Herbst 2009 zufolge sind die Deutschen die im internationalen Vergleich größten Unterstützer einer sozial regulierten Marktwirtschaft. Bürger/innen in 27 Staaten wurden danach gefragt, ob sie die Marktwirtschaft für funktionstüchtig halten. Die höchste Zustimmung für die These, dass eine stärkere Regulierung der Marktwirtschaft

schade, gab es in den USA (25 Prozent) und Pakistan (21 Prozent), der Durchschnitt lag bei 11 Prozent. Umgekehrt waren im Schnitt 23 Prozent der Meinung, der Kapitalismus sei gescheitert und es sei ein neues Wirtschaftssystem nötig. Die höchste Zustimmung für die Aussage gab es in Frankreich mit 43 Prozent. In Deutschland hingegen fand sie mit 8 Prozent die geringste Zustimmung. 73 Prozent der Deutschen jedoch vertreten die Auffassung, dass die Probleme des Kapitalismus durch Regulierung und Reformen bewältigt werden können. 77 Prozent der plädieren für eine gerechtere Reichtumsverteilung im eigenen Land (internationaler Durchschnitt: 67 Prozent) und 45 Prozent für eine aktivere Rolle bei der Regulierung der Wirtschaft (Durchschnitt: 56 Prozent).[54]

Dass als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise eine „neue Wirtschaftsordnung" nötig sei, ist das Ergebnis einer Untersuchung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung von Juli 2012.[55] 81 Prozent der Befragten stimmten dieser Aussage zu. Diese neue „Ordnung" wurde so charakterisiert, dass in ihr der Schutz der Umwelt, der sorgsame Umgang mit Ressourcen und der soziale Ausgleich in der Gesellschaft eine stärkere Berücksichtigung finden müsse. 80 Prozent wiederum sprechen sich nicht nur für politische Veränderungen, sondern auch der individuellen Lebensweise aus; Jeder müsse bei sich selbst anfangen. Nur 31 Prozent vertrauen bei der Lösung der Krisenprobleme auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Zwar halten 88 Prozent weiteres Wirtschaftswachstum für „sehr wichtig" oder „wichtig" für die Lebensqualität der Gesellschaft, aber nur 60 Prozent glauben an die Steigerung der eigenen Lebensqualität durch Wachstum. Nach der Bewältigung der Krise befragt, plädieren 46 Prozent für die Ankurbelung des Wachstums, 44 Prozent sehen eine Vorrang für Einsparungen, um aus der Krise herauszukommen.

Nach einer Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach[56] sind in Deutschland 66 Prozent der Meinung, dass das Land über ein kapitalistisches System verfüge, nur 15 Prozent sehen dies nicht so. 48 Prozent sind zugleich der Auffassung, dass der Kapitalismus nicht mehr zur Welt passe, 18 Prozent sehen dies anders und 34 Prozent sind in dieser Frage unentschieden. Stellt man die gleiche Frage bezogen auf die „Marktwirtschaft", so reduziert sich der Anteil derjenigen, die diese als nicht mehr zeitgemäß beurteilen auf 24 Prozent. 39 Prozent widersprechen und 37 Prozent sind unentschieden. Die Kritikpunkte am Wirtschaftssystem beziehen sich vor allem auf Einkommensunterschiede (70 Prozent), die Unsicherheit der Arbeitsplätze (62 Prozent), den Eindruck, der Mensch werde nur als Produktionsfaktor, nicht aber als Person gesehen (58 Prozent) sowie die Tatsache, dass die Marktwirtschaft Egoismus und Ellbogenmentalität fördere (50 Prozent). Zugleich wollen nur 16 Prozent das Wirtschaftssystem grundlegend in Frage stellen.

5.2 Rette sich wer kann? Gesellschaftliche Unsicherheit und Fliehkräfte

Schon im Jahr 2006 (also vor der Krise) hat eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (irrtümlich oft als „die Prekariatsstudie" bezeichnet) für Aufsehen gesorgt.[57] Dieser Studie zufolge gaben 63 Prozent der Befragten an, dass ihnen die gesellschaftlichen Veränderungen Angst machen würden

[54] http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov09/BBC_BerlinWall_Nov09_rpt.pdf
[55] Bertelmann-Stiftung 2012
[56] FAZ vom 22.02.2012
[57] Zusammenfassende Darstellung in Neugebauer 2007

und 52 Prozent bezeichneten sich selbst als orientierungslos. Dieses Unbehagen wird durch jüngere Untersuchungen bestätigt.

Die über ein ganzes Jahrzehnt angelegte Studie „Deutsche Zustände" hat vor allem das Ausmaß und die Entwicklung „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" in den Blick genommen, sich in diesem Kontext aber auch mit den Konsequenzen der Krise und dem Zustand innergesellschaftlicher Solidarität befasst. Eine persönliche Betroffenheit durch die Krise gaben im Jahr 2010 40 Prozent der Befragten an. 53 Prozent sahen sich durch die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung bedroht.[58] Zum Abschluss dieser Untersuchungsreihe spricht Wilhelm Heitmeyer von einem „Jahrzehnt der Entsicherung", das durch einen Kontrollverlust der Politik, eine Undurchschaubarkeit von Krisen, die Unkalkulierbarkeit der (Welt-)Märkte und Richtungslosigkeit im Sinne einer fehlenden Vision gekennzeichnet sei. „Um die fünfzig Prozent der Befragten haben ein Gefühl der Unordnung, niemand wisse mehr, wo man eigentlich steht, die Dinge seien heute sehr schwierig und undurchschaubar geworden, so dass man nicht mehr sagen könne, was eigentlich los ist."[59] Ein zu beobachtendes Reaktionsmuster auf diese Entwicklung sei die „Aufspaltung der gesellschaftlichen Realität in eine gesellschaftliche und eine individuelle Sphäre nach dem Motto ´Der Gesellschaft geht es schlecht, aber mir geht es gut´." Auf die Überkomplexität werde so mit dem Ausblenden der Realität reagiert. „Entsicherung, Richtungslosigkeit und Instabilität sind zur neuen Normalität geworden, die Nervosität scheint über alle sozialen Gruppen hinweg zu steigen. Wir erleben, wie sich ein neuer Standard etabliert: volatility."[60] Zwei der zahlreichen Ergebnisse dieser Langzeitstudie sollen hier kurz erwähnt werden.

- Gerade in den unteren Soziallagen zeigt sich ein Anstieg der Wahrnehmung politischer Machtlosigkeit (vor allem in den Jahren zwischen 2007 und 2009). Vermutet wird ein Zusammenhang zwischen sozialer Lage und dem Gefühl politischer Machtlosigkeit bzw. einem Misstrauen gegenüber politischen Eliten. Menschen, die sich von der Krise bedroht sahen, stimmen der Aussage „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut" zu 73,5 Prozent zu. Bei den „Nicht-Bedrohten" liegt der Anteil nur bei 54,6 Prozent. Beides wiederum begünstige der Studie zufolge auch rechtspopulistische Einstellungen.
- Gleichzeitig habe die „Ökonomisierung der Sozialen" zur Konsequenz, dass auch entsprechende „unternehmerische" Deutungsmuster in der Gesellschaft ihren Niederschlag finden. Heitmeyer spricht von einer „rohen Bürgerlichkeit" und Tendenzen eines Rückzugs aus der Solidargemeinschaft. Zwei Dimensionen werden aufgezeigt: Einerseits eine „Responsibilisierung" (Die Mobilisierung von schwachen Gruppen unter dem Signum der Eigenverantwortlichkeit), andererseits der „unternehmerische Individualismus" (verstandenen als eine Kombination aus unternehmerischen Tugenden und einer schichtübergreifenden Befürwortung von Selbstverantwortung). Die Zustimmung zur „Responsibilisierung" nimmt mit steigender sozialer Lage zu. Bei der höchsten Einkommensgruppe liegt der Anteil bei 69,6 Prozent in der unteren Einkommensgruppe bei 46,5 Prozent. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man nicht Einkommensgruppen, sondern eine Selbsteinstufung des sozialen Status zugrunde legt. Die Zustimmung zum „unternehmerischen Individualismus" ist 47,9 Prozent am stärksten bei denen ausgeprägt, die sich selbst einer mittleren soziale Lage zuordnen. Die Mitte ist „unternehmerischer" geworden.[61]

[58] Heitmeyer 2010
[59] Heitmeyer 2011, S. 23
[60] ebenda, S. 34
[61] Groß, Gundlach, Heitmeyer 2010

Auch eine aktuelle Milieustudie des Delta-Instituts für Sozial- und Ökologieforschung zeichnet das Bild einer auseinander driftenden Gesellschaft.[62] Der Autor beschreibt den Weg der gesellschaftlichen Mitte über eine Phase des Aufstiegs in den 70er und 80er Jahren, eine Phase der Statusorientierung in den 90er Jahren und eine Phase der Distinktion und der Abgrenzung gegenüber dem unteren Teil der Gesellschaft in den 00er Jahren. In den vergangenen Jahren seien folgende Entwicklungen prägende Erfahrungen der verschiedenen Milieus der Mitte gewesen:

- ein wachsender Druck, zumindest den erreichten sozialen Status zu erhalten,
- eine Zunahme von individueller Leistungsorientierung, wobei man aber auch die Grenzen dieser Strategien durchaus erkenne,
- die Erfahrung von Benachteiligung trotz Leistung: „Anfangs verwundert, mittlerweile entsetzt nimmt die Mitte wahr, dass Leistung und Gratifikation heute entkoppelt scheinen... Solches festigt den Eindruck, dass nicht mehr klassische und politisch geforderte Tugenden wie Kompetenz, Solidität, Engagement, Bildung und Leistung, sondern kurzfristige (Markt-Erfolge) prämiert werden."[63]
- die Erfahrung, dass sich die Eliten zunehmend von der Gesellschaft abkoppeln.

Die Mitte habe darauf mit einer stärkeren Orientierung an bürgerlichen Tugenden und einer Abgrenzung nach unten reagiert. Ab 2010 sei eine stärkere „Bifurkation" (also Gabelung) der Mitte festzustellen: In Teilen der Mitte den Trend zu mehr „Konstanz, Verlässlichkeit und Orientierung", in anderen Teilen eine „strategische Selbstmodellierung" im Sinne einer hohen Flexibilität, um Marktchancen zu erkennen und zu ergreifen.

Für die gesamte Gesellschaft stellt der Autor eine „sozialhierarchische und soziokulturelle Spreizung" fest. In den oberen Milieus sei eine Selbst-Ghettoisierung zu beobachten und eine positive Selbst-Bewertung als gesellschaftlicher Elite. Diese gehe einher mit einer Aufkündigung gesellschaftlicher Solidarität und einer Steigerungskultur. Neu sei die „Emanzipation von jeglicher Rechtfertigung gegenüber Menschen aus anderen Schichten und Milieus."[64] In der Unterschicht wiederum wachse die Erfahrung von Benachteiligung, soziokultureller Diskriminierung und von Ressourcenmangel: „Jene Kräfte, die ihnen moralische Vorhaltungen und Verhaltensvorschriften machen, wollen eigentlich nicht, dass es ihnen wirklich besser geht."[65]

5.3 Gerechtigkeitslücke!? Aber welche Gerechtigkeit?

Schon die angesprochene Studie „Gesellschaft im Reformprozess" aus dem Jahre 2006 identifizierte als wichtigsten Wert bei 83 Prozent der Befragten die „soziale Gerechtigkeit". Immer wieder wurde in den letzten Jahren auch eine „Gerechtigkeitslücke" beklagt. Doch so gerne auch immer von „Gerechtigkeit" gesprochen wird, so unscharf ist dieser Begriff. Unterschieden werden können sehr unterschiedliche Dimensionen von Gerechtigkeit. Üblich ist z.B. eine Unterscheidung von Anrechtsprinzip, Gleichheitsprinzip, Leistungsprinzip und Bedarfsprinzip. Bekanntermaßen

[62] Wippermann (Carsten) 2011
[63] ebenda S. 33
[64] ebenda S. 42
[65] ebenda S. 44

differieren die Gerechtigkeitskonzepte zwischen den sozialen Milieus bzw. es lassen sich nach Vester sechs „Lager der sozialen Ordnung" unterschieden, die über verschiedene Milieus verteilt sind. Das traditionell-konservative und das radikal-demokratische Lager ordnet er den Elitemodellen zu, das gemäßigt-konservative, das sozial-integrative und das skeptisch-distanzierte Lager den Solidaritätsmodellen. Zudem identifiziert er enttäuscht-autoritäres Lager. Bei allen Unterschieden zwischen eher konservativen und eher sozialdemokratischen (oder auch skandinavischen) Solidaritätsmodellen, gab es Vester zufolge immer eine große Mehrheit, die einen „neoliberalen Pfadwechsel" nicht wollte.[66]

Für die Bundesrepublik sind verschiedene Analysen zu dem Schluss gekommen, dass ein Gerechtigkeitskonzept dominiert, das auf „Leistung gegen Teilhabe" (Michael Vester) bzw. auf einer Vorstellung von „Leistungsgerechtigkeit"[67] basiert, bei denen die Teilhabe am Wohlstand in einem Verhältnis zur persönlichen Leistung steht. Dies wiederum muss einer gleichzeitigen Unterstützung des Bedarfsprinzips (u.a. Berücksichtigung individueller Lebenslagen und Schicksale, Absicherung in Risikosituationen und Notlagen) nicht entgegenstehen.

Die Studie „Deutsche Zustände" stützt diesen Befund. Es zeige sich eine „deutliche Tendenz zur Ablehnung von Egalitarismus und Anrechtsprinzip sowie eine breite Unterstützung des Bedarfs- und Leistungsprinzips."[68] Auf einer Skala von 1 bis 4 liegt der Mittelwert der Zustimmung zum Bedarfsprinzip im Westen bei 3,33 (Osten 3,57) und zum Leistungsprinzip bei 3,25 (3,41). Gleichheitsprinzip (1,85 / 2,13) und Anrechtsprinzip (1,65 / 1,51) liegen deutlich dahinter. Dass diese Gerechtigkeitsvorstellung so etwas wie ein gesellschaftlicher Grundkonsens ist, wird auch deutlich durch die Tatsache, dass diese Werteordnung zwischen Befragten die sich politisch Rechts, in der Mitte oder Links einordnen zwar etwas, aber nicht grundlegend unterscheidet. Ähnliches gilt für die Einkommensgruppen: Dass die Befürwortung des Leistungsprinzips ist der obersten Einkommensgruppe am stärksten ist und wiederum das Bedarfsprinzip in der untersten Einkommensgruppe die höchste Zustimmung erfährt, ist nicht weiter verwunderlich, aber dies sind eher graduelle Unterschiede.

Nichtdestotrotz ist der Wert der Gerechtigkeit in den sozialen Milieus mit verschiedenen Vorstellungen verknüpft, wie auch die Delta-Milieustudie zeigt. Zwar – so die Studie – denken ist meisten Befragten in der spontanen Assoziation sofort an Leistungsgerechtigkeit. Was das aber genau bedeutet, ob damit soziale Unterschiede gerechtfertigt oder beklagt werden, ist zwischen den Milieus strittig. In mehreren Milieus steht die „Leistungsgerechtigkeit" nicht für sich, sondern ist mit Vorstellungen von Chancengleichheit, Verteilungsgerechtigkeit (als einer Konkretisierung von Leistungsgerechtigkeit) oder Bedarfsgerechtigkeit verknüpft.

Ein offenkundiger Widerspruch zwischen dem Leitbild von Gerechtigkeit und der herrschenden Realität wurde auch im „Werte-Index 2012" festgestellt, einer Studie v.a. für die Marktforschung, die auf der Auswertung von Social-Media-Inhalten (also Blogs, Twitter, Foren und sozialen Netzwerken) basiert. „Leistung gilt als Grundvoraussetzung, an der Gerechtigkeit gemessen wird. Gleichzeitig wurde im vergangenen Jahrzehnt der Glaube in diese Maxime zutiefst erschüttert. Die Entwicklungen im Sozialstaat und Arbeitsmarkt – wie etwa unbezahlte Praktika, Ein-Euro-Jobs,

[66] Vester 2007, S. 49
[67] vgl. Nullmeier 2010
[68] Klein / Zick 2010, S. 132

Rente ab 70 – zeigen, dass Leistungsorientierung nicht unbedingt zu einer besseren Entlohnung führt. Die Krise der Finanzmärkte offenbarte, dass die Verteilung des Wohlstands nichts mehr mit den eigentlichen Leistungen der Realwirtschaft zu tun hat...Stattdessen setzt sich die Erkenntnis durch, dass nicht Leistung, sondern davon völlig entkoppelte Mechanismen die Verteilung des Wohlstands regeln. Die Möglichkeit der direkten Einflussnahme bleibt dem Einzelnen verwehrt." [69] Diese Realität werde nun auf zwei unterschiedliche Weisen verarbeitet. Diejenigen, die dies als Kontrollverlust und Machtlosigkeit erfahren, suchen (es geht um Social-Media-Inhalte) ein Forum zur Vernetzung des persönlichen Protestes. Andere akzeptieren diese Ungerechtigkeit und verlagern das Problem in den Bereich der Eigenverantwortung.

5.4 Arbeitnehmer/innen: Krise als aktuelle oder permanente Erfahrung?

Eine zentrale Frage ist, wie Arbeitnehmer/innen die Krise(n) verarbeitet haben und ob sich so etwas wie eine gemeinsame „arbeitnehmerische" Sicht auf die ökonomische Realität herausbildet. Eine wesentliche Folie, vor deren Hintergrund das „Arbeitnehmerbewusstsein" zu analysieren ist, beschreibt Michael Vester.[70] Auf der einen Seite gibt es die Trends zur Aufwertung, Höherqualifizierung, Tertiarisierung (Zunahme von Dienstleistungstätigkeiten) und auch Verallgemeinerung bzw. Feminisierung von Erwerbsarbeit. Damit würden die Ansprüche von Arbeitnehmer/innen an die Qualität von Arbeit und Partizipation wachsen. Dies führe zu einer Stärkung des „Berufsethos" mit Werten wie Selbstverwirklichung, Fachkönnen, Verantwortung etc. Zur wesentlichen Bezugsgruppe wird die eigene Berufsgruppe, wichtiger auch als der jeweilige Betrieb. Doch auf der anderen Seite werden diese Trends konterkariert durch Kostensenkungsmaßnahmen und Rationalisierungen. Im industriellen Bereich äußere sich dies in einem „polarisierten Upgrading". Vester sieht hier einen „neuen industriellen Konflikt zwischen Berufsethos und Kapitalverwertung". Die Tertiarisierung (v.a. der Ausbau der sozialen Dienstleistungen) werde blockiert durch ein (im Vergleich zu Skandinavien) noch eher konservatives Sozialmodell und knappe öffentliche Haushalte. Diese grundlegende Analyse gibt schon Hinweise darauf, dass bestimmte Krisenerfahrungen eher unabhängig von der Finanzkrise bestanden und bestehen.

Aufschluss über die aktuelle Bewertung der Qualität der Arbeit und die Auswirkungen der Krise auf die Erwerbsarbeit aus Sicht der Arbeitnehmer/innen gibt unter anderem der vom DGB regelmäßig erhobene „Gute-Arbeit-Index". Erfasst werden 15 Dimensionen (u.a. Einkommen, Arbeitszeitgestaltung, Betriebskultur), die in einem Index zusammengeführt werden. Die Erhebung aus dem Jahr 2010 kommt zu dem Ergebnis, dass 15 Prozent Arbeitnehmer „gute Arbeit" leisten, 52 Prozent „mittelmäßige Arbeit" und 32 „schlechte Arbeit". Zu Beginn der Krise (2008 war die erste Erhebung des Index) lagen die Anteile bei 13, 55 und 32 Prozent. Der Gesamtindex aller 15 Dimensionen liegt bei 59 (von 100 Punkten). Am negativsten werden die Dimensionen Einkommen (41 Punkte), Aufstiegsmöglichkeiten (45 Punkte) und Arbeitsplatzsicherheit (49 Punkte bewertet).[71]

[69] Wippermann (Peter), Krüger 2011, S. 88f.
[70] Vester, Teiwes-Kügler, Lange-Vester 2007; Vester 2011
[71] DGB 2010

Nach den Auswirkungen der Krise befragt,

- geben 64 Prozent der Arbeitnehmer an, dass es in ihrem Betrieb krisenbedingte Folge gegeben habe, wie z.B. Entlassungen, Kurzarbeit und/oder Überstundenabbau,
- teilen 46 der Arbeitnehmer mit, dass sie selbst von Maßnahmen betroffen waren, wie Lohnkürzungen, Kurzarbeit oder Erhöhung der Arbeitsintensität,
- bestätigen 41 Prozent, dass sich in Folge der Krise unter Druck gesetzt fühlten.

Hier treten allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den Branchen zutage. Während der Anteil der Krisenbetroffenen in der öffentlichen Verwaltung nur bei 29 Prozent lag, war er in den exportorientierten Industrien deutlich höher (Metallindustrie 69 Prozent, Chemieindustrie 67 Prozent).

Einer Befragung der DGB-Index Gute Arbeit GmbH zum Thema „Arbeitsintensivierung" aus dem Jahr 2011 zufolge ist die zunehmende Arbeitsbelastung keineswegs nur eine Auswirkung der Krise.[72] 63 Prozent (also deutlich mehr als die „Krisenbetroffenen") aller Beschäftigten geben an, dass sie in den letzten Jahren „immer mehr in der gleichen Zeit schaffen" müssen. Am höchsten ist dieser Anteil im Baugewerbe (73 Prozent), gefolgt vom Gesundheits- und Sozialwesen (68 Prozent) und dem Bereich Information und Kommunikation (67 Prozent). Die besonders „krisenbetroffenen" Branchen Metall und Chemie liegen hier sogar knapp unter dem Durchschnitt. Einige Werte im Detail:

- 20 Prozent leisten 10 und mehr Überstunden pro Woche,
- 27 Prozent beklagen, auch ständig außerhalb ihrer Arbeitszeit erreichbar sein zu müssen,
- 15 Prozent erledigen sehr häufig oder oft auch außerhalb ihrer Arbeitszeit betriebliche Aufgaben
- 34 Prozent fällt es schwer, nach der Arbeit „abzuschalten".

Dabei weist bei den genannten Problemfaktoren vor allem der Bereich Erziehung und Unterricht sehr hohe Werte auf.

Dieses Spannungsverhältnis zwischen Berufsethos und beruflicher Realität wird auch erfasst in einer umfangreichen Studie eines Teams um den Wissenschaftler Franz Schultheis auf Basis biografischer Interviews. In ihren Interviews zeigt sich eine durchgängige Tendenz zur Ökonomisierung, Effizienzsteigerung und Rationalisierung quer durch alle Branchen und Berufe. Die allenthalben spürbare Leistungsverdichtung werde wiederum sehr unterschiedlich verarbeitet. Es gibt durchaus Teile der Arbeitnehmer/innen, die diesen Druck als besondere Herausforderung annähmen. Doch „im Gegensatz zu diesen vermeintlichen Gewinnern der arbeitsweltlichen Entwicklungen, welche die Intensivierung ihrer Arbeit weniger als Problem, sondern allenfalls als notwendige Begleiterscheinung identifizieren, stehen Befragte, bei denen die Vergrößerung des Arbeitseinsatzes eher mit einer Abnahme der dafür erhaltenen Gratifikationen einhergegangen ist."[73] Oft werden handwerkliche, berufsethische, qualitätsbezogene Kriterien durch eine Orientierung an betriebswirtschaftlichen Kennziffern zurückgedrängt. Eine besondere „berufsethische Entzauberung" stellen die Autor/innen gerade im öffentlichen Sektor fest und hier vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich. Arbeitnehmer/innen haben in den marktfernen Sektoren eine besondere, auf die Sache bezogene Berufsorientierung, die jedoch mit der Finanzknappheit und der Ökonomisierung des öffentlichen Sektors kollidiere. Durch eine mangelnde materielle und symbolische Wertschätzung werde der Wert der Arbeit doppelt infrage

[72] DGB 2011
[73] Schultheis, Vogel, Gemperle 2010, S. 733

gestellt. Arbeitnehmer/innen die selbst keine Prekarisierungserfahrungen haben, erleben diese zumindest mit Blick auf jüngeren Kolleg/innen. Dies gehe auch mit einer „Auflösung kollektiver Arbeitszusammenhänge" einher. Zusammenfassend resümieren die Autor/innen wie folgt: „Der Kampf um den eigenen Status, die Realisierung beruflicher Ansprüche, deren gesellschaftliche Anerkennung aber auch die Bewahrung eines Rests von Freiheit gegenüber der eigene Arbeit strengt an, erfordert eine ständige Anspannung und zehrt auf."[74]

Auch eine Befragung von Vertrauensleuten und Betriebsräten der Metall-, Elektro- und Textilindustrie zur Krise bestätigt den Befund, dass sich die Erfahrungen der Finanzkrise mit früheren Krisenerfahrungen wie Restrukturierungen, Outsourcing etc. verbinden. Krise würde als „permanenter Prozess" wahrgenommen. Es zeige sich zugleich eine Ohnmacht gegenüber einer ökonomischen Entwicklung, gegen die man nichts ausrichten könne. sowie eine „adressenlose Wut" gegenüber der Politik.[75] Untersuchungen der Uni Jena identifizieren hingegen zugleich auch einen kritischen und widerständigen Geist in den Betrieben. Zwar gäbe es durchaus einen „disziplinierenden Effekt der Prekarisierung", da das abgesicherte Normalarbeitsverhältnis eben nicht mehr die Normalität sei. „Gerade in der Krise erscheint die Festanstellung als besonderes Privileg, das es mittels besonderer Flexibilität und Leistungsbereitschaft zu verteidigen gilt"[76] Zugleich zeige sich aber eine massive Kritik an der Verletzung von Gerechtigkeitsmaßstäben und eine Widerständigkeit gegen eine Übernahme von unternehmerischen Leitbildern in das Selbstbild als Arbeitnehmer/in.

5.5 Akzeptanz einer nachhaltigen Wirtschaft

Eine weitere Frage die sich im Zusammenhang mit Krisendeutungen stellt, lautet, ob die in mehreren der dargestellten Diskurse postulierte Wende zur ökologischen Nachhaltigkeit auf gesellschaftliche Akzeptanz stößt. Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderung der Bundesregierung (WBGU) verweist in seinem Gutachten einerseits darauf, dass eine „Vielzahl von Indizien nahelegen, dass in großen Teilen der Bevölkerung in den verschiedenen Weltregionen Werthaltungen vorliegen, die dem Schutz der natürlichen Umwelt sowie Nachhaltigkeitsaspekten einen zentralen Stellenwert einräumen."[77] Andererseits sei diese Werthaltung nicht immer einstellungs- und verhaltensrelevant. Die grundsätzliche Einsicht in Problemlagen führe nicht zwangsläufig zu einem Verhalten, dass dieser entspricht, da eben Verhaltensänderungen materielle und kognitive Voraussetzungen hätten.

Die Studie „Umweltbewusstsein in Deutschland" des Umweltbundesamtes fragt alle zwei Jahre nach der Entwicklung dieses Umweltbewusstseins und dies sei einiger Zeit auch auf Basis des Milieu-Modells des Sinus-Instituts. Schon in früheren Untersuchungen wurde deutlich, dass sich die Milieus nicht nur hinsichtlich ihrer Einstellung zur Umwelt und Umweltpolitik unterscheiden, sondern die Haltung zur Ökologie auch Abgrenzungsmerkmal der Milieus untereinander ist. Während für post-materialistisch orientierte Milieus der ökologische Konsum auch Teil des

[74] Schultheis, Vogel, Gemperle 2010, S. 738
[75] Detje, Menz, Nies, Sauer 2011
[76] Dörre, Hänel, Matuschek 2012, S. 70
[77] WBGU 2011, S. 78

persönlichen Lebensstils sein kann, ist dies gerade in traditionelleren Teilen der gesellschaftlichen Unterschicht anders. Sie befürchten nicht nur, dass ökologisches Bewusstsein auch höhere Kosten bedeutet, sondern fühlen sich vielfach auch bevormundet und ihren Lebensstil infrage gestellt. Gleichzeitig ist es so, dass die objektive Belastung durch Umweltprobleme (z.B. durch Lärm oder Luftverschmutzung) mit einer schwächeren soziale Lage einhergeht, auch wenn dies subjektiv nicht so eingeschätzt wird. „Die wahrgenommene soziale Ungerechtigkeit in Deutschland ist wesentlich ausgeprägter als die wahrgenommene ökologische Ungerechtigkeit."[78]

Die Zugänge der Milieus zur „Umweltfrage" sind daher auch höchst unterschiedlich. Während die „Sozialökologischen" (als idealistisches und konsumkritisches Milieu) quasi das zentrale Leitmilieu des Umweltbewusstseins darstellen, ist das modernere Milieu der „Expeditiven" (die unkonventionelle kreative Avantgarde) zwar nicht konsumkritisch, aber aufgeschlossen z.B. für nachhaltigen Konsum, wenn dieser nicht als Verzicht, sondern als Ausdruck eines modernen Lebensstils bzw. moderner Ästhetik daherkommt. Die „Performer" (die multioptionale effizienzorientierte Leistungselite) stehen staatlichen Vorschriften und Regeln kritisch gegenüber, sind aber für ökologische Innovation und neue Märkte zu gewinnen. Im „unteren" Teil der Gesellschaft, den Milieus mit geringer formaler Bildung und niedrigen Einkommen, spielen Sicherheitsmotive eine größere Rolle. Der Zugang der „Traditionellen" (die an Sicherheit und Ordnung orientierte (Nach-)Kriegsgeneration) zur Ökologie ist über die Naturverbundenheit und ihre Orientierung an gesellschaftlichen Regeln herstellbar. Die „Prekären" (beschrieben als um Orientierung und Teilhabe bemühte Unterschicht mit Zukunftsängsten und Ressentiments) sehen sich am stärksten durch ökologische Politik (materiell, aber auch kulturell) bedroht, hier wäre es von großer Bedeutung den Zusammenhang von ökologischer Orientierung und Kosteneinsparung aufzuzeigen.

Die aktuellste Untersuchung des Umweltbundesamtes liegt für das Jahr 2010 vor.[79] Ihr zufolge ist der Umwelt- und Klimaschutz für 20 Prozent der Befragten das wichtigste oder zweitwichtigste Problem unseres Landes. Schon hier zeigt sich jedoch eine erhebliche Spreizung zwischen den Milieus. Während die „Sozialökologischen" einen Anteil von 27 Prozent aufweisen und die modernen Milieus der „Hedonisten" und der „Expeditiven" ähnlich hohe Werte, liegt der Anteil bei den „Prekären" bei nur 6 Prozent. Überdurchschnittliche Werte weisen Frauen, Besserverdienende, Hochgebildete und Westdeutsche auf. Grundsätzlich gibt es eine hohe Akzeptanz z.B. für die Energiewende. 85 Prozent befürworten einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien. Fragt man hingegen danach, inwieweit der Umwelt- und Klimaschutz eine Bedingung auch zur Realisierung anderer politischer Ziele ist, so ist es nur ein Anteil von einem Viertel bis einem Drittel der Befragten, der diese Verbindung herstellt: 32 Prozent sehen Umweltschutz als Voraussetzung zur Sicherung des Wohlstandes an, 29 Prozent bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und 26 Prozent bei der Realisierung von mehr sozialer Gerechtigkeit. Alle anderen sehen mehr oder weniger große Zielkonflikte, bei denen das Ziel des Umweltschutzes auch teilweise zurückgestellt werden müsse. Die Verbindung von Umweltschutz und Arbeitsplätzen sehen zwar 40 Prozent der „Sozialökologischen", jedoch nur 15 Prozent der Prekären und nur 21 Prozent der „Konservativ-Etablierten". Zudem sehen die meisten Bürger/innen die Verantwortung für den Umweltschutz eher bei Politik und Wirtschaft als nur bei sich selbst. 62 Prozent verlangen, die Bundesregierung

[78] Umweltbundesamt 2010b, S. 8
[79] Umweltbundesamt 2010a

müsse mehr tun. Und während 84 Prozent die Automobilindustrie in der Pflicht sehen, sehen nur 58 die Autofahrer/innen in der Verantwortung.

5.6 Demokratie und Krise der Repräsentation

Die kritische Diagnose einer „Postdemokratie“[80] (einer inhaltlichen Entleerung der formal intakten demokratischen Institutionen) hat in den letzten Jahren durchaus eine breitere Resonanz über die politikwissenschaftliche Fachdebatte hinaus erreicht. Ein Grund dafür mag sein, dass diese durchaus eine gewisse Entsprechung im Bewusstsein der Bevölkerung findet. Nach Daten des Allensbach-Instituts vom Oktober 2010 halten zwar 70 Prozent der Bürger/innen die Demokratie der Bundesrepublik für die „beste Staatsform“. Jedoch sind 65 Prozent der Bevölkerung der Meinung, die Einführung von Volksabstimmungen in wichtigen Fragen würde die Qualität unserer Demokratie verbessern. Ein wesentliches Motiv für die Forderung nach mehr direkter Demokratie ist die Hoffnung, dass sich die Politiker/innen wieder stärker an den Wünschen der Bürger/innen ausrichten würden.[81]

Diese Kluft zwischen Politik und Bevölkerung wird auch in einer umfangreicheren Demokratie-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2008 deutlich. Auch hier wird die Ausrichtung der Politik an den Wünschen der Bürger/innen von einer Mehrheit der Befragten (53 Prozent) als eine sehr wichtige Anforderung an die Demokratie gesehen und nur sieben Prozent sehen diese verwirklicht. Deutlich wichtiger ist aber der Anspruch, dass alle Bürger/innen vor dem Gesetz gleich sind (74 Prozent) und dass es sozial gerecht zugeht (67 Prozent). Diese Erwartungen an eine funktionsfähige Demokratie sieht nur eine kleine Minderheit erfüllt.[82]

Tabelle 1: Erwartungen und Einschätzungen gegenüber zentralen Elementen der Demokratie

Element von Demokratie	Einschätzung der Wichtigkeit („sehr wichtig“) in Prozent	Einschätzung der wirklichen Verhältnisse („trifft voll und ganz zu“) in Prozent
... dass alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind.	74	19
... dass es sozial gerecht zugeht	67	12
... dass jeder seine politischen Ansichten frei äußern kann	67	39
.... dass alle die Gesetze achten	61	11
... dass alle Menschen gleiche Lebenschancen haben	54	9
... dass die gewählten Politiker ihre Politik weitgehend nach den Wünschen der Bürger ausrichten	53	7

Quelle: Embacher 2009, S. 65

Doch kann nicht davon gesprochen werden, dass diese Unzufriedenheit zu einem verallgemeinerten Wunsch nach demokratischer Mitbestimmung führt. Ein großer Teil der

[80] Crouch 2008
[81] FAZ vom 20. Oktober 2010
[82] Zusammenfassung in Embacher 2009

Bevölkerung, verlangt weiterhin nach politischer Repräsentation. Doch gerade Bürger/innen, die Solidarität erwarten und in gewisser Weise auch schutzbedürftig sind, fühlen sich nicht mehr hinreichend repräsentiert und haben Zweifel an der repräsentativen Demokratie, ohne sich damit neuen Demokratieformen positiv zuzuwenden. Eine qualitative Wertestudie der Bertelsmann-Stiftung über „Vertrauen in Deutschland" (zusammen mit dem Institut nextpractice) hat 100 Befragte in vier Gruppen mit unterschiedlichen Wertemustern eingeteilt und diesen wiederum Präferenzen für die repräsentative und die direkte Demokratie zugeordnet. Die vier Gruppen unterschieden sich hinsichtlich ihres „Vertrauensankers", also ob sie beispielsweise vor allem Vertrauen in ihre eigene Leistung oder in die Solidargemeinschaft haben. Aufgrund der geringen Fallzahl der Befragten sind die genannten Anteile nicht repräsentativ für die Gesamtgesellschaft. Doch die Studie ist erwähnenswert, weil diesen Vertrauens- oder Wertemustern vier verschiedene „Demokratietypen" zugeordnet werden können. Die Gruppe „Vertrauen in die Solidargemeinschaft" ist durch ein hohes Maß an Resignation und Vertrauensverlust geprägt. Ihre Erwartung an Politik zielt vor allem auf Chancengleichheit und Solidarität. „Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit" heißt die Gruppe, die auf maximale individuelle Freiräume setzt. Für die Gruppe „Vertrauen durch Planungssicherheit" geht es vor allem um Kontinuität und Transparenz. Die vierte Gruppe, „Vertrauen durch Bürgerbeteiligung", setzt vor allem auf die aktive Beteiligung der Bürger/innen an politischen und wirtschaftlichen Prozessen.

Tabelle 2: Wertemuster und Demokratietypen

Wertemuster	Anteil der Befragten in Prozent	Direkte Demokratie	Repräsentative Demokratie	Typische Resonanzthemen
Solidargemeinschaft	25	-	-	Chancengleichheit, Solidarität
Leistungsfähigkeit	31	+	+	Eigenverantwortung, Wachstum
Planungssicherheit	24	+	+	Transparenz, Verlässlichkeit
Bürgerbeteiligung	20	+	-	Partizipation, Nachhaltigkeit

Bertelsmann-Stiftung 2009, S. 7

5.7 Zusammenfassung

Fasst man diese „Blitzlichter" aus der aktuellen Sozialforschung zusammen, kann man diese auf den Nenner eines „Unbehagens in einer gespaltenen Gesellschaft bringen." Zwar ist ein großer Teil der Gesellschaft mit dem Status Quo nicht zufrieden. Aber dies drückt sich weniger in einer politisch wirksamen Kritik aus, auch weil dafür die politischen Bezüge fehlen.

- Zwar gibt es eine erhebliche Kritik am Wirtschaftssystem, jedoch weniger im Sinne der Forderung nach einer grundsätzlichen System-Alternative. Es besteht der Wunsch nach einer regulierten sozialen Marktwirtschaft, die vor allem eine gerechtere Einkommensverteilung, Sicherheit und „Gute Arbeit" gewährleistet.
- Bei allen Unterschieden, die es zwischen den sozialen Milieus und politischen Lagern gibt, ist die breit geteilte Gerechtigkeitsvorstellung jedoch die Kombination aus Leistungsgerechtigkeit und

Bedarfsgerechtigkeit. Gerade das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit wird angesichts der großen Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung als nicht eingelöst angesehen.

- Den wachsenden Ansprüchen auf berufliche Kompetenzentfaltung stehen die (nicht nur krisenbedingten) Alltagserfahrungen von Rationalisierung, Sparzwängen und Prekarisierung entgegen.
- Das prinzipielle Ziel einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützen viele Bürger/innen im Grundsatz. Aber eine gedankliche Verbindung mit sozialen Zielen und sicheren Arbeitsplätzen – etwa im Sinne eines „Green New Deal" - stellt gegenwärtig nur eine Minderheit her.
- Die Demokratiekritik zielt vor allem auf den Eindruck vieler Bürger/innen, dass ihre Interessen nicht genau so viel zählen wie die Interessen mächtigerer Gruppen. Ein Teil will (auch darum) aktiv selbst mehr mitbestimmen, ein anderer Teil möchte einfach nur (wieder) besser politisch vertreten werden.
- Die gesellschaftliche Spaltung zwischen Oben, Mitte und Unten wird verschärft durch eine Tendenz zur Resignation oder der „stummen Kritik" einerseits und zur „unternehmerischen Selbstbehauptung" andererseits.

Insgesamt zeigt sich das Bild einer Gesellschaft, die für mehr soziale, ökologische und demokratische Ziele durchaus zu gewinnen und zu mobilisieren ist. Doch es fehlen Bezüge zwischen sozial und kulturell getrennten Gruppen. Und es fehlen Akteure sowie politische Ideen, Projekte und Sinnbezüge, die den Wunsch nach Veränderung bündeln.

6 Diskursallianzen

In diesem Abschnitt soll der Versuch unternommen werden, zu reflektieren, ob die hier analysierte Diskurslandschaft und das gesellschaftliche Meinungsbild in den beiden dargestellten politischen „Diskurs-Lagern" zu strategischen Konsequenzen führen und wenn ja zu welchen.

Diese folgenden Überlegungen gehen von der Einschätzung aus, dass keiner der sieben dargestellten Diskurse über die Krise und Auswege aus der Krise für sich hegemoniefähig ist. So fällt bei den aktuellen politischen Äußerungen und Forderungen der politischen Parteien (vielleicht mit Ausnahme der FDP) auch auf, dass sie darum bemüht sind, verschiedene Diskurse zu verknüpfen. Doch nicht immer wird – frei nach Willy Brandt - „zusammengedacht, was zusammengehört". Oft werden nach tagesaktuellen und taktischen Gesichtspunkten mal Deutungsmuster aus dem einen, mal aus dem anderen Diskurs verwendet. Doch diese Methode des Diskurs-Surfing oder Diskurs-Puzzelns birgt das Risiko, dass sich die Verwirrung in den Köpfen der Gesellschaft eher noch weiter steigert.

Eine politische Diskursstrategie müsste darauf abzielen, die Debatte über Krisen, Wirtschaft, Wachstum und Gesellschaft neu zu strukturieren und bislang Getrenntes zusammenzuführen, sofern es zusammengehört. Wenn zum Beispiel Gewerkschaften von „guter Arbeit und gutem Leben" sprechen und Umweltschutzverbände von einer „nachhaltigen Gesellschaft", kann damit in Bezug auf den Lebensalltag der Menschen sehr ähnliches gemeint sein. Auch wenn die konkreten politischen Forderungen oder Zeithorizonte nicht immer deckungsgleich sein mögen, ist das gesellschaftspolitische Leitbild doch ähnlich.

Politische Strategiefähigkeit, die nicht nur auf das eigene Organisationsinteresse oder den Wahlerfolg abzielt, sondern zumindest gleichermaßen auf die Umsetzung der eigenen Werte und Ziele, muss zugleich eine Fähigkeit sein, an Diskurs-Allianzen arbeiten. Sowohl ein „Diskurs-Surfing", bei dem je nach Themenlage ein anderer Diskurs bedient wird, als auch ein „Diskurs-Einkapseln" (d.h. das Schließen der eigenen Reihen auf Basis der jeweiligen eigenen Weltsicht) mögen taktisch nachvollziehbar sein. Strategisch ist diese Vorgehensweise nicht.

Die Arbeit an Diskursallianzen ist also als ein politisch-kommunikativer (und strategischer) Prozess zu sehen, der darauf abzielt, in den Köpfen bislang Getrenntes neu zu verknüpfen. Diskursallianzen addieren nicht konkurrierende Diskurse, sondern sie vergrößern die Schnittmengen zwischen im politischen Raum benachbarten Diskursen. Wenn solche Allianzen ein bestimmtes Maß an Bedeutung und Kohärenz aufweisen, kann man sie als einen neuen eigenständigen Diskurs definieren. Ein Beispiel für einen solchen Prozess ist der neu entstandene Diskurs „Grünes Wachstum", der Elemente der älteren Diskurse „Made in Germany" und „Grenzen des Wachstums" verknüpft. Selbstverständlich sind solche Allianzen nicht nur Kopfgeburten oder nur Kommunikation. Sie brauchen eine materielle und soziale Basis, in diesem Falle z.B. die Umweltbewegung, umweltbewusste Bürger/innen und auch die wachsende Umweltbranche.

Den nachfolgenden Überlegungen zu (möglichen) Diskursallianzen der jeweiligen Lager sollen vorab noch einige erläuternde Bemerkungen vorangestellt werden, auch um etwaige Missverständnisse zu vermeiden:

Erstens: Wenn hier vom progressiv-demokratischen „Diskurslager" die Rede ist, sind damit ausdrücklich nicht nur Parteien oder Koalitionsvarianten gemeint, sondern es wird ein gesellschaftliches Lager beschrieben, zu dem Parteien zwar durchaus gehören, aber eben auch eine Reihe anderer Akteure aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft sowie soziale Gruppen und Milieus, die entsprechende Diskurse stützen.

Zweitens sind diese „Lager" niemals homogen und auch kein politisches Subjekt. Die einzelnen Akteure und Strömungen des progressiv-demokratischen Diskurslagers teilen die Sichtweise, dass die gegenwärtige Spielart des Kapitalismus einer Durchsetzung sozialer, ökologischer und demokratischer Ziele entgegensteht. Dies trennt sie vom konservativen Lager. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass innerhalb des progressiv-demokratischen Lagers sehr unterschiedliche Konzepte, Sichtweisen und Interessenlagen existieren. Die Gegensätze beispielsweise zwischen einer Industriegewerkschaft einerseits und Postwachstums-Befürworter/innen andererseits sind nicht trivial oder ohne weiteres konfliktfrei aufzulösen.

Darum werden *drittens* Diskursallianzen auch nicht am Reißbrett konzipiert und „erschaffen". Es gibt bei diesen Prozessen nicht zwangsläufig ein strategisches Zentrum. Diskursallianzen ergeben sich aus dem Dialog, der Vernetzung und dem Austausch zwischen Akteuren. Organisiert werden kann die Bereitschaft zum „Zusammendenken", zum Austausch und zum politischen Kompromiss. Doch um dies erfolgreich zu bewältigen, sind Querdenker/innen und Brückenbauer/innen erforderlich.

Viertens: Die Gegenüberstellung eines konservativen und eines progressiv-demokratischen Lagers (und dieser Streit findet ja tagtäglich im Alltag und vielen TV-Talkshows statt), meint nicht, dass sich homogene und klar abgegrenzte Blöcke in den Schützengräben einander gegenüber liegen würden. Es geht um demokratische Strategien der Überzeugungsarbeit. Will das progressiv-demokratische Lager hegemoniefähig sein, muss es z.B. aufgeklärte und moderne Konservative oder soziale Liberale (sofern es diese derzeit gibt) für seine Ideen gewinnen. Es muss deutlich machen, dass eine „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung" eben nicht zu realisieren ist, wenn gegenwärtige Macht- und Verteilungsverhältnisse konserviert werden.

Fünftens muss noch einmal betont werden, dass die politisch-konzeptionelle Ebene und die Ebene der Diskurse miteinander zu verbinden sind. Mit einem noch so klugen 10- oder 100-Punkte-Programm erzeugt man keine Meinungsführerschaft, wenn es keine Leidenschaften aktiviert, keine Geschichte erzählt und keine Hoffnungen weckt. Umgekehrt wird eine bloße Erzählung ohne politisch-konzeptionelle Substanz zu Recht sehr schnell als hohl entlarvt.

Zudem geraten *sechstens* gerade politische Strategien, die auf eine Veränderung des Wirtschaftsmodells abzielen, schnell an die Grenzen nationaler Handlungsspielräume. Eine Untersuchung der internationalen Diskurslandschaft kann hier jedoch nicht geleistet werden.

6.1 Das progressiv-demokratische Diskurslager

Möglicherweise muss man zu dem Ergebnis kommen, dass vorschnelle Hoffnungen auf eine „Zeitenwende", wie sie vor allem im Bundestagswahlkampf 2009 zum Ausdruck kamen, zu optimistisch waren. Es wurde unterschätzt, wie anpassungsfähig das konservative Lager ist, aber auch wie tief sich wirtschaftsliberales Denken in die Mentalitäten und Strukturen unserer Gesellschaft eingeschrieben hat.

Auf der einen Seite gibt es in der Bevölkerung durchaus ein breites Bewusstsein, dass der gegenwärtige Zustand unserer Gesellschaft unbefriedigend und auch so etwas wie ein Pfadwechsel erforderlich ist (siehe Abschnitt 5). Auf der anderen Seite ist dieses kritische und auf Veränderung drängende Potenzial fragmentiert, teilweise auch heimatlos und es wird auch von den Deutungsangeboten des konservativen Lagers umworben. Ein- und derselbe Bürger/in kann die Auffassung haben, dass eine harte (deutsche) Hand gegenüber den „Schuldenstaaten" wie Griechenland nötig ist, um den Wert der eigenen Ersparnisse zu schützen. Er kann zugleich die Macht der Finanzmärkte kritisieren und eine Politik befürworten, die die europäischen Volkswirtschaften unabhängiger von den Launen und Interessen der Finanzmärkte macht.

Eine politische Analyse der institutionellen und diskursiven „Verriegelungen" des ökonomischen Pfades, der in die Krise(n) geführt hat, verbunden mit der Frage, wie diese aufzulösen sind, hat es vermutlich bei vielen Akteuren des progressiv-demokratischen Lagers nicht oder erst spät gegeben. Zudem hat der Krisenverlauf ab 2010 es dem konservativen Lager leicht gemacht, mit der Diskursallianz des „Stabilitätspatriotismus" (siehe unten) und der Forderung nach einer europäischen „Stabilitätsunion" (bzw. konkret der Konsolidierungsstrategie des „Fiskalpaktes") sich zumindest auf der Deutungsebene und im Agenda Setting wieder in die Offensive zu gelangen.

Wie dargestellt, besteht die Gemeinsamkeit des progressiv-demokratischen Lagers in der Einsicht, dass ein sozial-ökologischer Entwicklungspfad beschritten werden muss. Konkrete Einigkeit gibt es zumindest überwiegend in einzelnen Themen wie dem Mindestlohn, der Energiewende oder der Besteuerung von Finanztransaktionen und Vermögen.

Doch schon auf der semantischen Ebene der Leitbilder kursiert eine große Begriffsvielfalt: „Neuer Fortschritt", „Zeitenwende", „linker Reformismus", „Pfadwechsel / Kurswechsel", „Green New Deal" oder „(Große) Transformation" lauten einige der wichtigsten Stichworte, der letzten zwei bis drei Jahre.

Dabei beschreiben zwei Begriffe das Spannungsfeld und den Suchprozess im progressiv-demokratischen Lager recht deutlich. Einige Akteure nehmen positiv Bezug auf die „Soziale Marktwirtschaft" und plädieren letztlich auch für ein Zurück zum bewährten ökonomisch-gesellschaftlichen Pfad, der in früheren Zeiten wirtschaftliche Prosperität und soziale Sicherheit gewährleistet hat. Damit fehlt ihnen jedoch die Klarheit und Eindeutigkeit, da der Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft" (außer im Diskurs „Alternatives Wirtschaften und Postwachstum") in allen Diskursen auftaucht und nicht mit eindeutigem Inhalt gefüllt ist. Als Begriff für einen neuen (auch Mobilisierung und Zukunftshoffnungen freisetzenden) Entwicklungspfad scheint er problematisch zu sein, zumal Themen wie globale Nachhaltigkeit, Gleichstellung und

gesellschaftliche Demokratie, vermutlich nicht ohne Weiteres mit einem Begriff aus der Adenauer-Ära verknüpft werden. Andere Akteure wiederum spannen den Bogen mit dem Leitbegriff der „Großen Transformation" sehr weit in die Zukunft, knüpfen dabei aber nicht an bekannten Narrativen und dem Alltagsverstand der Bürger/innen an. Eine solche Perspektive läuft Gefahr, den Eindruck zu erwecken, dass sie die Interessen, Sorgen aber auch die Sachzwänge im „Hier und Jetzt" nicht in den Blick nimmt.

Letztlich sind es im progressiv-demokratischen Lager wohl vor allem die folgenden Spannungsfelder, die im Zuge einer Arbeit an Diskursallianzen überbrückt werden müssten, ohne hier die illusorische Position zu vertreten, dass bestimmte Konflikte politisch auflösbar wären:

- Zurück zum bewährten Pfad der „Sozialen Marktwirtschaft" ←→ Konzept einer „Großen Transformation"
- Qualitatives oder grünes Wachstum ←→ Postwachstum
- Exportorientierung ←→ De-Globalisierung / Regionalisierung
- Deutsche (Arbeitnehmer-)Interessen ←→ Gemeinsame europäische bzw. globale Interessen und globale Gerechtigkeit
- Repräsentative Demokratie ←→ Ausweitung von gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Demokratie
- Zentralität der Erwerbsarbeit ←→ Stärkung der Eigenarbeit
- Leistungs- und Bedarfsprinzip im Sozialstaat ←→ Bedingungslose Grundsicherung

Hier muss nicht bei Null begonnen werden. In den letzten Jahren gab es bereits viele ambitionierte Ansätze in Richtung eines „Neuen Denkens", die darauf abzielten, die ökonomische, ökologische, soziale und demokratische Krisendimensionen zusammenzudenken und eine „ganzheitliche" Antwort über die hier dargestellten Diskursgrenzen hinweg zu formulieren. Eine Diskursallianz des progressiv-demokratischen Lagers kann durchaus an Diskussionsprozesse in verschiedenen Parteien und Organisationen anknüpfen.

Green New Deal, Transformation & Co.: Aktuelle Denkansätze und Konzepte im progressiv-demokratischen Lager

Aktuelle Bemühungen um politische und diskursive Synthesen der o.g. Stränge kreisen vor allem um den Begriff des „New Deal". Dieser Begriff (verstanden als eine umfassende ökologisch-soziale Erneuerung als Antwort auf die ökonomische Krise) taucht bereits seit den 90er Jahren wieder in der politischen Debatte auf. Das Aufgreifen der Roosevelt´schen Metapher des US-amerikanischen „New Deal" in Folge der Großen Depression zu Beginn der 1930er Jahre deutet an, dass es ausgehend von mehrdimensionalen Krisenprozessen nicht mehr mit zusammenhanglosen Teilreformen in einzelnen Bereichen getan ist, sondern es um einen ganzheitlichen Erneuerungsprozess und einen politischen Richtungswechsel gehen muss, bei dem der Staat gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wieder eine aktivere und steuernde Rolle übernimmt und dabei auch demokratisches Terrain zurückgewinnt.

- Einige Beiträge legen den Schwerpunkt auf die Regulierung des Finanzsektors, die Reduzierung der globalen Ungleichgewichte und eine Rückkehr zu einer (europäischen) makroökonomischen Steuerung.[83] Gefordert wurde ein „New Deal für die Eurozone" mit der zentralen Überlegung eines über EU-Anleihen finanzierten Investitionsprogramms.[84]

[83] Schulmeister 2010
[84] http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,771996,00.html

- Die meisten Beiträge aber rücken die Verbindung der ökonomischen mit der ökologischen Frage ins Zentrum und entwickeln unter der Überschrift des „Green New Deal" Konzepte für einen ökologischen Strukturwandel. Kritisch thematisiert wurden folglich auch die geringen ökologischen Anteile der nationalen Konjunkturprogramme zur Bewältigung der Folgen der Finanzkrise. Bündnis ´90 / Die Grünen wollen mit dem „Green New Deal" einen „schrittweisen Wandel unserer Wertschöpfungsbasis hin zu einer humanen und ökologischen Wirtschaft erreichen: Bildung, Soziales und öffentliche Güter, Gesundheit und Pflege, ökologische Dienstleistungen und Produkte, Kultur und Wissenschaft." Als zentral werden vier Felder benannt: ökologische Zukunftsinvestitionen, Bildungsinvestitionen, bessere soziale Absicherung und die Regulierung der Finanzmärkte. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet mit internationalen Partnern am „Green New Deal" und hebt vier Aufgaben in besonderer Weise hervor: den Umbau der Energieversorgung und der öffentlichen Infrastruktur, eine Bildungsoffensive und die soziale Abfederung des Transformationsprozesses u.a. durch eine soziale Grundsicherung.[85] Als „Bestandteil eines grünen Konzepts vom ´Green New Deal´" hat die Grünen-Bundestagsfraktion ein Konzept für eine „Grüne Industriepolitik" beschlossen, das Antworten auf drei „Megatrends" entwickeln will: Den Klimaschutz, den Trend zur einer Dienstleistungswirtschaft mit einem hohen Anteil produktionsnaher Dienstleistungen sowie den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel.[86]
- In Großbritannien hat sich eine „Green New Deal Group" aus Wissenschaftlern, Politikern, Journalisten und Wirtschaftsvertretern gegründet. Ausgehend vom „triple crunch" aus Finanzmarktkrise, Klimawandel und unsicherer Energieversorgung haben sie Mitte 2008 einen ersten Report „A Green New Deal" vorgelegt, der den Anspruch verfolgt, kurzfristige Krisenmaßnahmen mit langfristigen Konzepten für einen nachhaltigen Umbau zu verbinden. Die wesentlichen Ziele sind: eine weitreichende ökologische Reform der Wirtschaft, mehr und bessere Jobs, eine ökologische Finanzpolitik, die Regulierung des Finanz- und Bankensektors, sichere Renten und Sparanlagen (v.a. ökologische Anlagen) und eine geringere Abhängigkeit von teuren fossilen Energien (u.a. durch Einsparmaßnahmen).[87]
- Auch das UN-Umweltprogramm (UNEP) hat Anfang 2009 ein Konzept für einen „Global Green New Deal" vorgelegt. Dieses verbindet drei Ziele miteinander: Die ökonomische Wiederbelebung in der Krise, die globale Armutsbekämpfung und die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energien.[88]
- Die SPD verwendet in ihrer Programmatik zwar nicht den Begriff des „New Deal" (dieser tauchte in der sozialdemokratischen Debatte lediglich in Konzepten einer ökologischen Industriepolitik auf), aber sie hat u.a. auf ihrem Bundesparteitag 2011 in mehreren Beschlüssen auf einen „neuen Fortschritt" bzw. ein „neues Fortschrittsmodell" Bezug genommen.[89] Dabei wurde konstatiert, dass das alte (lineare) Fortschrittsmodell brüchig geworden sei: Es gäbe keinen Glauben mehr an per se wachsende Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Stattdessen gäbe es eine zunehmende Unsicherheit, eine fragmentierte Gesellschaft und die Einsicht in die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen. Als Elemente eines neues Fortschrittsmodells wurden gefordert: ein qualitatives Wachstum und ein Vorrang für nachhaltig wirksame Investitionen, eine höhere Ressourceneffizienz, mehr Einkommensgerechtigkeit, die Verteidigung der Demokratie gegen den „ungezähmten Kapitalismus", die Bereitschaft und Fähigkeit zur internationalen Zusammenarbeit und ein ganzheitlicher Wohlstands- und Fortschrittsindikator.
- Die IG Metall verzichtet ebenfalls auf den Begriff des „New Deal" aber führt eine Diskussion über Pfadabhängigkeiten sowie die Möglichkeiten eines sozial-ökologischen Pfadwechsels.
- Eng verbunden mit der Idee des Green New Deal ist die Vorstellung einer „Dritten Industriellen Revolution". Der Publizist und Politikberater Jeremy Rifkin sieht darin ein neues „Narrativ". Die Verzahnung von Internettechnologie und regenerativer Energietechnik ist für ihn nicht nur die Basis nachhaltigen Wohlstands, sondern begründet auch eine neue „kollaborative Ära" in der Wirtschaft als eine neue Phase vernetzter ökonomischer Zusammenarbeit.[90]

[85] Heinrich-Böll-Stiftung 2011
[86] Bündnis ´90 / Die Grünen. Bundestagsfraktion 2011
[87] Green New Deal Group 2008
[88] UNEP 2009
[89] SPD 2010; vgl. auch Machnig 2011
[90] Rifkin 2011

In eine ähnliche Richtung gehen Ansätze, die mit Bezug auf das berühmte Buch von Karl Polanyi eine „(Neue) Große Transformation" und somit auch eine (neue) gesellschaftliche Einbettung der Märkte bzw. einen „Schutz" von Arbeit, Geld und Natur vor den ruinösen Auswirkungen ungezügelter Märkte fordern bzw. eine neue Richtung für technologischen Fortschritt und Konsummodelle einschlagen wollen.[91] In Deutschland sind in der jüngeren Vergangenheit verschiedene „ganzheitliche" Transformationskonzepte mit globaler Reichweite v.a. im wissenschaftlichen Bereich entstanden, die allerdings eine bislang nur eingeschränkte Wirkung auf den breiten politischen Diskurs hatten.

- Im Juni 2012 haben der DGB, der Deutsche Naturschutzring und die evangelische Kirche einen gemeinsamen „Transformationskongress" unter dem Motto „Nachhaltig handeln. Wirtschaft neu gestalten. Demokratie stärken" durchgeführt.
- Bereits 2008 hat das Wuppertal-Institut im Auftrag von Brot für die Welt, eed und BUND ein umfassendes Konzept „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt" vorgelegt.[92] Dieses schlägt den Bogen von der lokalen Arbeit über nationalstaatliche und europäische Ansätze bis zu globalen Übereinkünften. Wesentliche und vorrangige Ausgangspunkte sind die Tragfähigkeit der Ökosysteme und die Menschenrechte. Angestrebt wird in dem Gutachten – das im Wesentlichen eine Zusammenstellung verschiedener Analysen und Konzepte darstellt - eine „postfossile Zivilisation". Der Weg dorthin wird verstanden als technologisches Projekt, als Institutionenprojekt sowie als eine Realisierung neuer Leitbilder für das Handeln und das Sein.
- Im Frühjahr 2011 hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sein Konzept „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation" vorgestellt.[93] Dieses strebt „tiefgreifende Änderungen von Infrastrukturen, Produktionsprozessen, Regulierungssystemen und Lebensstilen sowie ein neues Zusammenspiel von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft". Zwar geht es von „politischen, institutionellen und ökonomischen Pfadabhängigkeiten, Interessenstrukturen und Vetospielern" aus, analysiert aber zugleich, dass die technologischen und kulturellen Voraussetzungen für eine Transformation vorhanden sind. Es benennt drei Handlungsfelder der Transformation (Energie / Verkehr, urbane Räume und Landnutzung) und plädiert für einen umfassenden neuen „Weltgesellschaftsvertrag". Die Schlüsselrolle wird hierbei „Pionieren des Wandels" aber auch einem „gestaltenden Staat" zugeschrieben. Dieser gestaltende Staat soll mit einer Ausweitung der zivilgesellschaftlichen Beteiligung auf lokaler, nationaler und globaler Ebene verbunden werden. Die Lösungsansätze ihres Transformationskonzepts werden in zehn Maßnahmenbündeln (u.a. Gestaltender Staat, CO2-Bepreisung, Europäische Energiepolitik) dargelegt. Eine populäre Fassung dieses Konzeptes haben die Wissenschaftler Claus Leggewie und Harald Welzer in ihrem Buch „Das Ende der Welt wie wir sie kannten" vorgelegt. Sie sehen in der Finanzkrise und der Umweltkrise einen gemeinsamen Zusammenhang - die Ignoranz vor den „negativer Folgen kurzfristiger Handlungsrationalitäten". Eine Große Transformation dürfe nicht als Veränderungszumutung, sondern als Veränderungschance wahrgenommen werden. Einen Ausweg formulieren die beiden Autoren mit dem Vorschlag einer Ausweitung der Demokratie und der Mobilisierung der Bürgergesellschaft. „In der Metakrise müssen also nicht nur die politischen Technologien, sondern vor allem die demokratischen Institutionen der Bürgergesellschaft modernisiert werden."[94]

Nimmt man diese verschiedenen Analysen, Denkansätze und Programme – allen Differenzen zum Trotz - zur Grundlage, sind bereits wesentliche Kerngedanken einer progressiv-demokratischen Diskursallianz umrissen:

- Erforderlich ist ein Leitbild, das von einer mehrdimensionalen Vorstellung von Gerechtigkeit ausgeht, auch bezogen auf kommende Generationen sowie globale Dimension, aber zugleich anerkennt, dass

[91] Polanyi 1976; Vgl. auch Lipietz 2000
[92] BUND u.a. 2008
[93] WBGU 2011
[94] Leggewie, Welzer 2011

deren Verwirklichung aber nicht „von oben herab" verkündet, sondern nur schrittweise auf „reformistischem" Wege zu erreichen ist.

- Der realpolitische Ausgangspunkt muss der gegenwärtige Entwicklungspfad mit seinen Strukturen, Institutionen und Interessenlagen sein, auf sich dem die deutsche Volkswirtschaft (als Teil Europas) befindet. Zugleich muss eine Perspektive aufgezeigt werden, die eine mittelfristige Transformation gegenwärtiger Strukturen nach normativen Vorstellungen und politischen Zielen anstrebt. Dabei geht es nicht um eine abstrakte Systemalternative, sondern im Kern um eine Marktwirtschaft, die sozialen, ökologischen und demokratischen Prinzipien folgt und in der Markt, Staat, öffentliche Güter und gesellschaftliche Selbstorganisation nebeneinander existieren, aber den gleichen „Leitplanken" folgen müssen. Solche „reformistischen" Transformationsansätze sind keinesfalls neu: Schon in den 80er Jahren wurde mit Leitbildern wie dem „sozialökologischen Umbau der Industriegesellschaft" gearbeitet und auf dem Gebiet der Energiewende wird dieser aktuell praktiziert. Allerdings weist der aktuelle Transformationsbedarf deutlich über dieses Feld hinaus. Oder wie es Rolf Reißig in seiner Arbeit über die „Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert" formuliert: „Es geht um einen prinzipiell neuen Entwicklungspfad, der im Kern durch einen sozial-ökologischen Umbau der Industriegesellschaften und einen entsprechenden Umbau der Sozialsysteme und einen Wandel der kulturellen Deutungsmuster und Lebensweise gekennzeichnet ist."[95]

- Das zentrale Versprechen einer solchen Diskursallianz kann man auf die Formel einer „Demokratischen Transformation zur zukunftsgerechten Gesellschaft" bringen. Wobei einzuwenden ist, dass dieses Versprechen hier zunächst einmal abstrakt beschrieben wird und diese Formulierung natürlich nicht als „Fahnenwort" geeignet ist. Dieses Versprechen macht deutlich: Eine bessere Gesellschaft nach unseren mehrheitlich geteilten Wertvorstellungen ist auf demokratische Wege machbar, auch wenn Zwischenschritte und Etappen nötig sind. „Denn Transformation in der sozialen Realität ist vor allem ein Suchprozess handelnder und widerstreitender Akteure, dessen Resultat nicht vorherbestimmt ist."[96]

Gerade aus diesem Grund wird eine progressiv-demokratische (oder auch linke) Diskursallianz nur möglich sein, wenn es gelingt, von bestimmten bornierten Denkpfaden der letzten Jahrzehnte abzuweichen und sich nicht immer wieder aufs Neue auf konservative Denkmuster einzulassen.

- An die Stelle eines überwiegend kurzfristigen, betriebswirtschaftlichen und als vermeintlich „vernünftig" angesehenen Denkens (auch in Bezug auf den Staat) muss eine gesamtgesellschaftliche Sichtweise bzw. eine langfristige (auch sozial-ökologische) Kosten-Nutzen-Betrachtung treten. Hierzu gehört nicht zuletzt eine Politisierung des Geldes. Dieses ist nicht neutral, auch keine normale „Ware" und insofern einer demokratischen Kontrolle zu unterziehen.
- Gleiches gilt für national beschränkte Sichtweisen und die Unterordnung der Idee einer demokratischen Republik unter das Leitbild des „Wirtschaftsstandortes". Deutlicher werden muss, dass europäische und internationale demokratische Regelungen langfristig im Interesse der gesellschaftlichen Mehrheit sind.

Auch hier gilt: Ausgangspunkt müssen die realen Interessen, Ängste, Alltagsprobleme und Erfahrungen der Bürger/innen sein. Doch zugleich gilt es Wege aufzuzeigen, neue Maßstäbe zu

[95] Reißig 2009, S. 19
[96] ebenda, S. 63

entwickeln und Vorbilder zu prägen, die auf einen neuen Pfad hinführen. Eine neue demokratische Diskursallianz kann aber nicht bei einer derart allgemeinen Formel stehenbleiben, sondern muss das zentrale Versprechen „Demokratische Transformation zur zukunftsgerechten Gesellschaft" mit Projekten „mittlerer Reichweite" verbinden, die zugleich als Leitplanken für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik dienen:

Projekt 1: Nachhaltiger Innovations- und Entwicklungspfad: Die erste Leitplanke ist die Abkehr vom „Wachstum als Ziel an sich" hin zu einem sozial und ökologisch nachhaltigen Innovations- und Wachstumspfad, der wiederum eine andere Form von Regulierung und eine Begrenzung der kurzfristigen Profitinteressen v.a. der Finanzmärkte voraussetzt. Bei diesen Projekt geht es um mittelfristige Ziele, Instrumente und Umbauprozesse die eine innovative und starke Ökonomie mit dem Ziel der ökologischen Nachhaltigkeit versöhnen. Verknüpft werden müssten folgende Elemente:

- Ökonomische Planungssicherheit, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Ökonomie (siehe Diskurs: Made in Germany)
- Förderung neuer „grüner" Produkte und Dienstleistungen und Ressourceneffizienz als Querschnittsaufgabe (siehe Diskurs: Grünes Wachstum)
- Aktive staatliche Wirtschaftspolitik und öffentliche Investitionen, Staat als Pionier für neue Märkte (siehe Diskurs: Soziale Regulierung und gerechte Verteilung)
- Schrittweiser Umbau der Ökonomie, mit dem Ziel innerhalb der ökologischen Grenzen zu Wirtschaften (siehe Diskurs: Alternatives Wirtschaften und Postwachstum)

Projekt 2: Stärkung des Öffentlichen: Die zweite Leitplanke ist eine Abkehr von einer prinzipiellen Privilegierung des Privaten (oder der Privatisierung) hin zu einer Stärkung des Öffentlichen (Güter, Dienste, Medien etc.). Dieses Projekt zielt ab auf die Herausarbeitung der Bedeutung des Öffentlichen (im Sinne öffentlicher Güter, öffentlicher Regeln, öffentlicher Daseinsvorsorge, starker Kommunen) gegenüber rein privaten Lösungen. Verknüpft werden müssten folgende Elemente:

- Umwelt und Finanzmärkte als öffentliche Güter (siehe Diskurse: Soziale Regulierung und gerechte Verteilung, Alternatives Wirtschaften und Postwachstum, z.T. auch Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung)
- Öffentliche Daseinsvorsorge als Garant von sozialer Gerechtigkeit und Stabilisator des Binnenmarktes bzw. eines sozialen Wachstums (siehe Diskurs: Soziale Regulierung und gerechte Verteilung)
- Öffentliche soziale Dienstleistungen aber auch nicht gewinnorientierte Unternehmensformen (Genossenschaften) als ökologisch verträgliches Wachstumsfeld (siehe Diskurs: Alternatives Wirtschaften und Postwachstum)
- Öffentliche soziale Dienstleistungen als Basis einer innovativen und hoch qualifizierten Gesellschaft (siehe Diskurs: Made in Germany)

Projekt 3: Gute Arbeit – Gutes Leben: Die dritte Leitplanke ist die Abkehr von einer Unterordnung der Arbeit unter abstrakte „Standortinteressen" und eine Orientierung der Gestaltung der Arbeit an sozialen Standards sowie die Ausrichtung der Sozialsysteme auf echte Verwirklichungschancen und ein gutes und gelingendes Leben. Unter dem Dach dieses Projektes sollten einzelne arbeits- und sozialpolitische Forderungen sowie differenzierte Lebenslagen der heutigen Arbeitsgesellschaft diskursiv verbunden werden:

- Qualifizierte Arbeit, berufliche Entfaltungschancen als wichtige ökonomische Innovations- und Produktivkraft (siehe Diskurs: Made in Germany)
- Sinnvolle und ökologisch zukunftsfähige Arbeit (Grünes Wachstum)
- Gerechte Einkommensverteilung und soziale Sicherheit als Ausdruck einer „glücklicheren" und friedlichen Gesellschaft (siehe Diskurse: Soziale Regulierung und gerechte Verteilung, Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung)
- Begrenzung von Arbeitsbelastung, Vereinbarkeit von Arbeit und Leben (siehe Diskurse: Soziale Regulierung und gerechte Verteilung, Alternatives Wirtschaften und Postwachstum)

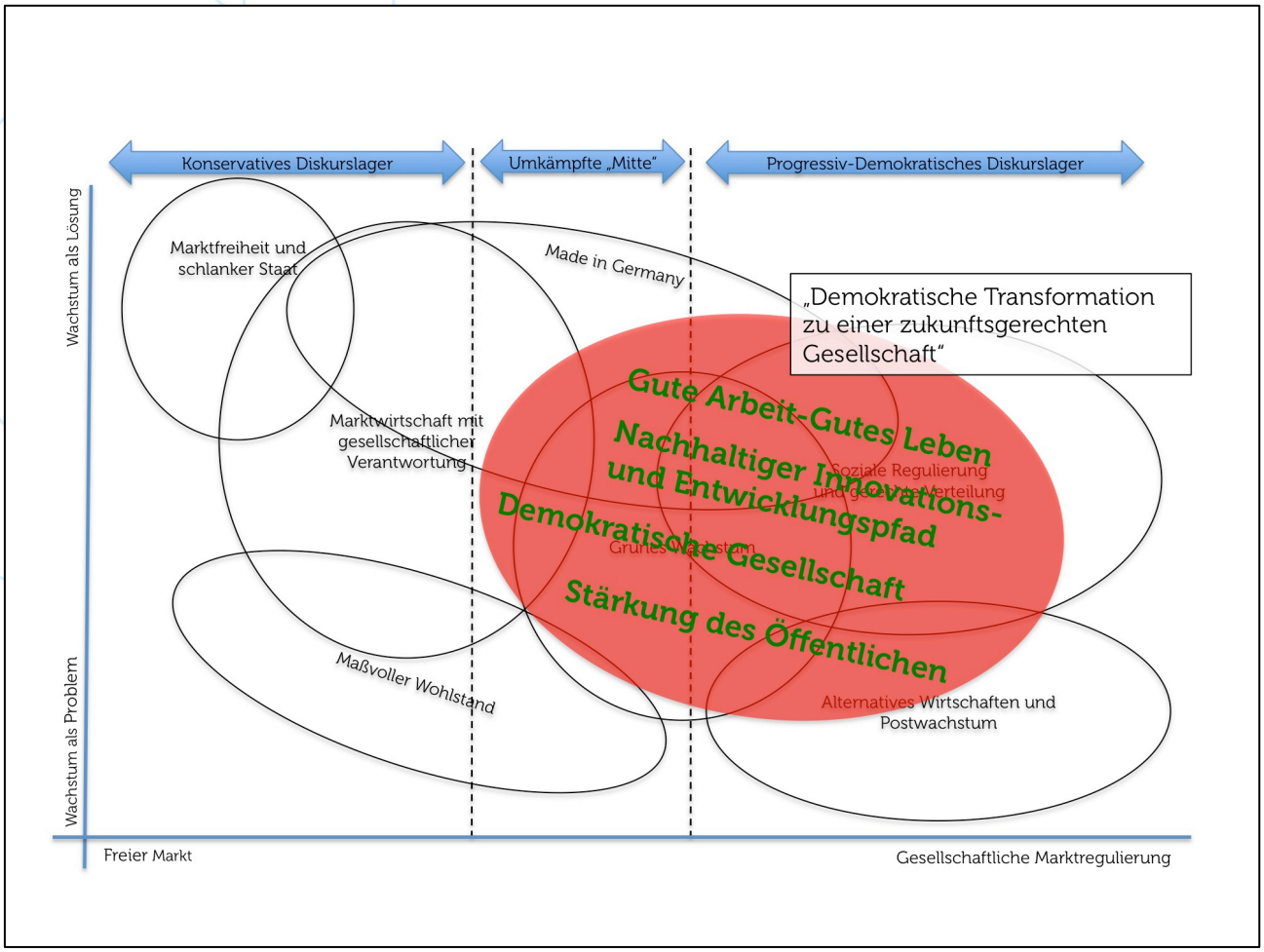
Projekt 4: Demokratische Gesellschaft: Viertens kann ein neuer Pfad wohl nur dann beschritten werden, wenn er als politisch-kultureller Transformationsprozess und als Prozess der schrittweisen Überwindung des nationalen Denkens bzw. eine „ausdrückliche Abkehr vom ´Standortwettbewerb´"[97] verstanden wird. Dies ist nur denkbar, wenn er zugleich mit einer Demokratisierung der deutschen Gesellschaft aber auch der Institutionen der EU einhergeht. Dieses Projekt verknüpft die bereits genannten und macht deutlich, dass soziale und ökologische Ziele nur zu erreichen sind, wenn zum einen der Primat der Politik gegenüber den Märkten wieder hergestellt wird und zum anderen der angestrebte Wandel im demokratischen Prozess verläuft. Verknüpft werden müssten folgende Elemente:

- Marktwirtschaften brauchen Regeln und eine „Wir-Identität" (siehe Diskurs: Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung)
- Mitbestimmung und Beteiligungskultur als Erfolgsfaktor und Stabilisator (siehe Diskurs: Made in Germany)
- Vorrang der gesellschaftlichen Demokratie gegenüber den Märkten, europäische und globale Demokratie (siehe Diskurse: Soziale Regulierung und gerechte Verteilung, Alternatives Wirtschaften und Postwachstum)

Diese Überlegungen werden in den abschließenden Thesen in Abschnitt 8 weiter konkretisiert.

[97] Schwan 2012, S. 8

Abbildung 3: Eine mögliche progressiv-demokratische Diskursallianz



6.2 Das konservative Lager

Auch das konservative Lager ist alles andere als homogen. Doch der Wirtschaftsjournalist Anatole Kaletzky schreibt nicht zu Unrecht: „In Zeiten sozialer Unruhe wissen die Konservativen immer, wofür sie kämpfen: einen größtmöglichen Erhalt des Status Quo in Bezug auf Wohlstand, Einkommen und politische Macht. Damit sie ihr Ziel erreichen können, den Istzustand weitgehend zu bewahren, sind konservative Politiker und Wähler bereit, kleinere ideologische Differenzen zu begraben und gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Die Progressiven wissen dagegen nur, was sie nicht wollen: den Erhalt des Status Quo, der ihrer Meinung nach ungerecht ist.“[98]

Wenn es um klare und eindeutige Botschaften geht (aktuelle Konflikte in der amtierenden schwarz-gelben Bundesregierung widerlegen diese These nicht zwingend) ist das konservative Lager in diskurspolitischer Hinsicht mit einem größeren „Lagerbewusstsein“ ausgestattet. Vor

[98] Kaletzsky 2011, S. 336

groben Vereinfachungen schreckt es nicht zurück. Mit der diskursiven Zuspitzung auf die Staatsschuldenkrise ist es ihm zunächst einmal gelungen, die Komplexität der Krise zu reduzieren, auf einen zentralen Konflikt zu konzentrieren und dabei auch das Alltagsbewusstsein der Bürger/innen zu erreichen.

Es sind vor allem zwei – mit einander verknüpfte - Diskursstrategien, die gegenwärtig im konservativen Lager zu identifizieren sind.

„Stabilitätspatriotismus": Diese konservative Diskursallianz zielt darauf ab, Elemente der Diskurse „Marktfreiheit und schlanker Staat" und „Made in Germany" zu verbinden. Die starke Exportposition der deutschen Volkswirtschaft wird diskursiv verknüpft mit dem Gedanken des „soliden Haushaltens". Formuliert wird nach innen ein Sicherheits- und Stabilitätsversprechen, das erstens anknüpft an der tiefsitzenden Inflationsangst der deutschen Bevölkerung bzw. an der vermeintlich erfolgreichen Stabilitätsorientierung der Deutschen Bundesbank und der harten Deutschen Mark und zweitens an der erfolgreichen Krisenbewältigung der deutschen Volkswirtschaft. Das diskursive Außen wiederum sind jene europäischen Volkswirtschaften, die ihre „Hausaufgaben" nicht gemacht hätten und von denen nun nach vermeintlich deutschem Vorbild eine konsequente Sparpolitik und „wachstumsorientierte Strukturreformen" verlangt wird.

Exemplarisch für diesen Ansatz kann ein Zitat aus einem Positionspapier der Bundesregierung und zur Verhandlung des Fiskalpaktes dienen:

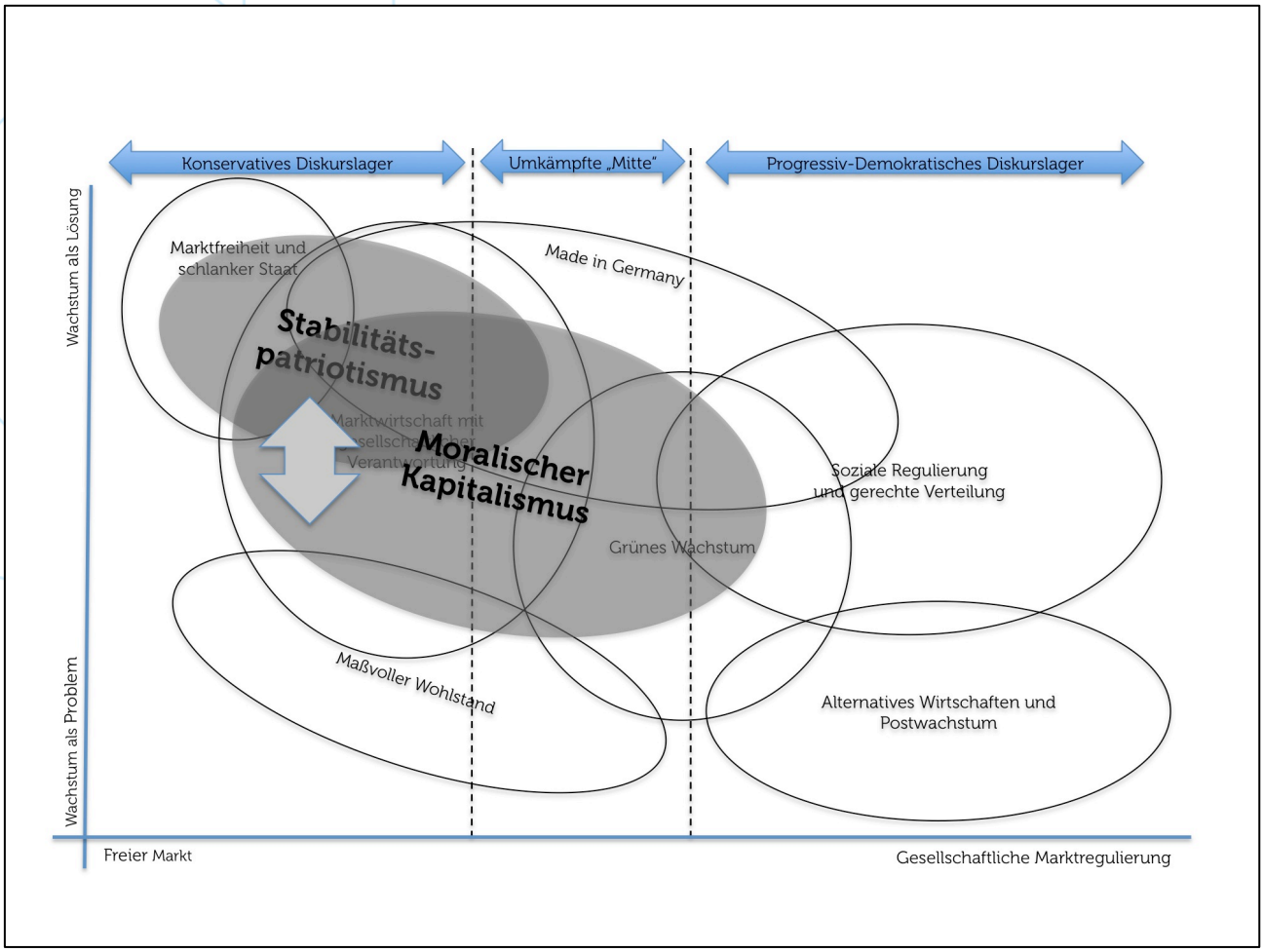
„Solide öffentliche Finanzen und dauerhaftes Wachstum in Europa sind zwei Seiten einer Medaille. Prioritätensetzung bei den staatlichen Aufgaben, Reformen für leistungsfähige und nachhaltig finanzierte soziale Sicherungssysteme, ein effizienter Staatssektor, Effizienzgewinne durch Privatisierung – all dies führt sowohl zu soliden Finanzen als auch zu besseren Wachstumsbedingungen für die Wirtschaft…Alle Erfahrung zeigt: Dauerhaftes Wachstum lässt sich weder über öffentliche Ausgabenprogramme noch über den Wettbewerb verzerrende Staatseingriffe oder eine zu expansive Geldpolitik erkaufen…Und nicht zuletzt zeigt sich der Erfolg von Reformen auch in Deutschland: Durch eine wachstumsfreundliche Konsolidierung konnten hier die staatlichen Defizite zurückgefahren und gleichzeitig ein kräftiger Aufschwung ermöglicht werden." (Bundesregierung: „Mehr Wachstum für Europa. Beschäftigung – Investitionen – Innovationen", 2012

„Moralischer Kapitalismus": Dieses zweite konservative Bemühen um eine Diskursallianz zielt ab auf eine Verbindung der Diskurse „Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Verantwortung" und „Grünes Wachstum", teilweise auch „Maßvoller Wohlstand" und „Soziale Regulierung und gerechte Verteilung". Diese Strategie geht durchaus auch von einer mehrdimensionalen Krise aus, sieht jedoch keine „systemischen" Ursachen, sondern belässt bei der Forderung nach Einzelreformen, die oftmals (wie eine Besteuerung von Finanztransaktionen) auch eher taktisches Zugeständnis sind. Es werden hohe Werte beschworen, die soziale und die ökologische Frage werden verknüpft; aber wenn es politisch ernst wird, geht es meist darum, dem alten Pfad zu folgen als einen neuen Pfad zu beschreiten. Der Ansatz folgt der Devise: So viel Unverbindlichkeit und Verantwortungsrhetorik wie möglich, nur so viel politische Regulierung wie nötig.

Exemplarisch für diesen Ansatz kann ein Zitat des neuen Bundesumweltministers Peter Altmaier dienen:

„Deutschland ist das beste Beispiel dafür, dass eine große Industrienation mit höchsten Umweltstandards sogar in Krisenzeiten wachsen kann. Diesen Erfolg wollen wir mit der Energiewende weiter ausbauen. Denn der Aufbruch in ein neues Energiezeitalter mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz ist der Schlüssel für eine „Green Economy", also eine „Grüne Wirtschaft". …Entscheidend ist für mich: Eine ökologischere Wirtschaft muss sozialer, gerechter und solidarischer sein, sie muss allen eine Chance geben." (Peter Altmaier: „Für eine sozial gerechte, ökologische Wirtschaft", in: Der Tagesspiegel vom 21. Juni 2012)

Abbildung 4: Konservative Diskursallianzen



7 „Demokratische Transformation zur zukunftsgerechten Gesellschaft“ – Thesen für eine strategische Diskussion

Die in den vorangegangen Abschnitten formulierten Einschätzungen und die in Abschnitt 7 formulierten Vorüberlegungen einer möglichen Diskursallianz des progressiv-demokratischen Lagers sollen nun abschließend in zehn Thesen zusammengefasst und konkretisiert werden.

1. **Über den politischen Gestaltungspielraum für eine Politik, die sozialen, ökologischen und demokratischen Grundsätzen folgt, wird nicht nur entschieden bei Wahlen oder politischen Verhandlungen, sondern auch auf den Feldern der Erzählungen, Kultur, der Lebensstile, des Alltagsverstandes, der Zivilgesellschaft – oder anders formuliert, auf der Ebene der Diskurse. Eine neue Diskursallianz muss in den Köpfen bislang Getrenntes zusammenführen. Neue Diskurse entstehen, in dem aus Einzelinteressen Gemeinschaftsinteressen werden und umgekehrt vermeintliche Gemeinschaftsinteressen offengelegt werden als die Einzelinteressen Weniger.**

   Eine politische Überzeugungsstrategie, die nur auf rationale Argumente, den Verweis auf Krisenszenarien, abstrakte Gesellschaftsentwürfe, „technische“ Forderungskataloge (z.B. 15-Punkte-Programme zur Regulierung der Finanzmärkte) oder additive Zielgirlanden („Für eine soziale, ökologische, demokratische, nachhaltige Zukunft – und das auch global“) setzt, wird nicht hinreichend erfolgreich sein. Kommunikative Diskurse sind nicht nur „rational“, sie beinhalten immer auch Werte oder Erzählungen und sie konstruieren kollektive Identitäten. Zudem ist der Alltagsverstand der meisten Menschen nicht im programmatischen Sinne kohärent. Diskurse zielen darauf ab, Sinnzusammenhänge mit Bezug zum Alltagsbewusstsein herzustellen.

2. **Eine neue Diskursallianz entsteht nicht im luftleeren Raum. Sie ist keine bloße Idee, sondern braucht eine gesellschaftliche Basis und ist daher immer auch eine Allianz von Interessen, sozialen Gruppen und politischen Akteuren. Zwar folgt sie nicht der Logik eines Masterplans und auch keinem zentralen Akteur. Sie entsteht aber auch nicht zufällig oder auf Basis von taktischen Formelkompromissen. Erforderlich ist die Bereitschaft einer pluralen Akteurskonstellation zum strategischen Vorausdenken. Das Beispiel der Energiewende zeigt, wie verschiedene Akteure im Schoße des Alten gegen harte Interessen ein „hegemoniales Neues“ hervorgebracht haben.**

   Organisation und Parteien haben ihre jeweilige Funktion und ihre Interessen. Wissenschaftliche Disziplinen folgen ihrer Eigenlogik. Soziale Milieus oder Berufsgruppen können ähnliche Werte teilen und grenzen sich doch voneinander ab. Gerade das progressiv-demokratische Lager muss die Arbeit an „Gemeinsamkeiten“ als strategische Aufgabe begreifen, ohne dabei programmatische Unterschiede und Organisationsinteressen zu nivellieren. Gerade Akteure mit öffentlicher Wirkungsmacht sind gefordert, Diskursallianzen auch aktiv herzustellen. Dies bedeutet:

- Erforderlich sind Vor- und Zusammendenker/innen in Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, die über Eigeninteressen und Legislaturperioden hinaus das „Neue" gedanklich vorwegnehmen,
- Gemeinsamkeiten in den Zielen stärker zu gewichten als Differenzen im Hier und Jetzt,
- eine gemeinsame Sprache zu entwickeln, die den eigenen Werten und Zielen entspricht,
- eine aktive Strategie der Verständigung und der gegenseitigen „Empathie" zwischen verschiedenen Interessen und Gruppen.

3. **Einem neuen gesellschaftlichen Pfad geht das Reifen einer politischen „Vision" voraus. Das „zentrale Versprechen" einer neuen Diskursallianz kann zur Stunde wohl weniger ein abstraktes neues Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sein. Es muss zunächst einmal auf die Rückeroberung der Vorstellung abzielen, dass Wirtschaft und Gesellschaft demokratisch im Sinne sozialer und ökologischer Ziele gestaltbar sind.**

   Doch selbst wenn derzeit kein neues Wirtschaftsmodell „greifbar" ist, könnte die „Erfindung" der Sozialen Marktwirtschaft in der Frühphase der Bundesrepublik jedoch in diskursstrategischer Hinsicht als Vorbild dienen. Erstens war diese zwar auch ein wirksamer „Slogan", aber mehr als das. Sie baute auf einem intellektuellen Fundament und institutionellen Strukturen des deutschen Produktionsmodells auf. Zweitens formulierte sie ein Versprechen von Wohlstand, Sicherheit und Teilhabe. Es gelang, konkrete politische Ziele und Forderungen mit wichtigen, von der Mehrheit der Gesellschaft geteilten Werten verknüpfen. Drittens war diese Diskursallianz breit genug, um das konservative Lager bis weit in die gesellschaftliche Mitte zu integrieren, sie hat aber auch klare Grenzen gegenüber anderen Lagern gezogen. Heute geht weniger um einen zu findenden Begriff für ein neues Wirtschaftsmodell im Wettstreit der Großideologien. Es geht viel stärker als damals um die Aufgabe, Gegenwartsinteressen und Zukunftsinteressen in einer pluralen und in mehrfacher Hinsicht gespaltenen Gesellschaft zu verbinden und deutlich zu machen, dass demokratische Politik dazu auch in der Lage ist.

4. **Eine solche Diskursallianz funktioniert nicht im Sinne eines Gesellschaftsvertrages aller mit allen. Sie muss eine klare Abgrenzung vornehmen gegenüber einem „Kapitalismus der Verantwortungslosigkeit" und solchen Akteuren und Diskursen, die darauf abzielen, dieses Modell zu konservieren.**

   Die Vorstellung einer sozial-ökologischen Transformation ohne Interessengegensätze und Konflikte wäre unpolitisch und naiv. Das diskursive Außen besteht im Wesentlichen in einem Kapitalismus, dessen Logik auf den kurzfristigen Erfolg bzw. Gewinn Einzelner auf Kosten der Mehrheit und der Grundsätze der Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Allerdings muss verdeutlicht werden, dass diese Verantwortungslosigkeit etwas mit Strukturen, Institutionen und Interessen zu tun hat, die im Zuge einer konflikthaften Transformationsstrategie umgebaut und zurückgedrängt werden müssen.

5. **Eine neue Diskursallianz muss eine positive Zukunftshoffnung bzw. einen „reformistischen Optimismus" aktivieren. Nötig ist eine „diskursive Transformation" im Sinne eines demokratischen politisch-kulturellen Vermittlungs- und Lernprozesses. Der Weg könnte darin bestehen, politische Leitplanken zu formulieren, die auf der einen Seite kollektiv verbindlich sind und auf der anderen Seite den / die Einzelne befähigen, innerhalb dieser Leitplanken Kreativität und Initiative zu entfalten.**

   Mobilisierung setzt voraus, dass es dem progressiv-demokratischen Lager gelingt, einen solchen Optimismus zu entfalten. Dieser reformistische Optimismus kann durchaus weit reichende Ziele formulieren, darf aber die verschiedenen Interessen und Handlungsoptionen im Hier und Jetzt nicht negieren. Ein reformistischer Optimismus spricht durchaus aus „was ist", aber er verliert sich nicht in einer apokalyptischen Krisenrhetorik des allgemeinen Niedergangs. Elemente einer derartigen „diskursiven Transformation" wären:

   - vom Stolz auf den Titel als Exportweltmeister zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht,
   - vom (primären) nationalen Interesse über eine europäische Bürgeridentität zur globalen Gerechtigkeit,
   - vom öffentlichen Ziel der BIP-Maximierung zum nachhaltigen Wachstum,
   - Von der repräsentativen Demokratie zur Demokratie als gesellschaftlichem Prinzip,
   - von aktuellen Konsumweisen zur nachhaltigen Lebens- und Konsumweise.

   Möglich wäre dies, in dem im demokratischen Verfahren verbindliche Leitplanken oder Entwicklungsziele formuliert werden, die einerseits eine visionäre und mobilisierende Kraft im Sinne kollektiver Anstrengung haben, andererseits aber den Akteuren auch die Möglichkeit bieten, sich an den neuen Pfad anzupassen und eigene Initiative zu entfalten. Hier kann durchaus an der Debatte über neue Wohlstandsziele jenseits des BIP angeknüpft werden.

6. **Auch wenn Diskurse eher die „Software" einer Gesellschaft sind, so basieren sie doch auf einer institutionellen Hardware. Die Arbeit an einer neuen Diskursallianz muss begleitet werden durch einen Umbau von Strukturen, Institutionen und Anreizsystemen, die unser Denken im Lebensalltag beeinflussen.**

   Jede Arbeit an einer neuen Diskursallianz setzt voraus, sich über die politische und kulturelle Wirkung bestehender Institutionen Klarheit zu verschaffen. Sie muss den Fragen nachgehen: Welche Institutionen und Strukturen „verriegeln" den alten Pfad und welche befördern ein „neues Denken"? Eine Wirtschaftsordnung, in der die Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen gesetzlich garantiert ist, bringt ein anderes Denken hervor als eine Wirtschaft, in der dies nicht der Fall ist. Gleiches gilt für die Frage, ob ein Bildungssystem nach Marktlogik oder Grundsätzen eines öffentlichen Gutes und Bürgerrechtes organisiert wird. Zugleich produzieren solche Institutionen immer auch Gegenbewegungen und Widerstände, die wiederum auch konservativ oder progressiv sein können. Das Ringen um Diskurshoheit ist also nicht nur Kommunikation, es ist auch ein Ringen um Strukturen und Institutionen.

7. **Eine neue demokratische Diskursallianz sollte das Leitbild einer „Demokratischen Gesellschaft" integrieren. Es geht davon aus, dass eine nachhaltige Transformation nur ein demokratischer (Lern-)Prozess sein kann. Gesellschaftliche Transformation erfordert Sozialkapital und Wir-Identität, diese setzen ein hohes Maß an sozialer Gleichheit und demokratischer Beteiligung voraus.**

   Dieses Leitbild ist mit folgenden Argumentationen und Gedanken verknüpft:
   - Die normative Basis eines solchen Leitbildes muss die positive Freiheit und politische Gleichheit aller Bürger/innen sein. Es fordert daher den Primat der Demokratie gegenüber den Märkten ein. Demokratische Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse müssen auch in der Wirtschaft die Realität sein.
   - Es verteidigt und stärkt die repräsentative Demokratie (der Parlamente) gegenüber populistischen Anfeindungen und Aushöhlungsprozessen – gerade auch um die Interessen auch schwächerer Bürger/innen zu berücksichtigen.
   - Es bleibt aber dabei nicht stehen, sondern erweitert den demokratischen Staat um eine demokratische Gesellschaft und bezieht Bürger/innen enger und direkter in politische Entscheidungsprozesse mit ein.
   - Die Idee einer demokratischen Bürgerschaft muss sich in Zukunft auch auf die Europäische Union beziehen, diese ist im Sinne einer Europäischen Wirtschafts- und Sozialunion auszubauen.

8. **Eine neue Diskursallianz sollte das Leitbild eines „nachhaltigen Innovations- und Entwicklungspfades" integrieren. Es geht davon aus, dass eine nachhaltige Transformation nur mit Innovationen und selektivem Wachstum zu denken ist.**

   Dieses Leitbild ist mit folgenden Argumentationen und Gedanken verknüpft:
   - Es orientiert sich normativ an den Prinzipien ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit und globaler Gerechtigkeit. Dies bedeutet auch, ein kurzsichtiges „Standortdenken" mittelfristig zu überwunden und Deutschland als Teil einer globalen Ökonomie mit langfristigen gemeinsamen Interessen aller Bürger/innen in der Welt zu begreifen
   - Ein derartiger Pfad(-wechsel) ist auch im wohlverstandenen nationalen Interesse. Es geht eben nicht nur grundsätzlich um die Rettung der Welt, sondern auch den konkreten Schutz der Bürger/innen vor steigenden Preisen und darum, unabhängiger von globalen Märkten zu werden. Für die wirtschaftlichen Subjekte geht es um Planungs- und Investitionssicherheit im Prozess der Transformation.
   - Ein solcher Pfad setzt nicht auf Verzicht (womöglich nur der sozial Schwächeren), sondern auf die Entfaltung von Innovation, Kreativität und Geschäftsmodellen in nachhaltigen Zukunftsfeldern.
   - Es ist Aufgabe der Demokratie (und damit des Staates), den ökonomischen Strukturwandel im beschriebenen Sinne zu gestalten. Dazu gehört zum einen ein Instrumenten-Mix, um Kapital, Brain und Nachfrage in nachhaltige Zukunftsfelder zu lenken. Dazu gehört aber auch eine demokratische Verständigung darüber, welche Bereiche schrumpfen müssen. Hierzu gehört zum Beispiel der Finanzsektor. Dass eine solche demokratische Gestaltung über selektives Wachsen (erneuerbare Energien) und Schrumpfen (Atomwirtschaft) möglich ist, zeigt die deutsche Energiewende.

9. **Eine neue Diskursallianz sollte das Leitbild „Gute Arbeit-Gutes Leben" integrieren. Es geht davon aus, dass eine nachhaltige Transformation nur auf Basis von mehr Gleichheit, Gerechtigkeit, Teilhabe und sicheren Existenzgrundlagen der Einzelnen möglich ist.**

   Dieses Leitbild ist mit folgenden Argumentationen und Gedanken verknüpft:

   - Die normative Grundlage ist soziale Gerechtigkeit im Sinne von Leistungs- bzw. Verteilungsgerechtigkeit und Bedarfsgerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit ist die Voraussetzung dafür, dass unsere Gesellschaft eine Transformation zur Nachhaltigkeit gemeinsam organisiert.
   - Unser Sozialstaat baut auf dem Gedanken gleicher sozialer Bürger/innenrechte auf. Daraus ergibt sich die gesellschaftliche Verpflichtung, allen Bürger/innen gleiche Lebens- und Zukunftschancen zu ermöglichen. Die soziale Sicherung sollte sich in Zukunft am Prinzip der Bürgerversicherung ausrichten.
   - Gute Arbeit ist ein Leitbild, das verschiedene Ansprüche an Arbeit (gerechte Entlohnung, Sicherheit, Anerkennung, Berufliche Kompetenzentfaltung, Work-Life-Balance etc.) bündelt. Es bietet die Freiheit für eine individuelle Lebensgestaltung aber auch Sicherheit und Schutz vor der Vereinnahmung des ganzen Menschen durch eine „Ökonomisierung" der Gesellschaft.

10. **Eine neue demokratische Diskursallianz sollte das Leitbild einer „Stärkung des Öffentlichen" integrieren. Es geht davon aus, dass eine nachhaltige Transformation nur möglich ist, wenn definierte Bereiche der Gesellschaft der reinen Markt- und Profitlogik entzogen werden**.

    Dieses Leitbild ist mit folgenden Argumentationen und Gedanken verknüpft:

    - Die normative Basis sind auch hier Bedarfsgerechtigkeit und gleiche Bürger/innenrechte.
    - Hochwertige und verlässliche öffentliche Dienstleistungen sind Ausdruck und Basis eines demokratischen Gemeinwesens. Es muss öffentliche Güter geben, die aus guten Gründen der Marktlogik entzogen bleiben. Wichtig ist auch Ausweitung von neuen Eigentumsformen und Unternehmen jenseits von Markt und Staat
    - Es hat sich gezeigt, dass Geld und Natur nicht als Waren verstanden werden dürfen, sollen künftige Krisen vermieden bzw. ihre Zuspitzung abgewendet werden. Der Finanzsektor und die natürlichen Grundlagen müssen als öffentliche Güter verstanden werden.
    - Öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und Sicherheit, sind nicht nur gesellschaftliche „Kosten", sie sind auch Produktivkräfte und Basis für eine gerechte, sichere, friedliche und kreative Gesellschaft. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für einen nachhaltigen Wachstumspfad. Gerade der öffentliche Sektor sollte auch Vorbild für Gute Arbeit sein.
    - In einer Demokratie ist eine plurale Medienlandschaft unter öffentlicher Aufsicht eine wichtige Voraussetzung für die Gewährleistung von Meinungsvielfalt. In Zukunft brauchen wir vor allem mehr europäische Öffentlichkeit.

Literatur

Werner Abelshauser (2003): Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung, Berlin

Frank Adler, Ulrich Schatzschneider (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München

Georgio Agamben (2008): Was ist ein Dispositiv?, Zürich

Martin Allespach, Martin Bartmann (2011): Dimensionen eines gesellschaftspolitischen Kurswechsels – Überlegungen zu gewerkschaftlichen Zielen und ihren Durchsetzungsstrategien, in: WSI-Mitteilungen 12/2011, S. 619 – 628

Martin Allespach, Astrid Ziegler (2012): Die Zukunft des Industriestandortes Deutschland 2020, Marburg

Elmar Altvater (2009): Die kapitalistischen Plagen. Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise, Berlin, S. 173 – 186

Bertelsmann-Stiftung (2009): Vertrauen in Deutschland. Eine qualitative Wertestudie. Zusammenfassung der Ergebnisse

Bertelsmann-Stiftung (2012): Kein Wachstum um jeden Preis. Kurzbericht

Hans-Jürgen Bieling, (2009): „Privat vor Staat"? Zur Entwicklung politischer Leitbilder zur Rolle des Staates, in: WSI-Mitteilungen 5/2009, S. 235 – 242

Norberto Bobbio (2006): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin

Luc Boltanksi, Ève Chiapello (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz

Andrea D. Bührmann, Werner Schneider (2008): Vom Diskurs zum Dispositiv. Eine Einführung in die Dispositivanalyse, Bielefeld

Bündnis ´90 / Die Grünen. Bundestagsfraktion (2011): Grüne Industriepolitik. Offensive für zukunftsfähige Innovationen. Beschluss der Fraktionsklausur vom 1. September 2011

BUND u.a. (2008): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte, Frankfurt/Main

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2006): Ökologische Industriepolitik. Memorandum für einen „New Deal" von Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung, Berlin

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2008): Ökologische Industriepolitik. Nachhaltige Politik für Innovation, Wachstum und Beschäftigung, Berlin

CDU (2011a): Verantwortung Zukunft, Beschluss des CDU-Bundesparteitags vom 13. – 15. November 2011

CDU (2011b): Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland, Beschluss des CDU-Bundesparteitags vom 13. – 15. November 2011

CDU/CSU-Bundestagsfraktion und FDP-Bundestagsfraktion (2012): Marktwirtschaftliche Industriepolitik für Deutschland – Integraler Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Antrag der Fraktionen von CDU/CSU und FDP, Drucksache 17/8585

Colin Crouch (2008): Postdemokratie, Frankfurt/Main

Urs Dahinden (2006): Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation, Konstanz

Denkwerk Demokratie (2012): Neues Denken. Strategien und Denkaufgaben für einen sozialen und ökologischen Entwicklungspfad, Denkschrift #1, April 2012, Berlin

DGB (2010): DGB-Gute-Arbeit-Index. Der Report 2010.

DGB (2011): Ergebnisse der Repräsentativumfrage 2011 der DGB-Index Gute Arbeit GmbH zum Thema

„Arbeitshetze - Arbeitsintensivierung – Entgrenzung"

Richard Detje, Wolfgang Menz, Sarah Nies, Dieter Sauer (2011) Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Ausgang der Krise – gewerkschaftspolitische Befunde, Vortrag für den Gesprächskreis Gewerkschaften der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Klaus Dörre, Anja Hänel, Ingo Matuschek (2012 Hg.): Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein von Lohnabhängigen, Working Paper 04/2012 der DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften, Jena

Gunter Dueck (2012): Ich hasse Krisen, in: Kursbuch 170, S. 84- 100

Sebastian Dullien, Hansjörg Herr, Christian Kellermann (2009): Der gute Kapitalismus, Bielefeld

Matthias Ecke, Sebastian Petzold (2012): Die Vermessung des Fortschritts. Konkurrierende Strategien zur Verallgemeinerung widerstreitender Wachstumsverständnisse, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Wohlstand, Wachstum, Investitionen: Junge Wissenschaft für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, WISO Diskurs April 2012

Serge Embacher (2009): Demokratie! Nein Danke? Demokratieverdruss in Deutschland. Die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Jürgen W. Falter, Harald Schoen (2005): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden

FDP (2012): Verantwortung für die Freiheit. Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. Beschluss des Bundesparteitags vom 22. April 2012

Lars P. Feld, Nils Goldschmidt, Joachim Zweyert (2011): Kulturelle, soziale und gesellschaftliche Grundlagen wirtschaftlichen Wachstums. Gutachten im Auftrag der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität des Deutschen Bundestags

Heiner Flassbeck (2010): Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts, München

Heiner Flassbeck (2012): Zehn Mythen der Krise, Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung (2010): Soziales Wachstum gegen die Schuldenkrise, WISO-Diskurs September 2010, Bonn

Heiko Girnth (2002): Sprache und Sprachverwendung in der Politik, Tübingen

Alois Glück (2006): Stark + Solidarisch: Die solidarische Leistungsgesellschaft. Leitbild für die Reformpolitik in Deutschland, in: Glück, Alois / Vogel, Bernhard / Zehetmaier, Hans (Hg.): Solidarische Leistungsgesellschaft. Eine Alternative zu Wohlfahrtsstaat und Ellenbogengesellschaft, Freiburg

Green New Deal Group (2008): A Green New Deal, www.greennewdealgroup.org

Eva Groß, Julia Gundlach, Wilhelm Heitmeyer (2010): Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Ein Nährboden für Menschenfeindlichkeit in oberen Status- und Einkommensgruppen, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.)

Stuart Hall (1989): Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihr Bedeutung für die Erfoschung von „Rasse" und Ethnizität, in: ders.: Ausgewählte Schriften: Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus, S. 56 – 91

David Harvey (2007): Die kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich

Heinrich-Böll-Stiftung (2011): Green New Deal. Die Zukunft beginnt jetzt, Berlin

Wilhelm Heitmeyer (2010): Deutsche Zustände, Folge 9, Berlin

Wilhelm Heitmeyer (2011): Deutsche Zustände, Folge 10, Berlin

Wilhelm Heitmeyer (2011): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entsicherten Jahrzehnt, in: ders. (Hg.)

Rudolf Hickel (2012): Zerschlagt die Banken. Entmachtet die Finanzmärkte. Eine Streitschrift, Berlin

Ottfried Höffe (2009): Demokratie in Zeiten sinkenden Wohlstandes, Vortrag auf der Konferenz „Besser statt mehr – Wohlstand im 21. Jahrhundert" des Denkwerks Zukunft

Herbert Hönigsberger, Sven Osterberg, Andreas Kolbe (2010: Lager denken. Nicht links, nicht rechts – sondern demokratisch, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 1/2010, S. 17-20

Gustav Horn (2011): Des Reichtums fette Beute. Wie die Ungleichheit unser Land ruiniert, Frankfurt

Karen Horn (2010): Modell Deutschland, in: Frank Schirrmacher, Thomas Strobel (Hg.): Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin

Kurt Hübner (2011): Regimewechsel – Nach dem Finanzkapitalismus, in: WSI-Mitteilungen 12/2011, S. 640 - 649

IG Metall (2009): Aktiv aus der Krise – Gemeinsam für ein GUTES LEBEN. Aktionsplan der IG Metall, Frankfurt

IG Metall NRW (2011): 3. Industriepolitisches Memorandum - Projekt „Kompetenz und Innovation", Düsseldorf

Tim Jackson (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Arbeiten in einer endlichen Welt, München

Anatole Kaletsky (2011): Kapitalismus 4.0. Die Geburtsstunde einer neuen Wirtschaftsordnung, München

Rainer Keller (2010): Wandel von Diskursen. Das Beispiel der Umwelt- und Risikodiskurse seit den 1960er Jahren, in: Achim Landwehr (Hg.).

Anna Klein, Andreas Zick (2010): Abwertung im Namen der Gerechtigkeit, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.)

Renate Köcher, Bernd Raffelhüschen (2011). Glücksatlas Deutschland 2011, München

Ernesto Laclau, Chantal Mouffe (1991): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien

George Lakoff, Elisabeth Wehling (2007): Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht, Heidelberg

Achim Landwehr (2010 Hg.): Diskursiver Wandel, Wiesbaden

Claus Leggewie, Harald Welzer (2011): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie, Frankfurt/Main

Stephan Lessenich (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld

Alain Lipietz (2000): Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie, Münster

Matthias Machnig (Hg. 2011): Welchen Fortschritt wollen wir? Neue Wege zu Wachstum und sozialem Wohlstand, Frankfurt / New York

Wolfgang Merkel (2010): Falsche Pfade? Probleme sozialdemokratischer Reformpolitik, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 7-8/2010, S. 72- 75

Meinhard Miegel (2010): Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin

Herfried Münkler (2008): Die Deutschen und ihre Mythen, Berlin

Herfried Münkler (2010): Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung, Berlin

Gero Neugebauer (2007): Politische Milieus in Deutschland, Bonn

Paul Nolte (2006): Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus, München

Martin Nonhoff (2006): Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft", Bielefeld

Frank Nullmeier (2010): Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit", Friedrich-Ebert-Stiftung, WISO-Diskurs

Benjamin Opratko (2012): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci, Münster

Niko Paech (2011): Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie, in: Welzer / Wiegandt

Karl-Heinz Paqué (2010): Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus, München

Karl Polanyi (1976): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/Main

Michael Porter, Mark E. Kramer (2011): Die Neuerfindung des Kapitalismus, in: Harvard Business Manager, Februar 2011

Joachim Radkau (2012): Die kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Ende des Atomzeitalters? Von Fukushima in die Energiewende, Schriftenreihe Band 1247, Bonn

Rolf Reißig (2009): Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden

Jeremy Rifkin (2011): Die dritte industrielle Revolution. Die Zukunft der Wirtschaft nach dem Atomzeitalter, Frankfurt a.M.

Vivian A. Schmidt (2007): Die Bedeutung des öffentlichen Diskurses für sozialdemokratische Reformvorhaben in Europa, in: Frans Becker, Karl Duffek, Tobias Mörschel (Hg.). Sozialdemokratische Reformpolitik und Öffentlichkeit, Wiesbaden

Stephan Schulmeister (2010): Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal" für Europa, Wien

Franz Schultheis, Berthold Vogel, Michael Gemperle (2010): Ein halbes Leben. Biografische Zeugnisse aus einer Arbeitswelt im Umbruch, Konstanz

Gesine Schwan (2012): Plädoyer für einen Neubeginn unserer Europapolitik, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, 6/2012, S. 4-13

Robert A. Segal (2007): Geschichte des Mythos. Eine kleine Einführung, Stuttgart

Irmi Seidl, Angelika Zahrnt (2010): Postwachstumsgesellschaft: Neue Konzepte für die Zukunft, Marburg

Rudolf Speth (2006): Die zweite Welle der Wirtschaftskampagnen. Von „Du bist Deutschland" bis zur „Stiftung Marktwirtschaft", Arbeitspapier 127 der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

SPD (2010): Deutschland besser regieren! Neuer Fortschritt - Unser Projekt für ein faires Deutschland. Beschluss des SPD-Bundesparteitages

SPD-Bundestagsfraktion (2012): Sozialdemokratische Industriepolitik – Impulse für den Standort Deutschland, Beschluss vom 24. Januar 2012

Stiftung Marktwirtschaft (2009): Lehren der Finanzmarktkrise, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 106, Berlin

Wolfgang Streeck (2011): Die Krisen des demokratischen Kapitalismus, in: Lettre International, Winter 2011, S. 7- 13

UNEP (2009): Global Green New Deal, Policy Brief

Michael Vester, Christel Teiwes-Kügler, Andrea Lange-Vester (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, Hamburg

Michael Vester (2011): Postindustrielle oder industrielle Dienstleistungsgesellschaft: Wohin treibt die gesellschaftliche Arbeitsteilung, in: WSI-Mitteilungen 12/2011, S. 629 – 639

Martin Wengeler, Alexander Ziem (2010): „Wirtschaftskrisen" im Wandel der Zeit. Eine diskurslinguistische Pilotstudie zum Wandel von Argumentationsmustern und Metapherngebrauch, in: Achim Landwehr (Hg.)

Wolfram Weimer (2009): Freiheit, Gleichheit, Bürgerlichkeit. Warum die Krise uns konservativ macht, Gütersloh

Harald Welzer / Klaus Wiegandt (2011): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung, Frankfurt a.M.

Richard Wilkinson, Kate Picket (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin

Carsten Wippermann (2011): Milieus in Bewegung. Werte, Sinn, Religion und Ästhetik in Deutschland, Würzburg

Peter Wippermann, Jens Krüger (2011): Werte-Index 2012, Hamburg

Michael Vassiliadis (2010): Fortschritt. Industriepolitik für das 21. Jahrhundert, Berlin

WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin

Autor

Benjamin Mikfeld
Diplom-Sozialwissenschaftler, Geschäftsführer des Denkwerk Demokratie

Impressum

Denkwerk Demokratie e.V.
Alte Jakobstr. 149
10969 Berlin
Telefon 030 . 25931844
Telefax 030 . 25931846
Mail info@denkwerk-demokratie.de

Internet www.denkwerk-demokratie.de